

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XVI. JAHRGANG 1939



H E F T / J U L I

England — Neue Welt — Südafrika

Bohla: Tannenberg 1914, geopolitisch gesehen

Fochler-Hauke: England und die neue Welt

Baare-Schmidt: Soll Guam befestigt werden?

Potthoff: Land und Freiheit

**Afrikaner: Südafrikas Entwicklung vom ozeanischen zum
kontinentalen Staatsgedanken**

Schlachter: Südafrika und seine nördlichen Nachbarn

Berichte — Kurznachrichten — Späne — Schrifttum

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTLEITUNG:

Kurt Vowinckel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten

XVI. JAHRGANG / HEFT 7 / JULI 1939

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>Johannes Bohla: Tannenberg 1914, geopolitisch gesehen</i>	473
<i>Gustav Fochler-Hauke: England und die neue Welt</i>	483
<i>Hans-Georg Baare-Schmidt: Soll Guam befestigt werden?</i>	497
<i>Alfred Potthoff: Land und Freiheit. Die agrarrevolutionäre Situation in Mexiko</i>	507
<i>Fritz Afrikander: Südafrikas Entwicklung vom ozeanischen zum kontinentalen Staatsgedanken</i>	508
<i>Franz Schlachter: Südafrika und seine nördlichen Nachbarn</i>	511

BERICHTE

<i>Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	517
<i>Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	519
<i>Rupert von Schumacher: Kurznachrichten</i>	528

<i>SPÄNE der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik</i>	537
---	-----

SCHRIFTTUM

<i>Karl Haushofer: Wie stark ist England? (Ein Sonder-Schrifttums-Bericht)</i>	537
--	-----

Preis: Vierteljahr RM 5.50 / Studenten u. Mitglieder d. AfG. RM 4.40 / Einzelne RM 2.— / Jahrg. m. Inhaltsv. RM 22.—
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinckel Verlag / LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18

KURT VOWINCKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

Die Schlacht bei Tannenberg, deren großartiges Geschehen nicht aufgehört hat und nicht aufhören wird, vor unseren und unserer Nachfahren Augen als monumentale Kraftballung, als Abwicklung genialer Feldherrnkunst und als wunderbares Zusammenspiel aller beteiligten Verbände dazustehen, zählt sich im August zum fünfundzwanzigsten Male. Was könnte für den geopolitisch denkenden Menschen reizvoller sein, als dieses neuntägige, von einem so gewaltigen materiellen und insbesondere räumlichen Erfolg gekrönte Geschehen aus diesem Anlaß wieder einmal, und zwar unter dem Gesichtspunkte des Raumes, an sich vorbeiziehen zu lassen, eines Raumes, der in einer so einzigartigen Weise der deutschen Schlachtenführung entscheidende Mittel zu ihrem Erfolge an die Hand gab. Dies geschieht in dem Beitrag von F. Böhla über Tannenberg 1914, geopolitisch gesehen.

Mit dem Aufsatz von G. Fochler-Haake „England und die neue Welt“ wenden wir uns noch einmal dem Thema Amerika zu und glauben, mit diesen, besonders auf die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten, Kanada und England einerseits, Mittel-, Südamerika und England andererseits eingehenden Betrachtungen die Vielseitigkeit jenes Themas nachzuweisen. Dabei finden auch die Gegebenheiten und Interessen Berücksichtigung, die — unter englischer Perspektive — für das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Mittel- und Südamerika maßgebend sind, und ein Exkurs über Australien und Neuseeland erweitert das Bild, das sich aus der Darstellung der Verknüpfungen und Verwicklungen englischer Interessen in der neuen Welt ergibt. Der Aufsatz „Soll Guam befestigt werden?“ von H. Baare-Schmidt beleuchtet die wehrgeopolitischen Gesichtspunkte der Vereinigten Staaten im pazifischen Raum und der Beitrag von A. Potthoff über die agrarrevolutionäre Situation in Mexiko macht die Spannungen anschaulich, die in den völkischen und sozialen Strömungen und dem nationalen Kraftaufwand dieses Landes zum Ausdruck kommen und ihm eine eigenartige Rolle in der gesamtamerikanischen Entwicklung zuteilen.

Südafrika zeigt ein anderes aber nicht weniger im Fluß befindliches Kräftefeld, auf dem nicht nur die Problematik des Ausgleichs zwischen seinen eigenen Volkstümern sondern auch die der englischen Empirepolitik sichtbar wird. Darüber berichten die Aufsätze von F. Afrikan der über Südafrikas Entwicklung vom ozeanischen zum kontinentalen Staatsgedanken und von F. Schlachter über Südafrika und seine nördlichen Nachbarn.

Die Beilage „Staatenwirtschaft“ wird dieses Mal mit der Septemberausgabe als Doppelnummer zusammengefaßt und mit dem Heft herauskommen, das dem 70. Geburtstag des Herausgebers gewidmet sein wird.

Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes:

Afrikander: Anschrift durch den Verlag — Hans-Georg Baar
Schmidt, Heidelberg, Berrgasse 7 — Johannes Wohla, Neuf
(Ober), Raubener Straße 28 — Dr. Gustav Fochler-Hau
München 27, Geibelstraße 15 III — Dr. Albrecht Haushofer, Verk
Wilhelmstraße 23 (AfG) — Prof. Dr. Karl Haushofer, München O
Kolberger Straße 18 (AfG) — Dr. Alfred Pothhoff, Mainz-Gons
heim, Goetheplatz 5 — Franz Schlachter: Anschrift durch den Verlag
Rupert von Schumacher, Berlin-Lankwitz, Melancthonstraße
(AfG) — Dr. Karl Torges, Ordensburg Krössinsee, Falkenbu
(Pommern) (AfG).

Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers
in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Verzeichnis der Karten dieses Heftes:

Gesamtbild zur Schlacht von Lannenberg	2
Der Raum von Lannenberg	4
Die militärischen Formationen von Lannenberg	4
Guams Lage im japanischen Bereich des Pazifik	4
Guam	2
Sünder-freie Flugstrecke von Australien nach Ostafrika	4
The Japanese Empire and Australia's Pacific Problem	5
Chinese Guerilla	5
5 verschiedene Pressezeichnungen zur Belagerung von Barcelona	5

Aus dem Inhalt des letzten Heftes:

H. de Terra: Zwischen Irawaddy und Jangtse
E. Roß: Amerika greift nach der Weltmacht
H. Haupt: Eindrücke in USA.
G. Möller: Paraguay im Rahmen Südamerikas
G. Fester: Das Chaco-Problem VI
W. H. Brandenburger: Eine neue südamerikanische Transkontinentale
M. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt
K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum
Fr. Holand: Die „Neue Weltfrage“
R. von Schumacher: Kurznachrichten
Späne der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik
K. Haushofer: Zur Geopolitik der mitteleuropäischen Wasserwege

Einzelbesprechungen:

G. Niedermayer: Neue Südamerika-Bücher
K. Roepke: Bibliographie der Geopolitik

JOHANNES BOHLA:

Tannenberg 1914, geopolitisch gesehen

Vor 25 Jahren wurde die Schlacht bei Tannenberg geschlagen. Unter der Führung von Hindenburg und Ludendorff vernichteten die deutschen Armeen in neuntägigem Ringen (23.—31. August 1914) die russische Narew-Armee und machten 93 000 Gefangene. Die folgenden Betrachtungen dürften einen interessanten Beitrag zu dem kommenden Gedenktage darstellen.

Die Schriftleitung.

Einleitung

Man ist bestrebt, den Ablauf der Schlachten des Weltkrieges in allen Einzelheiten sachlich nachzuprüfen, diese Untersuchungen dokumentarisch festzulegen und die Einzelberichte mit den Maßnahmen der Heeresleitung in sinnemäßige Verbindung zu bringen. Eine solche Inventarisierung einer Schlacht ist eine Arbeit, die aus verschiedenen Gründen notwendig wird. Sie kommt nicht nur der Ausbildung des Nachwuchses zugute, sie ist selbst für die Beteiligten erst die letzte Form bewußter Ausnutzung von Unternehmungen, die im Augenblick der Tat in ihren letzten Gründen und ihren entscheidenden Zwecken noch unklar waren. Dabei wird deutlich, wieviel Kräfte bei einer Schlacht wirksam sind. Eine von diesen, der Raum, ist bisher in der Beurteilung nicht selten übersehen worden.

Wir wollen an der klassischen Auseinandersetzung mit Samsonow bei Tannenberg im August 1914 die bestimmende Kraft dieses Faktors näher kennenlernen. Der Vorgang der militärischen Bewegungen in der Schlacht wird als bekannt vorausgesetzt. Es gilt nun, diese Bewegungen in ihrem Milieu: dem Raum, zu sehen und dort Beziehungen herauszufinden. Dazu ist die Klärung des Begriffes Raum im allgemeinen und die Kenntnis des Raumes im speziellen notwendig.

Das Verhältnis des Raumes zu militärischen Operationen

Zwischen Landschaft und Wirtschaft besteht insofern ein enges Verhältnis, als die Erde mit ihren Rohstoffen Art und Ausmaß der industriellen Entwicklung bestimmt. In ähnlichem Sinne ist der Mensch in jedem Falle auf die vorhandenen Kräfte seines Erdraumes angewiesen, sei es, daß er sie direkt findet und nutzt, sei es, daß er die von außen her gestellten Grenzen achtet und auswertet. Noch auffälliger ist jenes dritte Verhältnis des Menschen zur Erde, wie es in der militärischen Geländeauswertung zum Ausdruck kommt.

Der Begriff Raum ist eine geographische Formulierung; er erhält erst seinen Sinn, wenn er auf eine Landschaft bezogen ist. Die Räume haben ihre natürlichen Grenzen und sind so von außen als voneinander getrennt erkennbar. Ihr eigentliches Kennzeichen aber ist die ihnen innewohnende Kraft, alles organische Leben, das sich ihnen anvertraut, den gleichen Bedingungen zu unterwerfen. So wird in der Wechselwirkung von Mensch zur Erde der Raum zum Kraftfeld.

Wenn wir nun den Raum von Tannenberg als ein solches Kraftfeld ansprechen, so werden wir in Aufbau, Begrenzung und Durchgliederung zunächst diesen Raum darstellen, um ihn dann zum Maßstab des strategischen Handelns zu machen. Der Feldherr sieht den Raum und denkt strategisch, der Feldoffizier sieht das Gelände und denkt taktisch, dem einzelnen Mann aber ist der Blick für die unmittelbarste

Anpassung gegeben. So bleiben bis zur letzten Handlung die Gesetze der Erdwirkung erhalten, freilich in abgewandelter Form.

Das Primäre ist aber immer der Raum, und der Heerführer hat nur die Wahl ihn zu nutzen oder ihm aus dem Wege zu gehen. Wer für seine Operationen einen falschen Raum wählt oder sie in einem für sich schlechten Raum zuläßt, der scheitert schon an dem Widerstand, den ihm dieser Raum bietet. Nur in Ausnahmen gelingt es dem Genie der Führung, die natürlichen Nachteile auszugleichen, um so mehr dann, wenn die Möglichkeit besteht, daß der Gegner die Vorteile seines Raumes nicht ausnutzt.

Manche Räume erfahren von Freund und Feind eine verschiedene Beurteilung. Beide suchen denselben Raum auf, in der Meinung, sich da einem Vorteil anzuvertrauen. Wer in solchen Fällen irrt, erlebt ein Tannenberg.

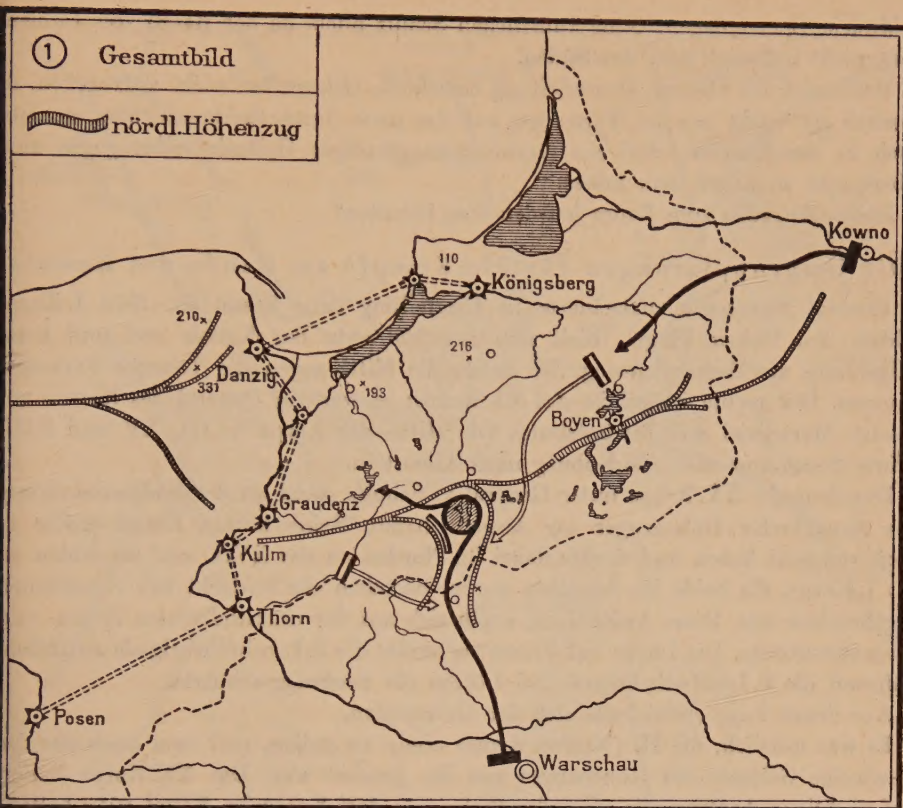
Der Raum von Tannenberg

Weit über Ostmark und Schlesien hinaus ragt Ostpreußen als gefährliche Flanke in das östliche Europa hinein. Als ein Teil der Norddeutschen Tiefebene hat es Anteil an der Ostseeküste, am Nördlichen Höhenzug und an der Seenplatte. Der Höhenzug gibt trotz der geringen Höhe von durchschnittlich 200 m dem Süden das besondere Gepräge.

Er setzt bei Kulm an und geht in beträchtlicher Breite hinter Goldap nach Lauenburg hinein. Die Oberländischen und Masurischen Seen, 4400 an der Zahl, durchsetzen das bergige Land und machen es, zusammen mit weiten Mischwäldern, zu einem schwer passierbaren Geländestreifen. Die Kernsdorfer Höhe (313 m) ist nicht nur eine das Flachland weit überragende Kuppe, sie bildet auch mit ihrer stufigen Südostabdachung den Westabschluß des Schlachtfeldes von Tannenberg. Der Höhenzug führt über die Grenze hinaus nach Süden weiter und ist bei Soldau immer noch 210 m hoch.

Der Höhenzug der Goldberge ist der gegenseitige, auch südwärts führende Ausläufer. Sein höchster Punkt liegt bei Mława (378 m). Nach Norden bilden die Passenheimer und Jablonker Berge noch starke Erhöhungen und den Anschluß an die Hauptrichtung nach Osten. Hier ist das waldige und seenreiche Gelände ungleich gemein unübersichtlich und schwierig. Diese beiden ausgeprägten Bergflanken beherrschen mit starkem Profil den Süden. Der Raum zwischen diesen beiden Bergflanken hat 5 km nördlich von Neidenburg seinen toten Punkt. Hier entspringen in unmittelbarer Nähe alle Flüsse des Kessels, von denen die Maranse, die Drewenz, die Passarge und die Alle nach Norden abfließen, die Welle, Skottau, Neide und Omulef aber in entgegengesetzter Richtung nach Süden. Die Maranse durchfließt den Mühlensee, quert die wichtige Straße Hohenstein—Neidenburg und mündet in der gleichnamigen See. Sie bildet mit ihren zum Teil recht steilen Uferhängen einen Querriegel durch den Kessel. Der Kernsdorfer Höhe vorgelagert findet sich eine zusammenhängende Flußrinne, die von Welle, Maranse und Drewenz gebildet und von Seen durchsetzt ist. Wir nennen sie die Westliche Wasserflanke, sie ist die Ausgangsstellung der Operationen des XX. und I. deutschen Korps.

Eine ähnliche Barriere ist die östliche Wasserflanke, nur noch verwirrter in ihrer Durchgliederung. Die Omulef, die Sawitz und die Passenheimer Seenkette gehören ihr an; in den Seen um Groß-Bössau reicht sie im Norden aus dem Kessel heraus.



In dieser Richtungsdominante lag der Wirkungsbereich des XVII. Korps. Der Kessel ist nordwärts und südwärts weit geöffnet, da die Wasserflanken und die Bergflanken auseinanderstreben. So mußte General François von den Seebener Höhen bis zu den Goldbergern bei Willenberg sein Korps auseinanderziehen, um den Ausgang zu beherrschen; so mußten das I. RK., das LwK. Goltz, die 37. ID. und das III. RK. herangezogen werden, um das XIII. russische Korps aus der breiten Wasserflanke in die Kesselmitte zu drücken. (Beide Flanken sperren die Ost- und Westgrenze, nur mit dem Unterschied, daß im Norden die Wasserflanke, im Süden die Bergflanke vorherrscht.) Auch die Kesselmitte ist eine Wasserflanke von 4 Flüssen (Alle, Passarge, Maranse und Neide) und den beiden großen Seen, dem Plautziger und Lansker See, ausgefüllt. Riesige Wälder hüllen sie ein. Nur auf dem Umwege über Kurken—Schwedrich ist ein Durchgang möglich, sonst muß die Straße Hohenstein—Neidenburg benutzt werden.

Die Bahn Warschau—Marienburg schneidet den Südwestrand, die Bahn Thorn—Allenstein—Insterburg den Nordrand des Kessels. Wer den Raum von Tannenberg westlich umgehen will, kommt in den Bereich der Festungen Thorn und Graudenz.

Schon der getrennte Einmarsch der I. und II. Armee der Russen in Ostpreußen war von den Raumverhältnissen erzwungen. Die Seenkette Masurens bot hinlänglichen Schutz im Südosten, unterstützt durch die kleine Festung Boyen und durch

zahlreiche Sperranlagen. Ohne künstlichen Schutz blieb, da der Raum von Tannenberg nicht befestigt war, der Süden.

Wenn sich die Oberste Heeresleitung entschloß, Ostpreußen nicht aufzugeben, so geschah das nicht nur im Vertrauen auf das neue Armeeoberkommando, sondern auch in der Einsicht, daß ein räumlich so günstiges Gelände selbst gegen eine Übermacht zu halten sein müsse.

Dieses Zutrauen zum Raum hat den Sieg behalten!

Die Umgruppierungen für die Kämpfe am Rande des Kessels

General Samsonow marschierte in Dreiteilung dem Kessel zu. Sein I. Korps bildete den linken Flügel, hielt sich am Südrande des Kessels auf und hatte Gilgenburg als Marschrichtung. Es deckte die Mitte gegen die Thorner Festungstruppen. Der rechte Flügel ist das VI. Korps; es war am Ostrand des Kessels angesetzt. Marschziel war Bischofsburg. Die Mitte, die Korps XXIII, XV und XIII führte Samsonow über Neidenburg nach Allenstein.

Das deutsche XX. Korps unter General v. Scholtz stand an der Südostabdachung des Kernsdorfer Höhenzuges zur Abwehr bereit. Seine beiden Flügel wollte er noch verstärkt haben und dachte dabei im Norden an das XVII. und im Süden an das I. Korps, die beide im Anrollen waren, nachdem die Schlacht von Gumbinnen abgebrochen war. Diese Aufstellung ergab sich aus der unmittelbarsten Raum- und Wegeausnutzung. Die Lücke auf Thorn zu mußte die 5. Landwehrbrigade ausfüllen, während die 6. Landwehrbrigade bei Lötzen die Seenenge schützte.

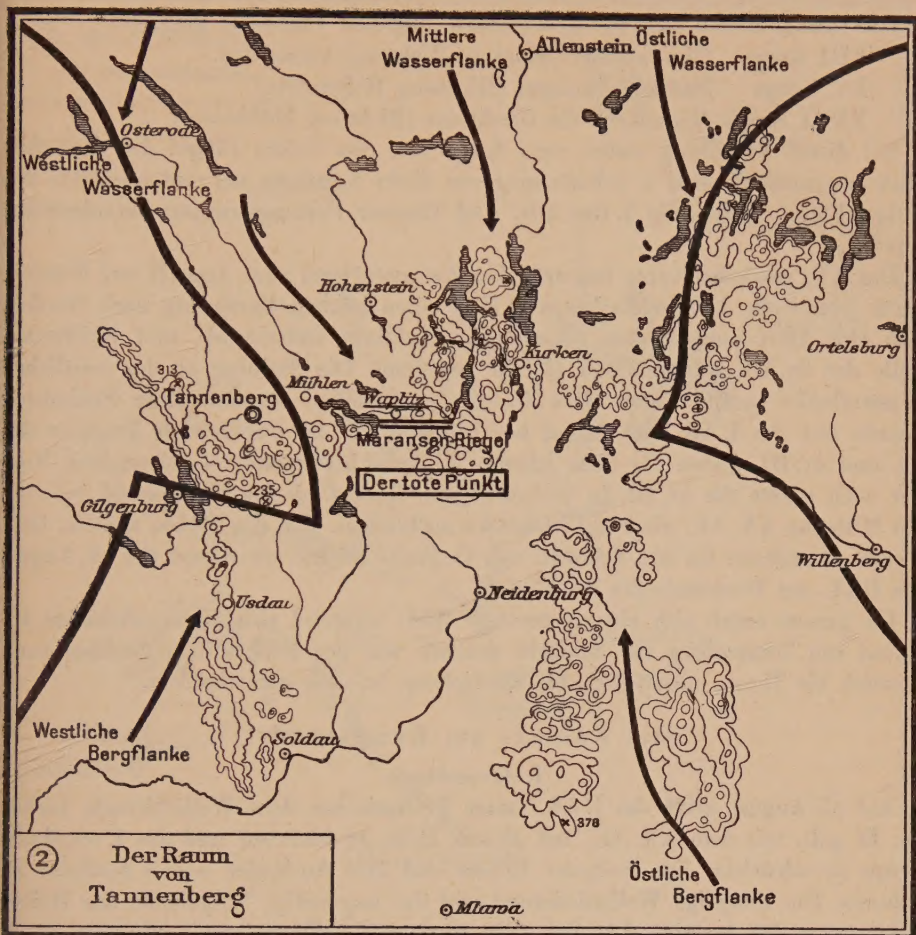
Aus dieser Lage entwickelte sich der Gesamtplan.

Es war möglich, die II. (Narew) Armee allein zu stellen, und zwar noch ehe das schwierige Gelände des Höhenzuges von ihr passiert war. Das XX. Korps erhielt den wichtigen Auftrag, die russische Walze von drei Korps im Kessel aufzuhalten, das war nur in der schon bezogenen Stellung am linken Alleufer möglich. Das I. Korps (François) sollte bestrebt sein, den Südausgang des Kessels abzuriegeln. Das XVII. Korps (Mackensen) marschierte an der Alle aufwärts, dem Ostrand des Kessels zu. Beide Flügel waren in dem schwierigen Wasser- bzw. Berggelände an schnellem Fortkommen gehindert. Während François mit der Bahn fast den Ausgangspunkt erreichte, mußte Mackensen den weiten Anmarsch bei großer Hitze zu Fuß zurücklegen.

Alle Randbewegungen, auch die der Russen, hatten in der Stellung des deutschen XX. Korps ihren Angelpunkt. Daß dieser Angelpunkt im Kessel lag und auch dort gehalten werden konnte, war die Voraussetzung für die Ausnutzung der Raumvorteile. Daran änderte sich auch nichts, als das XX. Korps zum Mühlensee zurückgenommen wurde.

Der Einmarsch der Russen in den Kessel bei Lahna und Orlau bot ihnen ein günstiges Marschgelände, voller Deckung und mit schlechtem Schußfeld für den Gegner. Die Russen versuchten nicht, die 37. ID. zu umgehen, weil die Wasserflanke der Mitte zu eng war, sondern stellten sich zum Kampf.

Mit diesem Versuch, am 23. August den Einmarsch in den Kessel zu erzwingen, begann die Tannenbergschlacht. Als man das VI. russische Korps am Kesselostrand bemerkte, drehte Mackensen von der Alle direkt nach Süden ab; auch François mußte von Neidenburg ablassen, um seinen Gegner aus dem Kessel herauszudrücken.



Die Umgruppierungen für die Kämpfe in der Kesselmitte

Während der Kämpfe um die Höhen von Frankenau—Bujaken—Orlau holte das XIII. russische Korps weit nach Norden aus und bedrohte die Orlauer Flanke. Außerdem fehlte noch immer das I.A.K., auch die 3.Res.-Div. bei Allenstein war noch nicht marschbereit. So zog General v. Scholtz in der Nacht die Mitte und den linken Flügel nach Nordwesten bis in die westliche Wasserflanke der Drewenz und Maranse zurück. Da man auch die 3.Res.-Div. weiterhin zurückhielt, kam der Feind ahnungslos ins Kessellinnere nach. Die Last der nahenden Auseinandersetzung lag nun allein beim XX.A.K., zumal das I.A.K. am 24. August immer noch erst zur Hälfte heran war.

Der russische linke Flügel (I. Korps) blieb infolge der Wendung nach Nordwesten bei Usdau stehen; das hatte zur Folge, daß das deutsche I.A.K. nicht in des Feindes Rücken kam, sondern in der vollen Front angreifen mußte. Hindenburg wünschte diesen Angriff, noch ehe das I.A.K. voll versammelt war, da die Zeit drängte.

Die Russen hatten sich im Kessellinnern folgende Tagesziele gesteckt:

XIII. Korps Gimmendorf—Kurken (Richtung Allenstein).

XV. Korps Nadrau—Paulsgut (Richtung Hohenstein).

XXIII. Korps Michalken—Gr. Gardienen (Richtung Mühlensee).

Bei dieser Verteilung waren zwei Korps auf den linken Flügel der deutschen Mitte angesetzt. General v. Scholtz ging von dieser Annahme aus und verstärkte den linken Flügel, indem die 3. Res.-Div. und Thorner Festungstruppen heranbeordert wurden.

Das XV. russische Korps benutzte den Maransenriegel zum Angriff auf Mühlentau. Auch jetzt hatte das Nachbarkorps (XIII.) einen solchen Vorsprung nach Norden, daß eine Umfassung drohte, diesmal in Richtung Geierswalde und Reichenau. Teile der 37. ID. sollten dieser Gefahr begegnen. Die Stellung an der westlichen Wasserflanke mußte unter allen Umständen gehalten werden. Eine Entlastung konnte nur das I. AK. von Süden her bringen. Die hervorragenden Truppen der 37. und 41. ID. waren für diese schwere Aufgabe im besonderen ausersehen. Von hier noch rückte die 41. ID. in verlustreichem Kampf bis ins Maransental vor, um der Mitte des XX. AK. die Flanke schützen zu können. Von den Höhen von Gr. Gardienen—Ganshorn bis zur Schlucht von Dröbnitz reichte am Abend des 26. August die HKL. am Westrande der Kesselmitte.

Im ganzen ergab sich ein eigenartiges Bild: während sich 350 000 Soldaten im Raum von Tannenberg zur Schlacht stellten, war der beiderseitige Nachbarraum westlich bis Thorn, nordöstlich bis Königsberg, beinahe menschenleer.

Die Kämpfe am Kesselrande

I. Armeekorps

Am 25. August griff das I. AK. unter François aus dem Welle-Grunde heraus an. Es galt, mit dem XX. AK. auf gleiche Höhe zu kommen und das I. russische Korps abzudrücken. Die Seebener Höhen und ihre Ausläufer waren zunächst zu nehmen. Die sumpfige Welleniederung und das ungünstige Vorgelände der Höhen erschwerten den Angriff, für den nicht genügend Artillerie zur Verfügung stand. Doch er gelang. Vor den deckungslosen Abhängen von Usdau mußte halt gemacht werden. Hier lag die Hauptstellung der Russen; sie mußte am 27. August in unsere Hand sein, sollte das XX. AK. entlastet werden. Beim Angriff am Morgen des 27. August ließ man das ungedeckte Mittelgelände aus und stürmte nördlich von Gr. Grieben und südlich von Fichtenwalde; die 5. Lw.-Brig. sicherte die Flanke gegen Borchersdorf. Usdau liegt an der Westkuppe einer die Umgebung beherrschenden Anhöhe. Mit 112 Geschützen wurde auf die 2 km lange Höhe geschossen. Material zerstörte so den Raumvorteil!

Der gelungene Angriff wurde die Grundlage zur Eroberung von Soldau, die unserer nunmehrigen Geländeüberlegenheit wegen weniger Mühe machte. Die ganze Front erfuhr jetzt eine Wendung frontal von Norden nach Süden. Noch während des Kampfes war die 2. ID. des I. AK. nach Neidenburg abgerückt. Auch die Brigaden Schmettau, eine Formation des XX. AK., marschierte nach Neidenburg. Nach dem Fall von Soldau kamen immer neue Truppenverbände in der Stadt zusammen, einige besetzten sofort im Weitermarsch die wichtige Straße Muschaken—Willenberg bzw. Grünfließ. Damit war ein wichtiges strategisches Ziel erreicht: die Absperrung



der Südöffnung des Kessels. Nun galt es, diese Position zu halten und bis zur östlichen Wasserflanke auszubauen. Das gelang ebenso wie die Sicherung der gesamten Südöffnung des Kessels und die spätere Verbindung mit Mackensen.

XVII. Armeekorps

Die zweite große Bewegung am Kesselrande führten das XVII. AK. (Mackensen) und das I. R.K. (Below), und zwar im Nordosten aus. Ein gewaltiger Anmarschweg und die schweren Kämpfe von Gumbinnen waren vergessen, als man in der Abdringung nach Süden den Eindruck neuer, sinnvoller Operationen erhielt. Am 5. August erreichten beide Korps die Höhen westlich der Bahnlinie Allenstein—Insterburg bis Bischofsheim und damit die östliche Wasserflanke.

Der Feind hatte Bischofsburg erreicht und die Bahn bei Gr. Bössau besetzt.

Die drei großen Seen, Dadey-, Bössauer- und Lautern-See, strecken sich, von Wald und Höhenzügen umgeben, in nördlicher Richtung aus dem Kessel heraus.

In dem Augenblick, in dem sich hier das VI. russische Korps aus dem schwierigen Seengebiet zu lösen gedachte, erschien Mackensen. Er plante, die Seenzunge westlich und östlich zu umgehen, um den Feind auf diese Weise nach Süden in die ungünstige Wasserflanke zurückzudrängen und sein Ausweichen nach Westen zu verhindern.

Der Aufmarsch im unübersichtlichen Gelände zwischen Gr. Köllen und Gr. Lautern geschah unbemerkt. Das I. RK. besetzt am 26. August die Enge Kunzkeim—Gr. Bössau, während der Auersee und die Höhen von Kl. Bössau die Verbindung zum Lauternsee abriegeln. Auch die westliche Ausmarschstraße südlich des Dadeys Sees nach Allenstein wurde besetzt gehalten. Beim Angriff leistete der Feind schwachen Widerstand, um Mitternacht war die Linie Gr. Bössau—Bansen erreicht. Die Russen sammelten ihre geschlagenen Divisionen bei Ortelsburg.

Das I. RK. wurde nun nach Westen mit dem Ziel Allenstein abgedreht, das die Russen besetzt hatten. Das XVII. AK. blieb weiterhin am Rand des Kessels, also östlich der Wasserflanke. Ihre 35. ID. verfolgte den Feind, ihre 36. ID. versuchte über Jedwabno das I. AK. zu erreichen.

Das XVII. AK. hat im folgenden nicht nur den Tannenbergekessel im Osten abgeriegelt, sondern auch alle Entsatzversuche vereiteln können.

Die Kämpfe in der Kesselmitte

Am Morgen des 25. August hatte das XX. AK. eine Hauptkampflinie bezogen, die sich mit der westlichen Wasserflanke deckt. Hinter dem sumpfigen Drewenztal nach Norden stark zurückgebogen, schlossen sich der 41. und 37. ID. die 70. Ldw. Brig. und die 3. Res.-Div. an. Da sich zu dieser Zeit das I. AK. noch weit zurück in den Wellewäldern sammelte, war der Mühlener-See mit den Höhen von Tannenberg die Spitze der ganzen Stellung.

Das XX. AK. setzte sich im Süden zusammen mit dem ersten Korps in Bewegung und hatte zunächst am Mühlensee gegen die 37. ID. starken zweiseitigen Angriff auszuhalten. Die 41. ID. mußte, um südlich des Mühlensees und damit im Maransental zu kommen, noch schwieriges Gelände gewinnen. Am Abend des 26. August war dieses Ziel nach verlustreichen Kämpfen erreicht und Ganshorn und Gr. Gardienen wieder in deutscher Hand. Am linken Flügel stand die 3. Res. Div. zum Flankenstoß bereit. Um den Nordflügel zu entlasten, griffen am 27. August die beiden aktiven Divisionen an. Die Lage war gefährlich: wankte unser Flügel nördlich des Mühlensees, so kam der Russe unserer 37. und 41. ID. in den Rücken, umgekehrt war geplant, durch Vorstoß auf Waplitz in den Rücken der XV. russischen Korps zu kommen. Beide Umklammerungen gelangen nicht, weil die jeweiligen Verteidiger im günstigsten Gelände postiert waren. Von der Stellung bei Mühlen hing es ab, ob die Russen mit ihrem Gros im Kessel gehalten werden konnten. Nördlich des Sees lag das tiefeingeschnittene Drewenztal, linksseitig stark erhöht, rechtsseitig bewaldet. Zwei ausgesprochene Durchgänge erleichterten das Näherkommen, der eine liegt nördlich des Ohmensees, wo die Straße von Lichtain nach Geierswalde führt, der andere südlich davon, wo ein knapp 2 km breiter flacher Feldstreifen um das Nordende des Mühlensees geht und die Straße Paulsgut—Mühlen nach Tannenberg führt. Das wasserreiche Mittelstück hat durch den Bahndamm, der eine Annäherung gestattet, an Zugänglichkeit gewonnen.

Die Russen waren am 27. August bemüht, diese Schlüsselstellung in ihre Hand zu bekommen. Besonders kräftig war ihr Angriff am unübersichtlichen Mitteltück. Die 3. Res.-Div. rückte heran und deckte den nördlichen Übergang bei Dröbnitz; der ganze Abschnitt hielt dem Angriff stand. Unterdessen drohte ernstlich die Nordumfassung durch das XIII. russische Korps, deren, der Landwehr überlegene Truppen Geierswalde zum Ziel hatten.

Der Norden des Kessels war offen, da die Ldw.-Div. Goltz erst im Anrücken und die Sieger von Gr. Bössau zwar schon im Rücken des XIII. russischen Korps, aber noch weit im Felde waren.

Wie ausgeprägt die Drewenzfront nur ein Teil der Arbeit des XX. AK. war, zeigen die nun folgenden Operationen. Die 37. ID., bei Mühlen nicht mehr nötig, kam hinter die Brigade Unger, um im Notfalle einer nördlichen Umfassung zu begegnen. Damit fehlte für die 41. ID. die kräftige Stütze. Ihre Verwendung beim I. AK. kam nach dem Fall von Usdau nicht mehr in Frage; ihr Ziel war nun Waplitz. Sie sollte noch am Abend des 27. August die Enge Mühlensee—Maransensee schließen. Das I. AK. und das XVII. AK. blieben noch durch sich verstärkende russische Kräfte gebunden, eine Hilfe für den 28. August war vom Rande nicht mehr zu erwarten.

Den Kampf um die Mitte mußte das XX. AK. allein durchstehen. Dabei sollte das I. RK. von Osten, die Ldw.-Div. Goltz von Norden, die 3. Res.-Div. von Nordwesten und Teile des XX. AK. von Südwesten die Russen um Hohenstein im Angriff zusammendrängen, einschließen und vernichten.

Ihr XIII. Korps hatte Allenstein verlassen.

Die 36. RID. des XVII. AK. mußte nun das I. RK. unterstützen; dabei unterblieb die Abschnürung der Enge Kurken—Schwedrich. Dafür drang das I. AK. über Neidenburg nach Willenberg vor, um dort das XVII. AK. zu erreichen und so den äußeren Umfassungsring zu schließen.

Die 41. ID. hatte mit der Bedrohung von Bujaken—Frankenau her nicht gerechnet und kam wider Erwarten nicht vorwärts, schließlich zwangen sie die blutigen und unglücklichen Kämpfe von Waplitz zum Rückzug. Mit dem mißglückten Vormarsch war die Lage zum Angriff der anderen Divisionen nicht mehr gegeben.

Wir sind am Krisenpunkt der Schlacht.

Trotzdem trat General v. Morgen den Vormarsch auf Hohenstein an. Schwierig wie der Angriff der Division Unger über freies Gelände westlich von Paulsgut, war der Sturm der 3. Res.-Div. auf Dröbnitz durch den Drewenzgrund zu den steilen Höhen des rechten Ufers hinauf. Doch die Kämpfe der 41. ID. hatten die Hauptmasse der russischen Truppen schon zur Nacht nach Süden gezogen. Der Russe sah den Maransenriegel gefährdet und wollte unter allen Umständen diese Stellung halten. Die 6. RID. kam ganz nördlich von Kirsteindorf über Schwentaïen nach Sauden, fast ohne Kampf, und nahm Hohenstein ein. Die Ldw.-Div. Goltz, in Biessellen ausgeladen, marschierte nun endlich, aber immer noch zur rechten Zeit, auf Hohenstein zu. Wohl war der eigentliche Feind, das russische XV. Korps, schon aus Hohenstein herausgegangen, aber das XIII. russische Korps, von Allenstein nach Südosten strebend, bedrohte die Flanke. Um diesen Hohenstein-Entsatz aufzuhalten, besetzte die Ldw.-Div. Goltz den Kämmereiwald; nur ein Teil der Division

setzte den Marsch auf Mörken fort, um den letzten Widerstand des XV. russischen Korps zu brechen, ehe die Hilfe heran war. Im gemeinsamen Angriff mit dem 6. RID. fällt das Dorf Mörken. Der Feind muß geschlagen ins Kessellinnere zurück, der Nordring ist geschlossen, eine Vereinigung der russischen Korps verhindert.

Mit diesem Siege am Nordausgang des Kessels beginnt eine konzentrierte Verfolgung des Feindes von Norden und Westen, hinein in die Kurkener Enge. Der 37. ID. konnte daran nicht teilnehmen, sie war gegen das von Allenstein herankommende XIII. russische Korps eingesetzt, das die Goltzsche Landwehr am Kämmererwald aufgehalten hatte. Das I. RK. folgte den Russen. Somit reifte die Entscheidung.

Die Landwehr ging vom Kämmererwalde über den Amlinggrund zu den Höhen von Wilken zurück, wo auch die 37. ID. stand. Das I. RK. trieb die Russen dieser Stellung zu. Hier war es für sie nicht mehr möglich, nach Norden auszuweichen. So blieb auch ihnen nur der Ausweg in die mittlere Wasserflanke zwischen Lansker und Plautziger-See. Nach den einleitenden Kämpfen im Kämmererwalde verhielten die Russen, um dann von drei Seiten gestellt und aufgerieben zu werden. Sie flohen über Schlagamühle unter dem wirksamsten Kreuzfeuer der deutschen Batterien. Beim Nachrücken kamen das XX. AK. und das I. RK. in Verbindung.

Damit waren der Sieg im Kessel und zugleich die zweite Abriegelung nach Norden endgültig sichergestellt.

Da auch im Süden und Osten, trotz der starken Entsatzversuche bei Neidenburg und Ortelsburg, der äußere Ring geschlossen blieb, kam eine vollständige Umzingelung zustande. Am Rande entschied sich das Schicksal der im Kessellinnern vernichteten russischen Korps.

Abschluß

Wir haben gesehen, wie zwischen einem geschichtlichen Geschehen und dem Boden, auf dem es stattfindet, eine Beziehung besteht. In aktiver Form griff der Raum hemmend und fördernd in die Ereignisse ein.

Ist der Raum im politischen Handeln ein Machtfaktor, so ist er bei militärischen Operationen eine Waffe, die einzusetzen ist.

Das Schlachtfeld von Tannenberg hat eine ungewöhnlich ausgeprägte Raumform; Erfahrungen anderer Räume, auf Tannenberg übertragen, ergeben in jedem Falle eine Mißweisung. Dieses Kraftfeld enthält so viele Möglichkeiten eines Angriffs, eines dauernden oder hinhaltenden Widerstandes, einer Umgehung oder einer versteckten Täuschung, daß man leicht ein Opfer dieser Möglichkeiten wird. Es ist anzunehmen, Samsonow rechnete mit keinerlei Verbleiben in diesem Raum. Er suchte ihn nur, um von Westen her unbelästigt zu sein. Doch der Durchmarsch wurde gestört. Das XX. AK. hielt den Gegner fest, ohne sich zu binden; damit gingen den Russen das Gesetz des freien Handelns verloren. Der enge Raum zwang zur Entscheidung, stehen bleiben konnte man nicht, zurück ging es auch nicht mehr, man mußte sich durchpressen! Diese unbedingte Vorwärtsbewegung im ungünstigen Raum wurde von uns zu einer Vernichtungsstrategie ausgenutzt.

Es ist klar, daß der Plan zur Schlacht, wie er uns heute erscheint, erst während des Kampfes entstand; erst im Kampf ließ der Raum seine Gesetzmäßigkeiten wirken. Sie herauszuspüren und klug und großzügig auszunutzen, sind Genie und Verdienst von Hindenburg und Ludendorff gewesen.

GUSTAV FOCHLER-HAUKE: England und die neue Welt¹⁾

Wir halten die Entwicklung in den USA. für so bedeutungsvoll, daß wir — angesichts des eben abgeschlossenen Königsbesuches — im Anschluß an das Juniheft das Wesen der englisch-amerikanischen Beziehungen noch einmal ausführlich erörtern.

Herausgeber und Schriftleitung.

Vom Werden der Beziehungen

Bei unseren Betrachtungen müssen wir uns stets vor Augen halten, daß England noch immer als das Herz des Britischen Weltreiches zu gelten hat, eines Reiches, das den vierten Teil der gesamten Landoberfläche der Erde und ein Viertel der Menschheit umfaßt, das sich von Pol zu Pol und in alle Weltmeere erstreckt, das in seinem politischen Aufbau die größten Verschiedenheiten aufweist, in dem hochentwickelte Demokratien neben absoluter Selbstherrschaft und mächtige Dominien neben winzigen kolonialen Streubesitztümern stehen. Von den heutigen Großmächten der Erde sind zwei auf Inselstaaten gegründet, Japan und England. Wenn sich auch in beiden Ländern, die von alten Kulturvölkern besiedelt sind, die Gedanken der Seegeltung und der weltübergreifenden politischen Macht und wirtschaftlichen Verflechtung erst verhältnismäßig spät durchgesetzt haben, so hat doch England jahrhundertlang am Bau seines Reiches gezimmert, während Japan erst in den letzten Jahrzehnten mit kühnen Schlägen sich in die Weltpolitik einschaltete. Wenn aber Japan sich auch heute noch die gesunden Grundlagen seiner Macht, einen ausreichend breiten Bauernstand, einen genügenden Bevölkerungsüberschuß und auch die Möglichkeit der Selbstversorgung mit den Hauptnahrungsmitteln im Ernstfalle erhalten hat, ist in England die Landwirtschaft, die vor dem Aufstieg zur Weltmacht eine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben spielte, vollkommen zurückgedrängt worden. Selbst bei vollständiger, heute nicht im entferntesten erreichbarer Ausnutzung der für den Anbau geeigneten Flächen könnte nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung Englands unter Beibehaltung der hohen Lebenshaltung aus den Erträgen des Landes genährt werden. England ist daher auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen wie kaum eine andere Großmacht der Erde. Diese Tatsache aber bestimmt zu einem beachtlichen Teil die Beziehungen Englands zu Amerika und Australien. Neben den Erschütterungen im Gefüge des Britischen Reiches, die auf rein politische und nationale Spannungen zurückgehen, ist es das größte Problem des englischen Mutterlandes, sein Wirtschaftsleben den gewaltigen Veränderungen auf dem Weltmarkt anzupassen. Zwar richtet sich auch heute noch in England das Bewußtsein, daß ein neuer schöpferischer Geist und eine neue soziale Grundlage notwendig sein werden, um die tiefen Gärungen zu überwinden, nur langsam Bahn. Aber die Verantwortlichen stellen sich doch durch die Gewalt der Tatsachen zu der Einsicht gekommen, daß

¹⁾ Vortrag, gehalten im Rahmen der auslandkundlichen Veranstaltungen der Technischen Hochschule, Stuttgart. Neben den bedeutenderen zusammenfassenden Schriften über die Vereinigten Staaten und das britische Weltreich wurden für diese Ausführungen, die sich auch auf eigene Landeskenntnis stützen, zahlreiche Aufsätze in den Zeitschriften „Zeitschrift für Geopolitik“, „Wirtschaftsdienst“ und „Ibero-Amerik. Archiv“ verwendet.

es mit dem Freihandel, auf dem englischer Handel und englischer Reichtum sich bisher aufbauten, vorbei ist, daß ein Wirtschaftsausgleich innerhalb des Reiches aber auch mit den anderen großen Staaten als unerbittliche Notwendigkeit angesehen werden muß. Schon den Verhandlungen in Ottawa lagen letztlich diese Erkenntnisse zugrunde. Dieser seit Ottawa angestrebte Ausgleich hat aber zunächst zu einer verstärkten Einfuhr aus den Dominien und Kolonien, weniger zu einer Hebung der Ausfuhr nach diesen geführt. Zwar wird die Nahrungs- und Rohstoffeinfuhr aus dem Reiche gefördert, doch müssen noch weit über 50% der Nahrungsmittel und des Rohstoffbedarfes aus fremden Ländern gedeckt werden, nicht zum wenigsten aus Amerika. Die Freihandelspolitik hat zwar Englands Reichtum begründet, aber schließlich trotz des gewaltigen Kolonialbesitzes zu weitgehender Abhängigkeit von fremden Staaten in Lebensmittelversorgung und Rohstoffeinfuhr geführt. Wenn heute dieses Wirtschaftssystem des kapitalistischen Liberalismus zwangsweise verlassen werden muß, da immer mehr Staaten ihre Märkte einem freien Handel verschließen, so wird das von weiten Kreisen Englands als Verlust der britischen Freiheit überhaupt empfunden. Man versucht, die Mächte der Erneuerung dafür verantwortlich zu machen, ohne einzugestehen, daß diese gerade wegen des Raum- und Rohstoffwuchers der Kolonialmächte alten Stils ihre Wirtschaft vor den Einwirkungen eines freibeuterischen Welthandels schützen müssen.

In England hat sich noch keineswegs der Gedanke Bahn gebrochen, daß die Wirtschaft keinen anderen Zweck hat, als dem Volk zu dienen; sie wird noch immer als Selbstzweck betrachtet. Alle staatlichen Eingriffe, die nun auch in England unternommen werden müssen und die man anderen Staaten zum Vorwurfe macht, gelten als ausschließlich wirtschaftlich und sind nicht eingeordnet in eine gesunde Bevölkerungs- und Sozialpolitik und können deshalb nicht zu einer wirklichen nationalen Verjüngung und Stärkung von Dauer führen. Chamberlain und seine Mitarbeiter haben bei aller Anpassungsfähigkeit an die geänderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die schon stark ausgefahrenen Gleise englischen politischen und wirtschaftlichen Denkens nicht verlassen. Um den Außenhandel und insbesondere die Ausfuhr zu beleben, hat man seit 1931 begonnen, eine allgemeine staatliche Ausfuhrförderung zu schaffen. 1937 wurde sodann eine eigene Ausfuhrkreditabteilung (Export Credits Guarantee Department) geschaffen, mit deren Hilfe der englische Außenhandel planmäßig gefördert wird. Die außerordentliche Aufrüstung, die schon im Winter 1935/36 begann und seit Anfang 1937 mit allen Mitteln betrieben wird, hat der englischen Wirtschaft und den englischen Beziehungen zu Amerika und Australien, die nun im einzelnen knapp behandelt werden sollen, neue Triebkräfte gegeben.

Wir wissen, daß gleiche Abstammung oder Verwandtschaft keineswegs freundschaftliche Beziehungen verbürgen. Die nach dem neuen Kontinent ausgewanderten Söhne Englands sahen daher zu einem Großteil bald im Mutterlande nur Herrschaft sucht und Unfreiheit, fühlten sich bevormundet und in ihrer Entwicklung gehemmt. Ihre neue Heimat erschien ihnen als der Hort der Freiheit und ungeahnter Entwicklungsmöglichkeiten, deren Entfaltung die engstirnige alte Heimat aus Eigeninteresse hindern wolle. Vor der Unabhängigkeitserklärung war in den 13 Kolonien keineswegs mehr, von Neu-England abgesehen, eine erdrückende angelsächsische Mehrheit vorhanden. In einzelnen Gebieten, wie etwa in Pennsylvanien, war damals schon fast die Hälfte der Bevölkerung nichtenglisch. Auch aus dieser Tatsache ergaben sich Schwierigkeiten mit dem bestimmenden (nicht einzigen) Mutterlande. Dabei bildeten diese 13 Kolonien weder wirtschaftlich noch politisch eine Einheit, sie befahdeten sich untereinander nicht wenig. Zusammengeschlossen wurden sie vor allem durch

etwas Verneinendes, nämlich durch die Feindschaft gegen England. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit änderte sich die Sachlage insofern, als kein zwingender Grund mehr für eine politische Feindschaft gegen England vorhanden war, andererseits die vielen Gemeinsamkeiten wieder stärker sichtbar wurden. Darüber hinaus erkannte man, daß England nicht der einzige mächtige Wettbewerber und Gegner war, sondern daß auch mit anderen Mächten gerechnet werden mußte. England hatte ebenfalls aus dem gewaltigen Verlust gelernt; es sah ein, daß es den neuen Nordkontinent nie mehr würde allein beherrschen können, und sorgte nun durch kluge politische Anpassung, geschickte Verträge und Verhandlungen dafür, daß die Herrschaft über Nordamerika wenigstens nur eine solche zu zweien und nicht zu dritt und zu viert wurde. Spanien und Frankreich wurden ausgeschaltet, die Grenze zwischen Kanada und der Union nach heftigen Auseinandersetzungen endgültig festgelegt, und zwar in Gebieten, die zu einem Gutteil (im Westen) überhaupt nicht oder kaum bekannt waren. An der pazifischen Küste aber war inzwischen die Union bestimmend geworden; die englischen Versuche, sich in Texas und in Kalifornien festzusetzen, schlugen fehl. Haarscharf wurde hier im Westen noch einmal, nicht zum wenigsten in der Oregon-Frage, eine kriegerische Auseinandersetzung vermieden. Spannungen ergaben sich außerdem durch die beiderseitigen Machtgelüste in Mittelamerika und Westindien, ferner durch die gleich nach dem Bürgerkrieg der Union gelungene Erwerbung Alaskas, durch die sich Kanada bedroht sah. Daß England selbst die wachsende Schwäche seiner Machtstellung in der Neuen Welt fühlte, beweist auch sein freiwilliger Verzicht auf die durch den Clayton-Bulwer-Vertrag erworbenen Rechte zugunsten der Union in der Frage des Landengenkanals. Für die Union war ja auch nach der Festsetzung auf den Philippinen und mit der steigenden Bedeutung der pazifischen Küste der Kanal strategisch höchst bedeutungsvoll. Englands Machtstellung im Karaibischen Meer war damit natürlich gesunken.

Festzuhalten bleibt, daß die vereinsstaatlich-englischen Gegensätze in erster Linie nicht etwa auf die Herausbildung nationaler Gegensätzlichkeit, sondern auf wirtschaftliche und machtpolitische Eifersucht zurückzuführen waren. Die Vereinigten Staaten fühlten sich immer mehr verantwortlich, und zwar allein verantwortlich, für das Schicksal des gesamten Kontinents, und verübelten es, wenn sie bei der Schlichtung von Zwistigkeiten, an denen sie nicht unmittelbar beteiligt waren, ausgeschaltet werden sollten, wie bei den Streitigkeiten über die Grenzen zwischen Venezuela und Britisch-Guayana. England erkannte schließlich auch gewisse Vorteile in der Monroe-Politik, weil es dadurch selbst nicht in zersplitterndem Kraftinsatz dafür kämpfen mußte, daß Dritten die Einmischung in amerikanische Angelegenheiten verwehrt wurde. Schließlich betrachtete England, und bis zum Weltkrieg nicht mit Unrecht, die Vereinigten Staaten, als Ganzes gesehen, als eine englische Kulturprovinz. Aus diesem kulturellen Abhängigkeitsverhältnis heraus hoffte es auch in schwierigen Zeiten politische Vorteile erzielen zu können, eine Hoffnung, die auch nicht trog, wie Amerikas Eintritt in den Weltkrieg zeigte. Seit der Jahrhundertwende tauchten hien wie drüben sogar Gedanken verschiedenster Art über eine Wiedervereinigung der angelsächsischen beiden Großmächte auf, wobei allerdings von amerikanischer Seite die endgültige Verlagerung des Machtschwerpunktes in die Union als selbstverständlich angesehen wurde. Das in vieler Hinsicht

gleichgebliebene Staats- und Wirtschaftsdenken, die stark englisch ausgerichtete amerikanischen Kulturideale, die große gegenseitige Schuldenverflechtung, die geschickte englische Propaganda im Sinne einer „bedrohten demokratischen Freiheit“, das alles wirkte zusammen bei der amerikanischen Entscheidung im Weltkrieg, die im letzten Grunde betrachtet, gegen den Willen des Großteiles der Bevölkerung erfolgte. Immerhin glaubte ein bestimmender Teil der Amerikaner durch den Einsatz an Seite Englands und Frankreichs für die Wahrung der menschlichen „Freiheit“ zu kämpfen und damit endlich und ein für allemal zu beweisen, daß die Verteidigung von Fortschritt und Kultur, wie sie hier verstanden wurde, nun in die Hand der Union gelegt sei. Allerdings, der Ausgang des Krieges entsprach keineswegs den Erwartungen der Amerikaner, trotz des Zusammenbruchs der Mittelmächte. Man sah sich durch die chaotischen Zustände Europas in Gefahr hineingezogen, die man nicht erkannt hatte und von denen man neue Verwicklungen fürchtete. Wilson, der mit seinen ideologischen Verschwommenheiten über Europa neues Unglück brachte, eben noch gefeierter Apostel amerikanischer Weltbeglückung, wurde plötzlich gestürzt. Dem Völkerbund blieben die Vereinigten Staaten fern. Die Stockungen in der Kriegsschuldenrückzahlung wirkten nicht weniger stark zu allgemeiner Verstimmung mit; Amerika war gewillt, sich wieder auf sich selbst zurückzuziehen, wenn es auch immer wieder sich in weltumspannende Vorgänge und Verträge einschaltete, die nicht unmittelbar seine Interessen betrafen. Aus den von den englischen Kulturidealen war man inzwischen stärker abgerückt, die vielen nichtgermanischen Einwanderer der letzten Jahrzehnte hatten nicht oder nur unvollkommen eingeschmolzen werden können, tausend Gegensätzlichkeiten begannen in der Tiefe aufzubrodeln. Dennoch war die Union einer der Hauptkriegsgewinne geworden, in ganz anderem Maße als England. Sie begann nun einen verstärkten Wirtschaftsimperialismus gegenüber Südamerika, das Eigengefühl wuchs mehr denn je, die Hoffnungen stiegen, bei Übersehung der inneren Klüfte, ins Ungemessene. Bis dann die große amerikanische Krise ausbrach, die nun erst die eigentlichen Probleme dieses gewaltigen Staates ahnen ließ und aus der auch bis heute kein New Deal und kein Roosevelt herauszuführen vermochten!

Zusammengefaßt: England und die Vereinigten Staaten sind, nach dem vergessenen Ringen des Mutterlandes um seine wichtigsten Außensiedlungen, eigenem Wege gegangen. England, auf seinen Überseebesitz und die Auslandsbeziehungen angewiesen, wandte sich der Erschließung Kanadas und Australiens, sowie der Durchdringung anderer Gebiete zu, die Vereinigten Staaten aber griffen zwar nicht selten und oft ungeschickt in nichtamerikanische Gebiete ein, stellten ihre Großmachtsprüche, trieben teilweise dieselbe Kolonialpolitik, die sie kurz vorher verworfen und England zur Last gelegt hatten, im großen gesehen aber waren sie doch völlig mit der Erschließung ihres eigenen Kontinentes beschäftigt, der ihnen außerordentliche Möglichkeiten und fast alle wichtigen Rohstoffe biete.

Im Wirtschaftskampf mit Mittel- und Südamerika

Während die amerikanische Industrie, trotz zahlenmäßig bedeutender Ausfuhr doch überwiegend für den Innenmarkt erzeugt, sind die wichtigsten englischen Industriezweige darauf angewiesen, über die Hälfte ihrer Erzeugnisse ins Ausland abzusetzen. Vor dem Kriege, zur Zeit des kaum gestörten Welthandels, hatte

England nicht notwendig, um Erleichterungen im Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten zu werben; in den letzten Jahrzehnten hat sich das stark geändert. Zwar wurden im einzelnen zwischen England und Amerika erbitterte Kämpfe um die Beherrschung der Gummi- und Ölgesellschaften geführt, es tauchten durch einseitige Kapitalverflechtungen, durch Währungskrisen, durch die Kriegsschuldenfrage und das Fehlschlagen weltwirtschaftlicher Verhandlungen große Schwierigkeiten auf, die Verstimmungen auf beiden Seiten hervorriefen. Im ganzen aber bemühte sich England doch, besonders seit dem Einsetzen der großen Krisenerscheinungen, um eine Annäherung politischer und handelspolitischer Art, wobei es darauf hinweisen konnte, daß es als größter Abnehmer amerikanischer Waren einen mittelbaren Einfluß auf die Wirtschaftskraft der amerikanischen Farmer und auf die Entwicklung wichtiger Bergbauzweige besitze. Wie wichtig für England der Atlantische Ozean ist, erhellt schon allein aus der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten und Kanada an der Spitze der Länder stehen, aus denen England seine Einfuhr deckt. Nach langjährigen, fruchtlosen Bemühungen ist es nun im Vorjahre endlich zu neuen englisch- bzw. kanadisch-amerikanischen Handelsverträgen gekommen, die die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Empire und den Vereinigten Staaten noch inniger ausgestalten sollen; die Schwierigkeiten liegen jedoch angesichts der großen Verschiedenheit der Bedürfnisse der einzelnen Dominien auf der Hand. Wir dürfen nicht vergessen, daß die amerikanische Landwirtschaft an Ausfuhrnot leidet, die teilweise überentwickelte amerikanische Industrie aber es keineswegs leicht erträglich findet, eine vermehrte Einfuhr britischer Industrieerzeugnisse in die Vereinigten Staaten zugunsten einer stärkeren landwirtschaftlichen Ausfuhr hinzunehmen. Schließlich wirkt auch die stagnierende Kaufkraft der Bevölkerung in den von Arbeitslosigkeit geplagten Vereinigten Staaten auf die Dauer nicht im Sinne einer größeren Ausweitung des britisch-amerikanischen Handels. Daß der amerikanisch-englische Handelsvertrag vom Jahre 1938 nicht nur wirtschaftsverbindend, sondern politisch ausgerichtet ist, kann man leicht daraus erkennen, daß die britischen Vergünstigungen für landwirtschaftliche Ausfuhrartikel der Vereinigten Staaten zwar ein wenig die Dominien benachteiligen, andererseits die vereinsstaatlichen Rohstoffe und Nahrungsmittel wehrpolitisch England verstärkt nutzbar machen. Der neue vereinsstaatliche Vertrag mit Kanada bringt vor allem eine gegenseitige Begünstigung in der Belieferung von Rohstoffen, die der Rüstung, insbesondere dem Flugzeugbau, zu Nutzen kommen. Daß Kanada ein wichtiges Bindeglied der beiden angelsächsischen Mächte ist, wird auch dadurch unterstrichen, daß Roosevelt in einer Rede an der kanadischen Grenze Kanada ausdrücklich in den „Schutz“ der Monroedoktrin mit einbezog. Der Wille zu enger politischer Zusammenarbeit prägt sich anschließend an den englisch-amerikanischen Handelsvertrag von 1938 in einem Notenwechsel aus, der besagt, daß beide Mächte jederzeit die Frage des gegenseitigen Rohstoffbedarfes mit Verständnis prüfen werden.

Alle diese Bemühungen um eine enge Zusammenarbeit können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Südamerika die Vereinigten Staaten und England entgegengesetzte Interessen, besonders handelspolitischer Art, haben. Die vereinsstaatlichen Bemühungen vor und in der Konferenz von Lima, die südamerikanischen Staaten nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich inniger mit Nordamerika

zu verknüpfen, mußten notwendigerweise nicht nur gegen die großen Industriestaaten Europas im allgemeinen, sondern vor allem gegen England gerichtet sein.

Wenn für die Vereinigten Staaten Lima schließlich eine Enttäuschung wurde, die man bemänteln und durch vermehrtes Rüsten wettzumachen suchte, so nicht zuletzt, weil die südamerikanischen Staaten wirtschaftlich stark nach Europa ausgerichtet sind und Nordamerika nicht imstande ist, allein ausschlaggebender Abnehmer für südamerikanische Erzeugnisse, etwa argentinischen Weizen, argentinisches Fleisch, brasilianische Baumwolle, chilenisches Kupfer usw., zu werden. Es kann bestenfalls neue Kredite bieten. Aber die südamerikanischen Staaten haben mit Auslandsanleihen schon zu viele schlechte Erfahrungen gemacht und sie mit blutigen Unruhen bezahlt, als daß sie nicht daraus gelernt hätten. Wenn die politischen und wirtschaftlichen Wünsche der Vereinigten Staaten auf der Konferenz weitgehend zurückgesteckt werden mußten, dann nicht zuletzt infolge des argentinischen Widerstandes. Argentinien ist derart eng wirtschaftlich und vor allem kapitalpolitisch mit England verbunden, daß sogar englischerseits einmal die Idee aufgetaucht ist, Argentinien in das britische Weltreich einzugliedern — eine Idee, die sicherlich auf keine Gegenliebe gestoßen ist. Die Vereinigten Staaten haben sich in der letzten Zeit bemüht, den südamerikanischen Staaten eine gemeinsame amerikanische Aufrüstung, natürlich unter nordamerikanischer Führung, schmacht zu machen, indem sie auf die angebliche „faschistische“ Gefahr hinwiesen, die von den „autoritären“ Staaten Europas drohe.

Kanada wird natürlich in diese allamerikanische Aufrüstungsidee einbezogen und hier ist auch allein, auf dem Wege der Einschaltung britischer Bedürfnisse, Verständnis für sie vorhanden; dabei stehen aber kanadischerseits weniger ideologische als wirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund. In Südamerika ist solche Plänen gegenüber Kühle bewahrt worden. Wehrpolitisch wirksam dürften nur die Ergänzungsmöglichkeiten der amerikanischen durch die britische Flotte und die englischen Luftwehr durch die vereinsstaatlich-kanadische Flugzeugindustrie werden.

Wenn auch Argentinien vielfältig wirtschaftlich mit England verknüpft und Argentinien's Fleischausfuhr zum allergrößten Teil auf England angewiesen ist, so beträgt doch der englische Anteil an der argentinischen Fleischausfuhr nur rund ein Drittel; in der Einfuhr, besonders von Textilwaren, sieht sich England in Argentinien dem japanischen Wettbewerb gegenüber, der durch billigere Erzeugnisse im Vorteil ist. England ist vielleicht gerade wegen seiner großen Investitionen in Argentinien nicht in der Lage, einseitig auf die argentinische Wirtschaftspolitik einzuwirken, da es ja sonst im Zinsendienst große Nachteile haben könnte. Die englische Kapitalbeteiligung an argentinischen Unternehmungen, besonders Eisenbahnen, wird auf nicht weniger als 440 Millionen £ geschätzt. England hat schließlich noch, beispielsweise in der Fleischeinfuhr aus Argentinien, Rücksichten auf die Dominien, in diesem Falle auf Australien und Neuseeland zu nehmen. Immerhin sind die gegenseitigen Wirtschaftsverflechtungen zwischen England und Argentinien so groß, daß gegen vereinsstaatliche Auswirkungen Sicherungen für England vorliegen.

England hat auch in anderen südamerikanischen Staaten große Geldanlagen; es ist ein wichtiger Abnehmer der großen Kaffeeerzeuger. Aber ein weiterer Ausbau der englischen Kapitalanlagen in Südamerika ist vorerst nicht zu erwarten, da die Unsicherheit, wie die Vorkommnisse der letzten Jahre gezeigt haben, zu gering geworden ist. Man sollte aber nicht vergessen, daß Südamerika zwar seine wirtschaftliche Erschließung in erster Linie den spanischen, portugiesischen, italienischen und deutschen Einwanderern, die verkehrsmäßige und industrielle Entwicklung aber nicht zuletzt englischem Gelde verdankt, daß in Bahnbauten, Bergwerken, Industrie und Staatsanleihen angelegt wurde. Im Weltkriege, in dem England auch gegenüber Südamerika in seinen Möglichkeiten gebunden war, wurde der nordamerikanische Wettbewerb gegen das englische Kapital und englischen Einfluß in Ibero-Amerika mit Nachdruck fühlbar und führte zwischen beiden Geldgebern zu erbitterten Auseinandersetzungen.

undersetzungen, in deren Verlauf die Vereinigten Staaten vor allem auf der pazifischen Seite, etwa im Kupferbergbau Chiles und Perus, ferner in der Elektroindustrie, vielfach siegten. Mit dem wuchtigen Einbruch der nordamerikanischen Krise gingen aber seit 1930 wieder zahlreiche Stellungen verloren. Immerhin kann man mit Vorsicht auch heute von einem stärkeren nordamerikanischen Einfluß im pazifischen und von einem größeren englischen im atlantischen Südamerika sprechen.

Wenn die Vereinigten Staaten in Südamerika durch ihre lange Zeit hindurch offenkundigen und heute verschleierten (Politik der guten Nachbarschaft) imperialistischen Einmischungen, besonders in Mittelamerika, von vornherein politisch verdächtig erscheinen müssen, so hat auch England in dieser Hinsicht keine reine Stirn. Durch die Wegnahme der Falkland-Inseln im Jahre 1835, durch die neuerliche Festsetzung auf den im Süden des Atlantischen Ozeans gelegenen Inseln Süd-Georgien und Süd-Orkney, ist es gegenüber Argentinien belastet, das diese Inseln als die seinen ansieht, aber gegen die britische Seemacht nichts unternehmen kann. Die Falkland-Inseln bilden eine außerordentlich wichtige Flankenstellung zum Kap Horn und zur Magelhanstraße; sie haben ihre strategische Gunst auch in der berühmten Seeschlacht vom Dezember 1914 bewiesen. Auch in Guatemala hat England Anlaß zu politischen Streitigkeiten. Britisch-Honduras, in dem sich schon englische Freibeuter festsetzten, als Mittelamerika noch spanische Kolonie war, wird von Guatemala zurückgefordert, da es England nur durch recht fragwürdige Verträge als Einflußsphäre eingeräumt worden sei. Natürlich ist dieser Streitpunkt verhältnismäßig geringfügig; Britisch-Honduras könnte allenfalls im Zusammenhang mit Ölvorkommen im angrenzenden Guatemala Beachtung gewinnen, vielleicht auch im Bedarfsfalle als britischer Flottenstützpunkt herangezogen werden. Sein eigentlicher Wert liegt in den Edelhölzern. Mexiko ist besonders seit der Jahrhundertwende, als das erste Petroleum erbohrt wurde, zum Schauplatz großer Auseinandersetzungen zwischen der amerikanischen Standard Oil- und der englisch-holländischen Shell-Gesellschaft geworden. Die Nordamerikaner haben in dieser Zeit über 1 Milliarde Dollar, die englische Gesellschaft gut ein Drittel dieses Wertes in die Ölindustrie Mexikos gesteckt und sind die Ursache dauernder Unruhen, blutiger Revolutionen und Kämpfe gewesen. Im März des Vorjahres wurde nun von der mexikanischen Regierung die Übernahme der Erdölindustrie durch den Staat erklärt. Den Vereinigten Staaten ist durch die auf der panamerikanischen Konferenz in Buenos Aires festgelegte Nichteinmischungspolitik ein direkter Eingriff, wie er noch vor wenigen Jahren möglich gewesen wäre, versagt; aber auch England kann mit seinem energischen Protest nicht viel mehr als eine gewisse Entschädigung an die englische Shell erreichen. Für die Behauptung der englischen Machtstellung im Atlantik sind die Bahamainseln, Barbados und Port Royal auf Jamaika wichtige Stützpunkte. Westindien ist aber auch durch seine tropischen Rohstoffe für England wertvoll, wenngleich auch hier die sozialen Gärungen manche Schwierigkeiten bereiten. England hat die Herrschaft über den Panamakanal den Vereinigten Staaten überlassen müssen, für die er lebenswichtig ist. Aber das bedeutet in einer Zeit britisch-nordamerikanischer Annäherungsbemühungen für England keine strategische Schwäche, um so weniger, als es dieses Kanals für seine Verbindung mit den wichtigsten britischen Reichsgliedern

nicht bedarf. Entscheidend für die künftige Stellung der Vereinigten Staaten und Englands in Mittel- und Südamerika wird nicht zuletzt die Tatsache sein, daß die lateinamerikanischen Länder immer stärker bestrebt sind, sich von der Herrschaft des angelsächsischen Kapitals zu befreien und zu einer Wirtschaft nach eigenen Bedürfnissen überzugehen, die an einer nationalen Erneuerung Rückhalt findet.

Diese Vorgänge werden auch die angelsächsischen, besonders vereinsstaatliche Versuche, Großdeutschland vom lateinamerikanischen Markte zurückzudrängen und durch das plumpe Behaupten deutscher Einmischungsabsichten in Südamerika unmöglich zu machen, zum Mißlingen bringen. Einerseits verfolgen wichtige südamerikanische Staaten, die selbst einem nationalen Aufbau entgegenstreben, die zersetzenden Kräfte linksgerichteter Kreise der angelsächsischen Demokratien mit größtem Mißtrauen, haben sie doch diese Gefahren selbst bitter genug kennen gelernt, andererseits lassen sich eben natürliche Wirtschaftsbeziehungen und gegenseitig sich ergänzende Märkte nicht auf die Dauer künstlich abschließen. Schon seit Jahren befindet sich der Anteil des Deutschen Reiches am ibero-amerikanischen Gesamtaußenhandel im Steigen, derjenige der angelsächsischen Mächte aber im Sinken. Seit 1936 steht das Deutsche Reich im Außenhandel Ibero-Amerikas sogar an zweiter Stelle, nach den Vereinigten Staaten, dicht gefolgt von Großbritannien, in weitem Abstand erst von Frankreich und Japan. Welch große Bedeutung aber der lateinamerikanische Markt auch in Zukunft haben wird, beweisen am besten diese Kämpfe um seine Beherrschung seitens der angelsächsischen Mächte.

Kanada

Die Beziehungen Englands zum wichtigsten Dominion, zu Kanada, sind gekennzeichnet durch den Brückencharakter des letzteren zwischen dem Mutterlande und den vor rund 150 Jahren verlorengegangenen amerikanischen Kolonien, den Vereinigten Staaten. Kanada, das fast die Größe Europas erreicht, aber nur 11 Millionen Einwohner aufweist, kann zweifellos als eines der treuesten Glieder des britischen Weltreiches gelten, aber, so stark es im Burenkriege und im Weltkriege für England geblutet hat, in Zukunft wird es kaum einen Krieg an der Seite des Mutterlandes mitmachen, wenn nicht tatsächlich sein eigener oder aber der Bestand des Britischen Reiches bedroht ist. So werden beispielsweise alle eigenwilligen britischen Einmischungen auf dem europäischen Festlande von Kanada mißtrauisch und zurückhaltend verfolgt. Weitblickende Engländer wissen, daß Kanada geschickt für gemeinsame britische und vereinsstaatliche Interessen als Bindeglied eingesetzt werden kann. Kanada hat jedoch in sich selbst zahlreiche Spannungen, so daß es eine nicht unbedingt tragkräftige Brücke bedeutet.

Die drei Millionen Francokanadier bilden mit ihrem geschlossenen Volksgebiet im Osten einen besonderen Block, auf den die britische Politik Rücksicht nehmen muß. Noch nicht entschieden, welche endgültige Ausprägung diese Volksgruppe erhalten wird, um die den letzten Jahren sogar Frankreich sich wieder werbend bemüht. Bei aller Absonderung gegenüber dem übrigen Kanada sind diese Francokanadier dennoch ein gewisser Hemmschuh gegen eine allgemeine Amerikanisierung, die ihre Sonderart zerstören müßte. Sie wirken derart auch zwangsläufig gegen eine Verschmelzung Kanadas mit den Vereinigten Staaten, was an sich politisch und wirtschaftlich naheläge. Nicht übersehen werden darf auch die Tatsache, daß sich in den Präriegebieten im Westen nichtbritische Gruppen, wie Deutsche, aber vor allem auch Slawen und Skandinavier, eine beachtliche Eigenständigkeit bewahrt haben, die sich wenigstens teilweise auch in der innenpolitischen Willensbildung ausdrückt.

Europäische, und hier nicht in erster Linie englische Zuwanderung, und vereinsstaatliche Kapitalanlagen haben zur Entwicklung Kanadas entscheidend beigetragen. Die Erschließung ist aber auch hier nicht in weiter und ordnender Sicht geschehen, so daß mit dem Hereinbrechen der Weltwirtschaftskrise schwere Schäden auftraten, die bisher nur teilweise überwunden werden konnten. War Kanada bis zum Weltkriege vorwiegend Agrarstaat, entstand nun auch eine bedeutende Fertigwarenindustrie auf Grund der reichen Bodenschätze. Seither wogt eine, nicht selten heftige, Auseinandersetzung zwischen dem Westen als einem der größten Getreidezeuger (Weizen) der Welt, der auf Ausfuhr angewiesen ist, und den Industriegebieten im Osten, an den großen Seen und am St. Lorenz, wo die Notwendigkeit eines Schutzes der eigenen Fertigwarenerzeugung besteht, die heute in der Welt die fünfte Stelle einnimmt! Auf der einen Seite ist also Kanada auf den Weltmarkt angewiesen, auf der anderen Seite möchte es sich von ihm und sogar vom Mutterlande möglichst unabhängig machen. Eine weitere Schwierigkeit: die Bevölkerung ist überwiegend in den Städten zusammengeballt, vor allem an der Grenze gegen die Vereinigten Staaten, wo die geldliche und geistige Anziehungskraft sehr groß ist.

Wie eng die Beziehungen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten sind, erhellt auch aus der Tatsache, daß mehr als 1 Million Vereinsstaatler in Kanada und fast 400 000 Kanadier in den Vereinigten Staaten wohnen. Die Verbindungen der einzelnen kanadischen Großlandschaften zu den benachbarten vereinsstaatlichen sind im allgemeinen ungleich günstiger als untereinander. Die Grenzen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten sind militärisch völlig ungesichert; eine Befestigung hätte auch keinen Zweck, da im Ernstfalle doch die Vereinigten Staaten infolge ihrer erdrückenden Überlegenheit in Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft leichte Sieger sein würden.

Kanada ist in seinen Wesenszügen nie rein britisch gewesen, und auch heute kann es in seinem Leben, abgesehen von einigen Küstenstreifen im Westen und im Osten, nicht als unbedingt britisch bestimmt angesehen werden. Außerhalb des franco-kanadischen Gebietes sind die Lebensformen besonders in den Städten im wesentlichen amerikanisch wie in den Vereinsstaaten auch. Dennoch besteht kaum eine politische oder rein ideologische Zuneigung zu den Vereinigten Staaten, die Regierungsformen sind britisch geblieben, die wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung ist vorsichtiger als im großen Nachbarland, trotz aller Verschiedenheiten sind die massischen und sozialen Spannungen weit geringer; alles dies aber spricht gegen eine zu enge Verbindung mit den Vereinigten Staaten, denn von einer solchen würde man das Übergreifen der großen Erschütterungen befürchten. Man weiß in Kanada genau, welche Bedeutung dieses Dominion als Mittler besitzt, und man versucht, aus dieser Lage soviel als möglich für sich selbst zu gewinnen. Gerade in den letzten Jahren werden die kanadischen Bodenschätze und Industrieunternehmungen sowohl von vereinsstaatlicher als auch von englischer Seite umworben und unterstützt. Kanada soll gewissermaßen als Flugzeugwerkstadt für England, ja für das ganze Empire ausgebaut werden; entsprechende Gesellschaften sind in Toronto und Montreal bereits gegründet worden. Da Kanada voraussichtlich bei einer etwaigen Verwicklung Englands in einen Krieg weit von den Kampfgebieten entfernt sein würde, ist es als wichtiges Rüstungsland strategisch von besonderer Bedeutung. Aber auch für die Vereinigten Staaten ist Kanada nicht nur wirtschaftlich, sondern auch strategisch von Wichtigkeit. Mit dem wachsenden strategischen Ausbau von Alaska und der Aleuten und insbesondere mit der Sicherung des Flugweges nach diesen Gebieten

erhält Kanada, das dazwischengeschaltet liegt, eine ausgesprochene Aufgabe, vor allem für den Fall, daß die Vereinigten Staaten in einen pazifischen Krieg verwickelt werden sollten. Roosevelts „Politik der guten Nachbarschaft“ versucht auch alle Möglichkeiten der gegenseitigen Beziehungen zu nutzen; sein Besuch in Ottawa im Sommer 1936, die bald nach Regierungsantritt des jetzigen kanadischen Ministerpräsidenten erfolgte Reise nach Washington, der nach langem vorherigen Zögern endlich abgeschlossene Handelsvertrag zwischen Kanada und USA., dies alles sind Zeichen einer betonten, aber auch umgrenzten Zusammenarbeit.

England ist sich bewußt, daß seine Stellung am Atlantik nicht zuletzt davon abhängt, ob Kanada im Verbande der „British Commonwealth of Nations“ bleibt; Lebensmittellieferungen und Rüstungszufuhren aus Kanada sind für England im Falle eines europäischen Krieges entscheidend. Bei einer pazifischen Auseinandersetzung ist Kanada für England genau so unentbehrlich. Britische und vereinsstaatliche Interessen treffen sich demnach am stärksten in Kanada; dies wird von beiden Mächten als die Achse gemeinsamen Wirkens gesehen. Die Reise König Georgs VI. nach Kanada und den Vereinigten Staaten wies nicht nur auf Kanadas Bedeutung als ältestes Dominion hin, sondern zeigte auch die Bestrebungen wesentlicher Kreise der angelsächsischen Mächte, ein weltübergreifendes Zusammengehen vorzubereiten. Bei einer weisen Politik Englands besteht nicht die Gefahr des Ausscheidens des kanadischen Dominions aus dem Reichsverbande, denn dieser gewährt heute Kanada eine Selbständigkeit, wie sie im Rahmen der Vereinigten Staaten nie gewährleistet wäre. Das Bedürfnis nach politischer Selbständigkeit ist aber in Kanada so stark, daß es sie nicht gegen wirtschaftliche Vorteile in den Vereinigten Staaten eintauschen würde, deren es auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen teilhaftig ist.

Ein notwendiger Abstecher: Australien

Werfen wir nun noch einen Blick auf den anderen Kontinent der „Neuen Welt“ auf Australien, das mit seinen 8 Millionen qkm noch nicht einmal die Volksdichte erreicht! Australien ist mit Neuseeland das am weitesten vom Mutterland abgelegene Dominion, ein Festland mit einem wüstenhaften Herzen, nur zu einem Drittel für weiße Besiedlung geeignet, in seinem tropischen Nordosten von einer anderen Macht als Siedlungsland begehrt. Australien hat seine Reichstreue durch Blutopfer bewiesen, es fühlt sich mit dem Mutterlande eng verbunden, nicht zuletzt deshalb, weil es dessen Schutzes in seiner Abgeschiedenheit und Menschenarmut bedarf. Seine inneren Nöte sind bestimmt in erster Linie durch die geringe Bevölkerung, durch eine im Verhältnis zu seiner heutigen Wirtschaftskraft zu hohe Lebenshaltung, durch die trotz einheitlicher Abstammung mangelnde nationale Geschlossenheit, die sich im Mißtrauen der einzelnen Staaten gegeneinander ausprägt, durch die außerordentliche Verstädterung und Zusammenballung der Menschen an der Küste in wenigen Mittelpunkten, durch die Raumweite und die im Zusammenhange mit der Verteilung der Niederschläge bedingte Auseinanderreißung der kulturfähigen Landschaften.

Die wirtschaftlichen Kerngebiete befinden sich an der Südküste, die entwicklungs-fähigen feuchttropischen Gebiete können durch weiße Siedler kaum genutzt werden, der Norden ist überhaupt noch so gut wie menschenleer. Die Landwirtschaft, auch heute noch das Rückgrat der australischen Wirtschaft, erleidet durch die in Abständen von einigen Jahren immer wieder eintretenden Dürren gewaltige Verluste; riesige Viehbestände, Rinder und Schafe, gehen dann zugrunde. Dadurch, daß bislang Australien landwirtschaftlich geseh-

Monokulturland ist, auf die Ausfuhr von Weizen, Schafwolle und Fleisch angewiesen, unterliegt es auch den Schwankungen des Weltmarktes in großem Ausmaße. Die einseitig aufgebaute Fertigwarenindustrie ist auf dem Weltmarkte kaum wettbewerbsfähig, und die bis vor kurzem alles beherrschenden Gewerkschaften haben durch ihre engstirnige Lohnpolitik einen wirtschaftlichen Neubau verzögert. Australien ist durch seine Wirtschaftsstruktur wie wenig Länder, vielleicht nur noch wie das Mutterland, auf Ausfuhr angewiesen. Trotz der großen japanischen Wollkäufe ist immer noch das britische Weltreich, und insbesondere England — letzteres nimmt nahezu die Hälfte der australischen Ausfuhr ab —, der beste Kunde. Es ist nicht zu Unrecht geschrieben worden, daß Australien seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts seine Wirtschaft und vor allem die hohe Lebenshaltung auf den drei Pfeilern Wolle, Weizen und billigem Londoner Kredit aufgebaut habe. Als nun 1930 die Wollpreise fielen und die billigen Anleihen aufhörten, setzte die große australische Krise ein, der erst nach Jahren voller Schwierigkeiten eine gewisse Erholung folgte. Australien muß schon deshalb mit allen Mitteln versuchen, ständig Ausfuhrüberschüsse zu erzielen, weil sein Kapaldienst ans Ausland, hauptsächlich England, große Summen verlangt. Nicht nur durch seine abseitige Lage und damit aus seinem Schutzbedürfnis heraus ist Australien auf England angewiesen, es ist auch abhängig vom Londoner Kapitalmarkt.

Da der Durchschnittsaustralier überzeugter Demokrat alten Stils ist, finden natürlich entsprechende Beeinflussungen ein williges Ohr. Seit dem Herbst 1938 wird auch in Australien in allen Tönen vor der Gefahr „überraschender Angriffe“ gewarnt und im Zusammenhang damit eine erstaunliche Aufrüstung betrieben, die den Vorteil hat, der Arbeitslosigkeit zu steuern. Flotte, Flugwaffe und Munitionsherstellung erfahren eine allseitige Förderung mit der Begründung, daß Australien sich ja nicht nur gegen plötzliche Überfälle schützen müsse, sondern infolge seiner Abhängigkeit vom Weltmarkt auch für die Sicherung der Seewege zu sorgen habe. Mag auch die australische Flotte verhältnismäßig klein sein, so wird doch darauf hingewiesen, daß ihre Stärke größer sei als die von allen anderen Dominien vorgesehene. Das Hauptproblem Australiens ist aber zweifellos nicht ein strategisches oder rein wirtschaftliches, sondern es liegt in der Leere dieses Kontinents, an der zu geringen Zahl der Verbraucher in Hinsicht auf die große Erzeugung, an der Menschenarmut angesichts der weiten unbewältigten Räume. Darüber hinaus bestehen vor allem die Gegensätze zwischen den Farmern und jenen 60% der gesamten Bevölkerung, die als Städter an der Küste sitzen. Auf dem Gegensatz zwischen Farmer und aufgeblähter Industrie beruhten auch die Absonderungswünsche Westaustraliens, das sich vor großen Schwierigkeiten im Absatz von Wolle, Fleisch und Weizen sah, weil die Industriegebiete um Sydney und Melbourne zum Schutze ihrer Erzeugnisse große Zollmauern gegen ausländische Waren errichteten, dabei die Preise künstlich hoch hielten, die westaustralische Landwirtschaft bei sinkenden Preisen und Absatzmöglichkeiten aber Krise um Krise durchmachte. Erst seit kurzem hat sich eine weitsichtigere Wirtschaftspolitik angebahnt, die allerdings vorläufig keine Dauerlösung bringen kann. Mögen die Australier sich auch als die freiesten Bürger des Weltreiches betrachten, durch die ungesunde Wirtschaftsstruktur sind sie dennoch unfrei — angewiesen auf die übrige Welt, nicht zuletzt auch auf die japanischen Wollkäufe, mag auch Japan als möglicher Feind gefürchtet und die Aufrüstung gerade im Hinblick auf diese Inselmacht durchgeführt werden. Japan hat in knapp einem Jahrzehnt mehr Geburten aufzuweisen als ganz Australien Einwohner! Dies ist wohl die beste Beleuchtung der gegenseitigen Kräfteverhältnisse.

Für Neuseeland gelten im großen gesehen die gleichen Fragen und Schwierigkeiten. Es könnte nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 20 Millionen Men-

schen ernähren; heute aber beherbergt es noch nicht einmal ein Zwölftel dieser Zahl. Wirtschaftlich ist die Verflechtung mit dem Mutterlande und darüber hinaus mit dem britischen Weltreiche eher noch enger als die Australiens.

Australien und Neuseeland sind die am stärksten englisch bestimmten Dominien des Weltreiches, trotz aller Verschiedenheiten im einzelnen sind Kulturideale und Lebensformen englisch. Eine Loslösung vom britischen Weltreiche, in dem sie gleichberechtigte Glieder sind, wäre weder wirtschaftlich noch wehrpolitisch zu verantworten. Die Zukunft dieser durch die natürlichen Gegebenheiten zukunftssträchtigen Räume wird aber davon abhängen, ob es gelingt, erfolgreich den Kampf gegen die Verstädterung aufzunehmen, im Farmer bäuerliche Gesinnung zu pflegen, eine gesunde Wirtschaftsordnung einzuführen und die Menschenarmut durch Förderung und stärkere natürliche Vermehrung zu beheben. Im Australier, der auf englischer Seite im Weltkrieg mit am stärksten blutete, hat England, hat das britische Weltreich einen Menschentypus mit hervorragenden Eigenschaften; es liegt an ihm, Raum und Menschen richtig einzusetzen.

Gleiche Nöte der Besitzermächte

Auffallend ist für uns die Tatsache, daß in Kanada, Australien, Neuseeland und in den Vereinigten Staaten der starke Anteil der Monokulturen an der Gesamtwirtschaft ähnlich schwere Schäden heraufgeführt hat, daß in diesen Gebieten und teilweise auch in England selbst heute deshalb große soziale Krisen ausgebrochen sind, weil man zu spät erkannt hat, daß man auf die Dauer die Völker nicht allein durch erreichte oder erstrebte Erhöhung der Lebenshaltung zufrieden und gesund erhalten kann. Mag man sich in allen diesen Ländern noch krampfhaft zu überholten demokratischen „Freiheits- und Fortschrittsideen“ bekennen, diese selbst sind dennoch unwiderruflich brüchig geworden. So wenig es noch einen Freihandel gibt, so wenig gibt es eine sogenannte Freiheit der Bürger in diesen angelsächsischen Gebieten. Einzelne Kreise haben sich zur Herrschaft aufgeschwungen, ohne daß sie imstande sind, die Völker nach ihren Notwendigkeiten zu führen. Es gibt auch nicht mehr die vielgerühmte „freie“ Wirtschaft in diesen angelsächsischen Ländern, auch keinen freien Außenhandel — man denke nur an die amerikanischen und englischen staatlichen Ausfuhrförderungen, an Roosevelts New-Deal —, es gibt aber auch noch keine einheitliche Staats- und Wirtschaftsführung zum Nutzen des Volksganzen, und damit trotz aller Einzelerfolge nirgends Anzeichen für Neuordnung von Dauer. Arbeitslosigkeit, soziale Gärung, innerer Hader, wirtschaftliche Sorgen sind Kennzeichen dieser Länder, die kraft ihrer natürlichen Ausstattung, aber auch kraft der Fähigkeiten und der Rasse ihrer Bevölkerung zu den reichsten überhaupt gehören.

England hat sich in den letzten Jahren immer stärker um die Gunst der Union bemüht. Angesichts des japanischen Vordringens in Ostasien, der Bildung des italienischen Imperiums und der berechtigten Ansprüche des Dritten Reiches sieht es in den Vereinigten Staaten einen Partner, der vielleicht zu einem tragfähigen Stützpunkt für das Empire gemacht werden könnte, gewissermaßen als mächtiges Glied einer die halbe Erde beherrschenden angelsächsischen Front, die, so hofft man, infolge ihrer gewaltigen Ausdehnung und wirtschaftlichen Ausstattung der übrigen Welt politische und wirtschaftliche Gesetze aufzwingen oder aber sich von ihr absondern könne. Beziehen doch Großbritannien und die Vereinigten Staaten zusam-

nen über ein Viertel allen Einfuhrgutes der Welt, liefern sie doch rund den vierten Teil aller Warenausfuhr. So stark jedoch beide durch geschichtliche Wirksamkeiten, durch gleiche Blutströme miteinander verbunden sind, so groß sind andererseits die Gegensätze zwischen Kontinentstaat und Inselreich. Mögen in beiden Ländern Strömungen im Gange sein, die ein Zusammengehen zur „Rettung der Demokratie“ erstreben, für die angeblich auch im Weltkriege der Amerikaner gefochten hat, es läßt sich nicht verbergen, daß in den Vereinigten Staaten selbst die „demokratischen Freiheits- und Fortschrittsideale“ durch die Wirklichkeit längst erschüttert worden sind.

Die Amerikaner, die ihre als Weltbeglückung gedachte demokratische Freiheitsidee zusammenbrechen und als Lügenkonstruktion entlarvt sehen mußten — sie haben noch keinen neuen Glauben gefunden; die rassischen und sozialen Spannungen sind in diesem Lande der begrenzt gewordenen Möglichkeiten zum Ausbruch gekommen, wie es nie gehant worden war; Amerikanertum ist nicht mehr Angelsachsentum gleichzusetzen, die gewaltigen Massen nicht-assimilierter nichtangelsächsischer Einwanderer gären im sozialen Strudel, die panamerikanischen Ausflüchte ersticken in den eigenen ungeordneten Zuständen, aus denen der New-Deal keinen Ausweg zeigte. Vielleicht, daß irgendwo ein neuer Raumbegriff im Entstehen ist — eine neue Gesellschaftsordnung läßt sich nicht einmal in Ansätzen erkennen, obgleich sie allein zur Lösung der Krise führen kann.

Aus der bestehenden Unrast ist auch die vereinsstaatliche Außenpolitik zu verstehen, die in der jüngsten Zeit bald auf ein Sichselbstbegnügen zum Zwecke der inneren Neugestaltung schließen ließ — es sei an die zeitweise Zurückziehung aus dem westlichen Pazifik und aus dem Karäibischen Meer erinnert —, bald wieder zu Vorstößen — es sei nur an Roosevelts Einmischungstelegramm vom Frühjahr 1939 erinnert! — führt, wie wir sie in der Vorgeschichte der Konferenz von Lima und in der Hetze gegen die Führerstaaten sehen.

Krieg gegen die Führerstaaten — der Ausweg?

Gerade die Vorstöße der jüngsten Zeit beweisen, daß die inneren Schwierigkeiten nicht gemeistert werden konnten und die innere Gärung nach außen abgelenkt werden soll. Solange nicht die Vereinigten Staaten einen eigenen Weg zur Neugliederung des Raumes und zur Neuordnung der rassischen und sozialen Schichtung gefunden haben, solange werden und müssen auch die amerikanisch-britischen Beziehungen trotz aller Verdichtung auf Sand gebaut erscheinen. Wenn wir heute angelsächsische, also vereinsstaatliche und englische Zeitungen und Zeitschriften aufschlagen, vermeinen wir im ersten Augenblick wesensverwandte Anschauungen, gemeinsame Ziele und Bedrohungen zu erkennen. Schlagworte wie „Freiheit“ und „Diktatur“, „Demokratie“ und „Faschismus“ prallen uns entgegen. Sie entsprechen jedoch nicht festbegründeten Überzeugungen und gemeinsamen Idealen, sondern sind in Amerika kritiklos übernommenes Gedankengut, das die Massen lenken und ablenken soll, ablenken von den eigentlichen Nöten. Die Neuordnung in den jungen Führerstaaten erscheint dem Durchschnittsengländer als Bedrohung des britischen Weltreiches und als Sprengstoff gegen die gegenwärtige Verteilung der Rohstoff- und Lebensräume; in Amerika aber sollen die 12 Millionen Arbeitslosen mit der Behauptung: „Die faschistischen Staaten sind an allem schuldig“ blind gemacht werden gegen das Versagen der eigenen Regierung und der halben Methoden des New Deal, der von der besitzenden Oberschicht wiederum als Gefahr für ihre kapitalistische Herrschaft angesehen wird. In wenigen Ländern aber ist die Meinung der Massen so leicht zu beeinflussen und für politische Ab-

sichten so leicht zu mißbrauchen wie in den angelsächsischen. Roosevelts „New Deal“ ist zweifellos für Amerika der Beginn eines neuen Weges, er rüttelt in seinen finanz- und sozialpolitischen Auswirkungen an den Grundfesten amerikanischer Demokratie. Wenn er dennoch mit seinen Reformen immer wieder Schiffbruch erleidet, dann deshalb, weil hier rein mechanistisch gedacht wird und letzten Endes die Bestrebungen doch jüdisch-demokratischen Einwirkungen aufs engste verhaftet bleiben.

Wenn auch noch vereinzelt, so werden doch auch in den Vereinigten Staaten Stimmen laut, die in nüchterner Erkenntnis der Tatsachen sich gegen jede Vernebelung wenden und die Aufmerksamkeit auf die wahren amerikanischen Interessen lenken. Es sei hier auf das Buch von J. Frank „Save America First“ hingewiesen.

Nach Frank bewegt sich die amerikanische Außenpolitik seit Jahrzehnten in Bahnen, die den eigenen Interessen widersprechen. Für Amerika sei die Unterstützung der britischen Freihandelspolitik und des britischen Strebens nach einem Ausgleich der Kräfte in Europa von allergrößtem Übel gewesen. Amerika müsse sich nach eigenen Ideen entwickeln. In Wirklichkeit habe es sich von britischen Gesichtspunkten leiten lassen, habe sich mit England schuldig gemacht am Versailler Vertrag und an der Zerstückelung Europas, habe ungesunde europäische Staatsgebilde mit Anleihen gestützt, die schließlich verlorengingen. Nicht diese Demokratie müsse mit England gemeinsam gerettet werden, sondern Amerika müsse sich zuerst selber retten, seinen eigenen Markt entwickeln und sein ureigenstes Problem, das eine reine Verteilungs- und Ordnungsproblem sei, lösen. Eine Stärkung der amerikanischen landwirtschaftlichen Ausfuhr, etwa im Zusammenhang mit britischen Bedürfnissen, könne der amerikanischen Wirtschaft nicht helfen, sondern müsse zu neuen Krisen führen. Amerika habe schließlich auch nichts zu tun mit der britischen Phrase der „Kollektiven Sicherheit“.

Das in England und in den Vereinigten Staaten in wichtigen wirtschaftlichen, aber auch politischen Schlüsselstellungen sitzende Weltjudentum aber ist heute der aufdringlichste Verfechter einer sogenannten demokratischen angelsächsischen Zusammenarbeit und der Kriegshetze gegen die Staaten der Neuordnung. Das Judentum hat es verstanden, die öffentliche Meinung zu vergiften und alle innen- und außenpolitischen Fragen unter dem verschwommenen Gegensatz von „Diktatur“ und „Demokratie“ zu sehen. Alles, was die Staaten der politischen und sozialen Neuordnung zur Gesundung des Lebens unternehmen, wird von dieser jüdisch-demokratischen Seite aus als Unterdrückung und Gewalt gebrandmarkt; die eigenen allzu unzulänglichen Maßnahmen dienen natürlich „dem Frieden und der Freiheit“! Je stärker den Völkern dieser angelsächsischen Länder die Schleier von den Augen fallen und sie die wahren Feinde ihrer Entwicklung sehen, desto lauter und hetzerischer werden die Hüter jüdisch-demokratischer „Freiheit“.

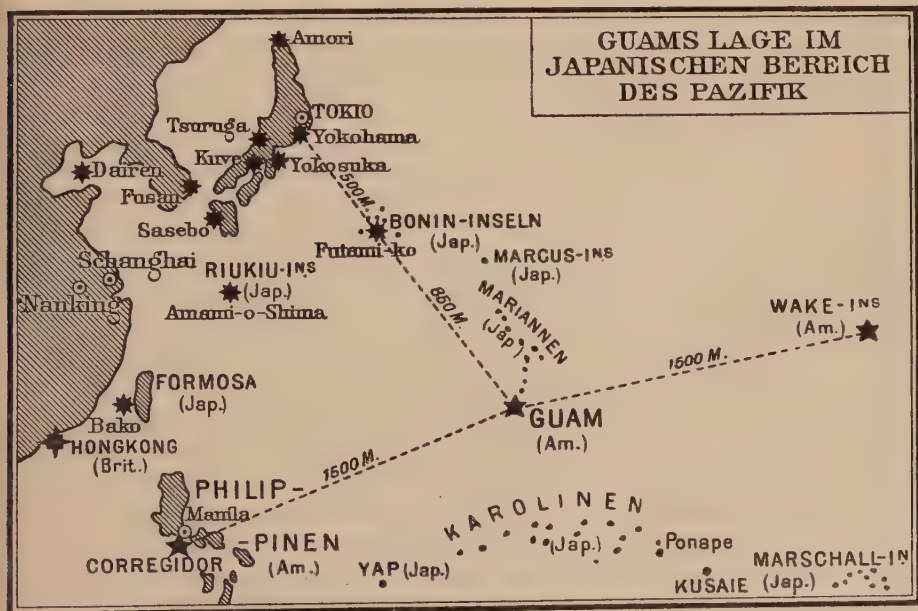
Die engen wirtschaftlichen Beziehungen, die vielgestaltige Verwandtschaft, sie bringen es mit sich, daß England in der heutigen Lage seines Weltreiches immer wieder Rücksicht auf die Union nehmen muß. Wenn diese Rücksichten aber nicht nur einer gesunden und verständlichen Zusammenarbeit dienen, sondern vielfach Unruhe und Unfrieden heraufbeschwören, so ist das heute noch mit dem angelsächsischen politischen und wirtschaftlichen Leben eng verfilzte Weltjudentum der Hauptschuldige, wie der Brandherd in Palästina, die Hetze gegen die nationalen Erneuerungsbewegungen und die von ihnen getragenen Staaten beweisen. Für den wahren Frieden in der Welt wird mitentscheidend sein, ob und wann auch in den sogenannten demokratischen Staaten, die den größten Teil der Rohstoff- und Raumreserven der Erde besitzen, die gesunden Kräfte der Völker gegenüber den zerstörenden, rassefremden und rassisch entfremdeten Wählern sich durchsetzen.

HANS-GEORG BAARE-SCHMIDT: Soll Guam befestigt werden?

Mitte März dieses Jahres kam es im amerikanischen Kongreß zu heftigen Debatten über das Schicksal dieser amerikanischen Insel im Pazifik. Das Marineministerium, das soeben große Summen für ein nochmals erweitertes Flottenbauprogramm bewilligt bekommen hatte, brachte nämlich einen Entwurf heraus, der „Marinestützpunktgesetz“ betitelt war; er war das Ergebnis der Arbeit eines besonderen Ausschusses, welcher sich unter dem Vorsitz des ehemaligen Flottenchefs, Admiral J. Hepburn, gebildet hatte.

Dieser Entwurf sah die Errichtung von 41 Marine- und Landstützpunkten vor, die schätzungsweise einen Kostenaufwand von 327 000 000 Dollar erfordert hätten. Nach ausgiebigen Debatten strich das Repräsentantenhaus diesen gewaltigen Betrag auf 48 000 000 Dollar zusammen, die zur Anlage von 13 statt 41 Stützpunkten ausgegeben werden sollen. Dabei wurde der Vorschlag, im Rahmen dieser Summe 5 000 000 Dollar für den Ausbau von Guam zur Verfügung zu stellen, abgelehnt. Inkonsequenterweise wurden aber 2 000 000 Dollar für die Erweiterung der Anlagen auf der Wakeinsel genehmigt. Dann ging der damit erheblich geänderte Gesetzesvorschlag an den Senat weiter.

Das Marineministerium aber gab sich mit dieser Ablehnung seiner Pläne bezüglich Guams nicht zufrieden. Kurze Zeit nach der entscheidenden Sitzung erklärte der Vorsitzende des einflußreichen „Senatsausschuß für Marineangelegenheiten“, Senator Walsh, daß die betreffenden, inzwischen abgelehnten Vorschläge von dem Entwurf des „Marinestützpunktgesetzes“ zurückgezogen werden sollten. Statt dessen sei vorgesehen, sie noch einmal einzureichen, diesmal allerdings in „friedlicherer



Fassung“ im Rahmen der geplanten Gesetze, die den Ausbau von Flüssen und Häfen betreffen.

Was veranlaßte die amerikanische Marine, ihre besondere Aufmerksamkeit dieser Insel im weiten Pazifik zu schenken?

Das gebirgige, 225 Quadratmeilen große Eiland liegt mit seinen zerklüfteten, steilen Küsten fast 5500 Meilen vom amerikanischen Festland entfernt, inmitten der ehemals deutschen Marianengruppe, die heute von Japan als Mandatsmacht verwaltet wird. Guam kann auf eine längere Geschichte zurückblicken. Schon im 16. Jahrhundert hißen hier die Spanier ihre Flagge, und bis zum Spanisch-Amerikanischen Kriege waren sie die Herrn.

Als 1898 die USA. unter Führung des „expansionist“ McKinley den Krieg gegen Spanien vom Zaune brachen, warfen sie ihre Augen auch auf die reichen, damals noch spanischen Philippinen. Kurz vorher war Hawai besetzt worden, und als die Flotte des berühmten Admirals Dewey nach Westen fuhr, annektierte man kurzerhand die unbewohnte Wakeinsel und entsandte einen Kreuzer zur Einnahme von Guam.

Dabei ereignete sich eine Geschichte, wie sie sich heute im Zeitalter des drahtlosen Verkehrs kaum wiederholen wird. Als der amerikanische Kreuzer „Charleston“ mit donnernden Kanonen in den Hafen von Apra einfuhr, kam der spanische Kommandant der Insel hastig in einem Ruderboot angefahren, kletterte an Deck und entschuldigte sich mit vielen Worten, daß seine Batterien leider nicht über genügend Pulver verfügten, um den „Salut“ zu erwidern. Zu seinem nicht geringen Erstaunen erfuhr er dann von dem ausgebrochenen Krieg — doch zur Gegenwehr war es zu spät.

Als am 10. XII. 1898 der Krieg mit dem Pariser Frieden beendet wurde, erhielten die USA. u. a. die Philippinen und Guam zugesprochen. Auch Deutschland war damals am Ausgang der Verhandlungen nicht uninteressiert, denn schon bald nach Beendigung der Feindseligkeiten war Reichskanzler von Bülow mit Spanien einen Geheimvertrag eingegangen, der unter Berücksichtigung des endgültigen Kriegsausganges Deutschland die Karolineninseln Kusaie, Ponape und Yap übertrug. Mit Billigung der USA. wurde diese Abmachung später zu einem Kauf der gesamten Karolinen- und Palauinseln und der nördlich von Guam gelegenen Marianen erweitert. Diese und andere Inselgruppen wurden mit Deutsch-Neuguinea zum Bismarckarchipel zusammengeschlossen, in dessen Mitte als einziger Fremdkörper Guam lag. — Versailles hat uns auch diese zukunftsreiche Südseekolonie geraubt!

Aus technischen Gründen, und weil es durch eine Marineexpedition erworben worden war, kam Guam wie Amerikanisch-Samoa unter die Verwaltung des Marineministeriums. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Im Amt des Flottenchefs gibt es ein „Büro der Inselregierungen“, das diese amerikanischen Vorposten im Pazifik betreut. Die Gouverneure der Inseln werden vom Präsidenten direkt ernannt und sind Chefs der gesamten zivilen und militärischen Verwaltung.

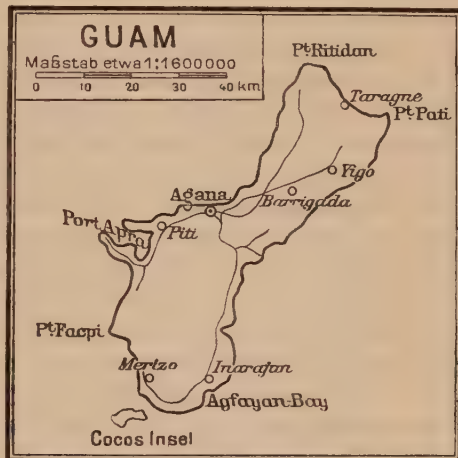
In Agana, das sich bei einer Bevölkerung von 8000 Menschen stolz Hauptstadt von Guam nennt, residiert zur Zeit Kapitän zur See James T. Alexander. Nach offiziellen Angaben hatte er bis jetzt eine Streitkraft von 570 Seesoldaten und Matrosen zur Verfügung, welche die Besatzung der wenigen Befestigungen bilden.

Die 18000 Einwohner des Eilandes, die sich rasch vermehren, werden „Chamorros“ genannt, sprechen ihre eigene Sprache und sind eine Mischrasse mit starkem malayischen Einschlag. Obgleich Kopra, Reis, Mais und Früchte angebaut wer-

den und Viehzucht betrieben wird, ist Guam nicht selbstversorgend, ein Faktor, der entscheidend bei den Beratungen im Kongreß mitgesprochen hat.

Der geringe Außenhandel, der über den vorzüglichen Hafen von Apra geht, wird ausschließlich von amerikanischen Schiffen betrieben, die im Auftrage des Heeres oder der Marine von den Philippinen herüberkommen. Allen anderen Wasserfahrzeugen ist das Anlaufen von Guam verboten. Doch obgleich nur selten einmal ein Dampfer einläuft, steht die Insel durch eine starke Marine-Funkstation und ein Telegraphenkabel in dauernder Verbindung mit der Umwelt. Auch wassern hier regelmäßig die großen Clipper-Flugboote der „Pan American Airways“, die von dem 1500 Meilen entfernt liegenden Wake-Island oder dem in gleicher Entfernung liegenden Flughafen Cavite Olongapo auf den Philippinen kommen.

Diese geographische Lage, genau in der Mitte von zwei wichtigen Flugzeugstützpunkten, gibt Guam seine große Bedeutung für die USA. Die Brücke, die amerikanischer Pioniergeist über Hawaii, die Midway- und Wake-Insel, Guam und die Philippinen nach Ostasien geschlagen hat, wäre unvollständig, wenn der Pfeiler Guam fehlen würde. Solange die Vereinigten Staaten an den Philippinen und Fernost interessiert sind, werden sie das Eiland nicht aufgeben können.



Nicht nur für friedliche Zwecke ist Guam wichtig, das inmitten des japanischen Pazifikbereiches liegt. Ringsum liegen die U-Boots- und Flugzeugbasen der Japaner, auf den Marianen, Karolinen und Palauinseln. Nur 850 Meilen sind es von hier bis zu den stark befestigten Bonininiseln, die 500 Meilen vor der Küste von Nippon Wache halten. Und die Stellung der Insel in Hinblick auf einen Konflikt mit Japan ist es, die jetzt in Washington entschieden werden soll.

Bis zum 31. 12. 1936 war ein weiterer Ausbau der Befestigungen gemäß Artikel XXII des Washingtoner Vertrages von 1922 verboten; es sollen auch nur einige 12,7-cm-Kanonen und vier Flugzeuge dort stationiert gewesen sein. Diese Streitkräfte dürften inzwischen nicht unerheblich verstärkt worden sein (man sprach von der dauernden Stationierung eines Bombengeschwaders), doch das Marineministerium hat mit Guam noch größere Pläne vor.

Es ist der Ansicht, daß die Insel sehr geeignet ist, ein zweites „Gibraltar des Pazifik“ in Ergänzung von Hawaii zu werden. Der gute Hafen, das gebirgige Innere und die größtenteils unzugänglichen Küsten bieten eine vorzügliche Grundlage zur Schaffung einer „unüberwindlichen Basis“. Von hier aus können die umliegenden japanischen Mandatsinseln wirkungsvoll „neutralisiert“ werden. Auch der Schutz der Philippinen läßt sich dann besser durchführen.

Die vorläufig angeforderten 5 Millionen Dollar waren dazu vorgesehen, den Hafen von Apra auszubaggern und durch eine größere Mole zu schützen, vom Rest des

Geldes sollten neue Landelegenheiten für Flugzeuge, Brennstofftanks und ein Kraftwerk gebaut werden.

Die Gegner des Entwurfes im Repräsentantenhaus, die schließlich die Ablehnung zustande brachten, vertraten folgende Meinung: Guam ist seit langer Zeit eine starke finanzielle Belastung. Es ist nicht selbstversorgend und muß über die gewaltige Entfernung von 5500 Meilen vom Mutterland versorgt werden. Die Verteidigung stellt sich schon deshalb im Ernstfalle außerordentlich schwierig dar, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß der mögliche Angreifer, Japan, seine Stützpunkte in nächster Nähe hat. Wird dort eine starke Luftstreitkraft stationiert, ist diese viel mehr gefährdet als der Gegner, der seine Macht beliebig verteilen kann.

Wenn nach dem Vorschlag des Hepburn-Ausschusses das Eiland in eine voll ausgerüstete Flottenbasis umgewandelt wird, die fähig sein soll, wenigstens dem Hauptteil aller Flotteneinheiten Schutz zu gewähren, so kostet das wahrscheinlich soviel wie der Ausbau von Hawai (in das man bis jetzt die hübsche Summe von mehr als 700 Millionen Dollar hineingebaut hat). Auch wenn nur ein kleiner U-Boots- und Flugzeugstützpunkt angelegt wird, sind mindestens 80 Millionen Dollar nötig. Bei einer Befestigung von Guam muß natürlich auch eine stärkere Besatzung dorthin gelegt werden (etwa 12 000 Mann waren vorgesehen), und wahrscheinlich ist dann auch die jetzige Flotte nicht stark genug, den Weg nach Guam offenzuhalten.

Abgesehen von den Bedenken ob der gewaltigen Kosten, die zu erwarten sind, sprachen aber auch noch andere Gründe bei der Ablehnung mit. Man sah ein, daß die Ausführung der Pläne weitreichende internationale Folgen haben würde: Japan kann diese Steigerung und Verlagerung amerikanischer Macht in seinem unbestrittenen Interessengebiet nicht gleichgültig zur Kenntnis nehmen. Damit sei möglicherweise der Startschuß zu einem neuen Aufrüstungsrennen gegeben, und die gesamte politische Lage in Ostasien würde entscheidend beeinflußt werden in einer Zeit, in der sich die USA. mehr denn je vor weiteren Verwickelungen dort scheuen. Wie stark diese Überlegungen mitgesprochen haben, zeigen die Aussprüche von Repräsentanten, die das negative Ergebnis der Abstimmung als eine „direkte Stimmabgabe für den Frieden“ bezeichneten.

Der inzwischen zurückgetretene Flottenchef, Admiral William D. Leahy, vertrat allerdings eine andere Meinung. Er meinte, daß ein befestigtes Guam ein „starker Abschreckungsgrund“ für jede fremde Macht sei, die eine feindliche Haltung gegen die Hawaischen Inseln oder das Festland der USA. planen würde. Guam sei daher „für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von unschätzbarem Wert“. —

Das fernere Schicksal der Insel ist bis jetzt noch nicht endgültig entschieden worden, doch es ist wert, die Frage aufmerksam weiter zu verfolgen als Zeichen der Gesamtentwicklung der amerikanischen Fernost-Politik.

ALFRED POTTHOFF:**Land und Freiheit. Die agrarrevolutionäre Situation in Mexiko**

Land und Freiheit — „tierra y libertad“ — liest der Fremde auf einem der Wandgemälde, mit denen der mexikanische Maler Diego Rivera den Treppenaufgang im Palacio Nacional, dem Sitz der Bundesregierung in Mexiko-Stadt, ausgestattet hat. Diese Fresken veranschaulichen in bunter Anhäufung, einer Art Bildmontage, Szenen und Männer aus der Geschichte des Landes von der indianischen Zeit bis in die Gegenwart. Rivera ist Mexikos bedeutendster Maler; seine Bilder sind Anklagen. Er malt geradezu gegen die spanischen Eroberer, gegen die Kirche, gegen die Inquisition, gegen den Kapitalismus — nicht im Sinne historischer Fest- und Richtigstellung, sondern in einer bestimmten national-revolutionären Ausdeutung der historischen Ereignisse. Am Ende dieses Streif- und Streitzuges erscheint Karl Marx, hoch thronend auf dem letzten Bild, vor sich die kommunistische Gesetzestafel aufgerichtet —: ein moderner Prophet, seinen Jüngern, deren einer am Fuße des Bildes „El Capital“ unterm Arm trägt, mit der ausgestreckten Rechten den Weg in das „gelobte Land“weisend, das proletarische Paradies des Indio.

„Tierra y libertad“ heißt die Losung. Bemerkenswerterweise rangiert Land vor Freiheit. Gemeint ist der Grund und Boden in ausländischem Besitz, also die Haciendas, die Finkas, die Ölquellen, die Bergwerke. Seit der Madero-Revolution 1910 ist es das Ziel der mexikanischen Politik, die ausländischen Grundbesitzer zu enteignen und ihr Land für den Staat in Besitz zu nehmen. Auf eine Formel gebracht, lautet die Forderung: „Mexiko den Mexikanern!“ Riveras Fresken an den Treppenwänden des Regierungspalastes illustrieren also die Tendenz der Politik, die hinter diesen Wänden in den Amtsstuben praktisch getrieben wird. Das zeitweise Vorgehen der mexikanischen Regierung in der Ölfrage setzt in der Weltpresse immer gleich die Federn in Bewegung. Das hat seine Gründe. Nicht nur die Millionen der großen ausländischen Ölgesellschaften stehen hier auf dem Spiel; Öl und Politik hängen zusammen, und wo es um Öl geht, tun sich gleich weltpolitische Perspektiven auf. Die Ölkonzessionen umfassen jedoch nur einen Teil der Landfrage; die Enteignung der Haciendas und Finkas, mit einem Wort: die agrarpolitische Umwälzung vollzieht sich stiller und unbemerkt.

Die Enteigneten

Wer auf den Schiffen zwischen Mittelamerika und Europa fährt, trifft immer Europäer, die von der Entwicklung in Mexiko vertrieben wurden. Sie haben kapituliert — vor der vollzogenen Enteignung, die ihnen fast alles nahm, vor dem Warten darauf, was eines Tages kommen würde, vor der Ungewißheit, die niemand lange erträgt. Auch jetzt noch hängen sie an dem Verlorenen und trauern ihm nach. Der Verfasser sprach einen Spanier, der nach 26 Jahren wieder in die Heimat zurückkehrt, nachdem ihm seine Baumwollplantagen enteignet worden sind. Wehmütig ruhte sein Blick auf dem Bild, das ihn als Haciendado, hoch zu Roß über die Felder reitend, zeigt. Da war ein englischer Ingenieur aus dem Ölgebiet; er hatte den Kampf mit den Widrigkeiten des mexikanischen Wirtschaftslebens aufgegeben. Wir trafen einen Landsmann, einen Weizenbauern, der nach langer Abwesenheit

in das neue Deutschland zurückkommt, da man seinen Pachtherrn, eine amerikanische Bodenfirma, enteignet hat. Er war Pächter dieser Firma und wurde von der Enteignung mittelbar getroffen. Seine schwieligen Fäuste sprechen von Jahren harter Arbeit. Er wäre gern geblieben, obwohl er hätte von neuem anfangen müssen.

Aber auch ein solcher neuer Anfang ist den Überraschungen der Regierungspolitik ausgesetzt. Ein geringer Bruchteil ihres Eigentums, sechzig Morgen, bleibt den Grundherren erhalten. Für den enteigneten Besitz werden sie mit Buschland entschädigt. Der „Busch“ muß nicht nur gerodet, er muß auch bewässert werden. Oft wird das Wasserrecht aber erst nach Jahren wirksam, wenn nämlich die Talssperre da ist, die in den wenigsten Fällen schon in Angriff genommen wurde, in den meisten erst als Plan auf dem Papier steht. Wann wird sie fertig sein? In dieser Unsicherheit beginnt kein Neusiedler gern sein Werk. Entscheidend aber ist etwas anderes: Niemand vermag nämlich einem Neusiedler zu sagen, ob er seinen kleinen Neubesitz auch wirklich behält. Ein neues Gesetz kann alle seine Hoffnungen und jahrelange Arbeit mit einem Federstrich wieder zunichte machen. Vielleicht gerade in dem Augenblick, wo eine Neuerte beginnen soll. So ist es bei den zurückliegenden Enteignungen vorgekommen, daß die Landarbeiter einer Hazienda ausgerechnet vor der Ernte ihren Antrag auf Enteignung ihres bisherigen Brotherrn stellten. Die Enteignung pflegt mit einem solchen Antrag der Peones eingeleitet zu werden. Die Regierung ist in den Fällen, wo ganz offensichtlich nur der bevorstehende Ernteerlös die Triebfeder war, oft auch loyal genug gewesen, die Erledigung des Antrages bis nach der Ernte zurückzustellen. Sie wollte damit augenscheinlich betonen, wie sehr es ihr bei der Landenteignung um das Grundsätzliche geht.

„Zurück zum Ejido!“

Das dem Haciendado enteignete Land wird seinen bisherigen Peones zugeteilt. Jeder Landarbeiter erhält vier bis acht Hektar. Allerdings nicht als Eigentum; er bearbeitet das Land nur und ist über das Kollektiv sein mittelbarer Nutznießer. Eine eigens zu diesem Zweck gegründete Bank gibt die finanzielle Grundlage für diese neue Form der Bewirtschaftung her. Über das Kollektiv sichert sie dem Peon seinen Arbeitslohn und kreditiert sie Neuanschaffungen — Ausgaben, die durch den Ernteerlös gedeckt sind. Die Regierung will mit dieser Neuordnung die alte indianische Agrarverfassung in moderner Form wieder aufleben lassen. Träger dieser alten Agrarverfassung waren die Calpullis, die Stammesverbände, mit ihrem Gemeindeland, dem Ejido — Allmende würden wir sagen —, das von den Indianern gemeinschaftlich bewirtschaftet wurde. „Zurück zum Ejido“ heißt deshalb heute auch die agrarrevolutionäre Parole, die bewußt als klassen- und rassenkämpferische Forderung eines indianischen Kommunismus verkündet wird.

Die indianische Agrarverfassung

Nach dieser agrarrevolutionären Ideologie wären auch die Indianer schon Kommunisten gewesen. Man muß daran zweifeln. Aber auch, wenn es so wäre und die mexikanische Agrarrevolution nur an Überliefertes anzuknüpfen brauchte, so könnte es sich doch nur darum handeln, eine naturgewachsene Lebens- und Wirtschaftsform, wie es Calpullis und Ejido einst waren, wieder zu künstlichem Leben zu erwecken — vom grünen Tisch aus, durch Gesetzmaßnahmen. Denn in Wirklichkeit

ind sie ja längst tot; nur in einigen Landstrichen abseits der Heerstraße der Zivilisation haben sie sich noch als wesensgemäße Lebens- und Wirtschaftsform erhalten. Calpullis und Ejido waren zudem nur die eine Seite der altindianischen Agrarerfassung; die andere Seite wurde, was nicht übersehen werden darf, von einer tyrannischen Herrschaftsform mit einem ausgedehnten Abgabe- und Steuerwesen bestimmt. Nur auf diesem Abgabe- und Steuerwesen als Grundlage, das den „einfachen Mann“ zu einem Heloten machte, konnte das Aztekenreich jene späte Blüte treiben, die die Spanier ebenso sehr in Erstaunen setzte, wie der religiöse Kult mit seinen Menschenopfern sie erschrecken mußte. Wer deshalb die indianische Agrarverfassung als kommunistisch bezeichnet, wird auch das Ende dieses Weges nicht übersehen dürfen. Dieses Ende war die aztekische Tyrannei.

Mit welcher Raffinesse Abgabe- und Steuerwesen im Reiche Montezumas, des „zürnenden Herrn“, ausgebaut war, dafür zeugt das Verhalten der spanischen Eroberer: sie übernahmen es. Sie ließen von den Stämmen Listen anfertigen mit genauer Aufstellung aller Abgaben an König und Priester. Sie sollten auch weiterhin in die ins Land gekommenen neuen Mächte geliefert werden: Vizekönig und Kirche. Für den Indianer änderte sich mit diesem Machtwechsel also zunächst nichts. Durch Gesetz waren die einwandernden Spanier und Ausländer gehalten, ihre Siedlungen außerhalb der indianischen Stammsiedlungen zu errichten. So sehr lag den Eroberern daran, den bestehenden Zustand unangetastet zu lassen. Es war allerdings auch ihr persönliches Interesse, das ihnen diese Regelung nahelegte. Sie hatten sich nach dem Vorbilde des Cortez, der als Marquez del Valle de Oaxaca Herr über Oaxaca und 23000 „Vasallen“ geworden war, nach getaner Arbeit ihren Sold in Gestalt indianischer Leibeigener zuweisen lassen.

Sünden der Vergangenheit

Aber die hinzukommenden Spanier und andere Ausländer wollten es nicht schlechter haben als die Eroberer und ihre Nachkommen und setzten sich über die alte Bestimmung hinweg. Das läßt eine Bittschrift erkennen, die Anfang des 18. Jahrhunderts ein Indianerstamm an den Vizekönig richtete. Der Verfasser dankt ihre Kenntnis einem deutschen Freunde in Mexiko, dem der Kazike des Stammes das Dokument zur Einsichtnahme vorlegte, was als ein starkes Zeichen des Vertrauens gewertet werden muß. Die Bittschrift beschwert sich über die Besitzer der dem Stamm benachbarten Hazienda. Der erste Haciendado trieb sein Vieh auf das Gemeindeland des Stammes. Als er seine Besitzung veräußerte, verkaufte er dieses widerrechtlich benutzte Weidestück des indianischen Gemeindelandes seinem Nachfolger mit. Dieser, noch großzügiger als sein Vorgänger, verkaufte bei einem neuerlichen Besitzwechsel mit der Hazienda das ganze Siedlungsgebiet des Stammes.

Die Bittschrift enthüllt über den Einzelfall hinaus ein ganzes System. Die Unabhängigkeit Neuspaniens (1821), für die der Indio unter Führung der katholischen Priester Hidalgo und seines Schülers Morelos im Zeichen der Braunen Madonna gekämpft, änderte an diesem System nichts, oder nur insofern etwas, als die spanische Krone ausschied, und der Kreole, der im Land geborene Spanier, der alleinige Herr geworden war. Der Indio ging leer aus. Die Kirche, die zeitweise schon aus zwei Fässern geschöpft hatte — als die Erzbischöfe von Mexiko-Stadt und von Puebla sich auf dem Stuhl des Vizekönigs abzuwechseln pflegten —, konnte

auch nach der Loslösung Neuspaniens vom Mutterland bis zur Aufhebung der Kirchengüter und der Trennung von Staat und Kirche 1857—1861 noch jährlich 50 Millionen Goldpeso aus dem Lande ziehen.

Die erste Landaufteilung

Man kann über die agrarpolitische Situation im heutigen Mexiko und ihre Tendenzen nicht sprechen, ohne in die Historie zu geraten. Auch Maximilian gebührt in der Geschichte der Landfrage ein Platz. Als unter dem Einfluß europäischer Ideen die Zeit der „liberalen“ Reformen eingesetzt hatte, wurde Individualbesitz die Losung, und es begann die erste Landaufteilung unter dem „kleinen Mann“, den Indios. Aufgeteilt wurde vor allem das Kirchengut. Diese „liberalen“ Reformen waren es, gegen die Maximilian von der weißen Herrschicht des Landes und der Kirche eingesetzt wurde. Es scheint jedoch, daß der Kaiser die Lage des Indios viel klarer erkannt hat, als man nach dem äußeren Gang der Ereignisse anzunehmen bereit ist. Es scheint auch, daß er sich bemüht hat, das Los des Indios zu erleichtern, z. B. durch Neuregelung des Wasserrechts. Daß er auf Befehl eines Indianers, Juarez, fiel, läßt darum sein Ende doppelt tragisch erscheinen. Seine Regentschaft blieb Episode; Maximilian erfüllte die in ihn gesetzten Hoffnungen seiner Auftraggeber nicht. Aber es erwies sich bald, daß auch der Indio — abermals — nicht der Gewinner der neuen Zeit sein sollte.

Hier berühren wir eine Wesenseigentümlichkeit des Indios, die auch für die gegenwärtige agrarpolitische Situation nicht außer acht gelassen werden darf. Der Indio ist ein williger Arbeiter, wo es ihm nicht an der Anleitung mangelt. Auf sich gestellt, legt er die Hände in den Schoß, wenn er satt ist, wenn er seine Existenz hinlänglich gesichert weiß. Zum Unterhalt dieses Lebens gehört nicht viel; gehören oft nur ein paar Handvoll Mais oder Weizen zur Bereitung der unvermeidlichen Tortillas, oder eineinhalb Peso (etwa eine Mark) Tagelohn als Landarbeiter. So hatte der Indio wenig Sinn für die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich ihm mit der Landzuteilung um die Mitte des vorigen Jahrhunderts eröffneten. Er nutzte seinen Individualbesitz nicht aus, bebaute das Land nur so weit, als es zu seinem eigenen Unterhalt unerläßlich war, geriet dabei in Steuerschulden und war schließlich froh, wenn er seinen Besitz einem Inländer oder Ausländer verkaufen konnte. Diesen Verkauf besorgte auch oft für ihn der Staat selbst, dem das brachliegende Land als Äquivalent für nichtgezahlte Steuern gesetzlich verfallen war. Diese Entwicklung ging verschärft unter Porfirio Diaz weiter, der zur Intensivierung des landwirtschaftlichen und des industriellen Aufbaus ausländisches Kapital heranzog, aber die damit verbundenen fragwürdigen Nebenerscheinungen nicht ausschaltete. Die Reaktion war die Maderos Revolution 1910. Als sie ausbrach, befand sich der Staat Morelos, das „Paradies von Mexiko“, ein Gebiet, annähernd so groß wie das Land Oldenburg, im Besitz ganzer 18 Kreolenfamilien.

„Freies Land für alle“

In dieser Revolution steht Mexiko noch heute. Ihr Ziel formulierte Emiliano Zapata, einer ihrer frühen Wortführer, dahin: „Freies Land für alle ist das Ideal der Revolution.“ Diese Forderung Zapatas fand ihren Niederschlag in der Ver-

fassung von 1917, deren Artikel 27 bestimmt, daß nur Mexikaner (von Geburt oder durch Naturalisation) das Recht haben, Land zu erwerben oder Konzessionen zu erlangen. Alle Enteignungsmaßnahmen der folgenden 20 Jahre fußen auf diesem Artikel, der in dieser Zeit von den ausländischen Erdölgesellschaften heftig bekämpft worden ist und im Verlauf der mexikanisch-amerikanischen Auseinandersetzung durch ein Dekret des Präsidenten Calles 1928 in seiner Auswirkung eingeschränkt wurde. Aber die Entwicklung ging weiter, und das jüngste Vorgehen der Regierung Cardenas gegen die amerikanischen und die englischen Erdölgesellschaften zeigt, daß auch bei gelegentlicher Zurücknahme der Front, wie sie durch handelspolitische Abhängigkeiten bedingt ist, an dem Endziel unverrückbar festgehalten wird. Noch bevor die Regierung Cardenas zu diesem entscheidenden, weil gegen den Kern des ausländischen Kapitals gerichteten Schlag ausholte, setzte die Kollektivierung des ausländischen Großgrundbesitzes in verschärfter Weise ein. Im Jahre 1936 wurden z. B. nach amtlichen Angaben in dem Baumwollbezirk des Landes, im Staate Durango, 91 Kollektive oder Ejidos mit 10119 Indio-Bauern, im Staat Coahuila 59 Kollektive mit 23782 Indio-Bauern geschaffen. Ähnlich ist die Regierung auch in den Weizengebieten des Landes vorgegangen. Alles in allem dürfte seit Beginn der Madero-Revolution — bei vorsichtiger Schätzung — bereits weit über die Hälfte der auf 12 Millionen Hektar veranschlagten Gesamtanbaufläche, die ja durchweg aus Großgrundbesitz bestand, enteignet und in Kollektive aufgeteilt worden sein.

Wie die Regierung in der Ölfrage außenpolitische Schwierigkeiten nicht scheut, so ist sie auch anscheinend nicht gewillt, sich bei der Enteignung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes von bestimmten Rücksichten leiten zu lassen und Unterschiede zu machen, wie sie sich natürlicherweise ergeben zwischen einem ausländischen Kapitalkollektiv und einem ausländischen Einzelsiedler, der seinen Peones ein anständiger Brotherr ist und dessen Arbeit und Wirken dem Land und seiner nationalen Wirtschaft nur förderlich sind. Jede Differenzierung dieser Art scheint ausgeschlossen, auch wenn die nationalrevolutionäre Zielsetzung davon nicht beeinträchtigt wird. Der Ruf: „Mexiko den Mexikanern!“ gilt allen ohne Unterschied. Der Weg zu diesem Ziel führt über Schwierigkeiten. Aber vergessen wir nicht: Der natürliche Reichtum Mexikos ist groß genug, um sie überwinden zu lassen. Mexiko ist eines der reichsten Länder der Erde. Es vereinigt nicht nur alle drei Klimazonen in sich, von der tropisch-heißen bis zur kalten Zone; es verfügt auch über alle wichtigen Vorkommen unter Tage. Es hat zudem in den Indios einen Bevölkerungsteil, der bis zum äußersten anspruchslos zu leben weiß.

Der Indio entscheidet

Von diesem Indio wird zuletzt alles abhängen. Er wird mittelbar die agrarpolitische Revolution in ihrem weiteren Verlauf bestimmen und schließlich über ihren Ausgang entscheiden. Er ist der wichtigste Faktor in der agrarrevolutionären Überlegung. Die Frage ist, ob es gelingt, seinen müden Geist zu aktivieren und dem Neuen zu erschließen. So ist die Agrarrevolution im Grunde nicht ein wirtschaftspolitisches Experiment, sondern ein pädagogisches Problem, eine Angelegenheit der Menschenbildung. Die Synthese zwischen dem Gestern und dem Heute zu finden, ist auch die große Aufgabe der mexikanischen Agrarrevolution.

FRITZ AFRIKANDER:

Südafrikas Entwicklung vom ozeanischen
zum kontinentalen Staatsgedanken

Abwendung vom Ozean — der große Treck

Südafrika verdankt Entdeckung und Besiedlung dem ozeanischen Gefühl europäischer Völker. Der Zug holländischer, niederdeutscher und später englischer Seefahrer hat den Grundstein gelegt zum Aufbau eines im wesentlichen germanisch bestimmten Staatswesens unter afrikanischer Sonne, rund sechstausend Meilen entfernt von der Heimat der Auswanderer. Bis zum heutigen Tage ist es nicht gelungen, den afrikanischen Kontinent verkehrspolitisch so zu meistern, daß Südafrika auf die Seeverbindung verzichten konnte, und die Verkehrsfeindlichkeit hat sogar dazu geführt, daß Imperial Airways ihre Fluglinie vor einiger Zeit in ihrem wesentlichen Teil hinunter an die Küste verlegten. Das Meer ist darum das Bindeglied mit Europa geblieben, so wie es zur Zeit Jan van Riebeeks Vermittler europäischer Kultur gewesen ist.

Nichtsdestoweniger war der Einfluß des Meeres nicht stark genug, um eine grundsätzliche Wandlung der Stellung des Südafrikaners zum Meere zu verhindern. Etwa anderthalb Jahrhunderte lang ist das Schicksal des Landes fast ausschließlich von der Küste her bestimmt worden, denn für die Holländisch-Ostindische Kompanie blieb das Kap die große Versorgungsstation zwischen Ost und West, und was sich damals an bodenständigem Wirtschaftsleben regte, richtete sich im Grunde genommen nach den Bedürfnissen der vorbeifahrenden Flotten.

Es ist ein eigenartiges Zusammentreffen, daß der große Einschnitt in der Geschichte, die Abwendung vom Ozean, stattfand, als sich die größte aller seefahrenden Nationen an den Küsten festzusetzen begann. Als Engländer mit Erfolg die Kolonisation längs des Indischen Ozeans in die Hand nahmen, als sie Natal und teilweise der östlichen Kapprovinz ihren Stempel aufdrückten, da rebellierten die Nachkommen der ersten Seefahrer, in denen sich damals bereits sehr weitgehende Ansätze zur Formung eines neuen Volkstums gebildet hatten. Der für die geistige Wandlung zum kontinentalen Gedanken entscheidende Zug nach den Hochflächen des Innern, dessen Jahrhundertfeier man in diesem Jahre begeht, war die geschichtliche Leistung des Burenvolkes. Längst vergessen sind die Wagnisse und Entbehrungen der ersten Einwanderer, und kann eine Überlieferung erzählen von den abenteuerlichen Seefahrten, den Schiffbrüchen und Menschenverlusten des ersten Jahrhunderts. Das geschichtliche Bewußtsein des Afrikanervolkes — wie es sich selbst nennt — beginnt mit dem großen Treck, der darum als die eigentliche Geburtsstunde eines neuen Volkes bezeichnet werden mußte. Ein junges Volk aber ist entwicklungs- und beeinflussungsfähig, und in eine neue Umwelt versetzt, paßt es sich leichter und schneller an, als ein ausgereiftes Volk, wie es das englische Element in Südafrika darstellt. Der Charakter des Afrikanertums ist daher nicht so sehr an den Küsten geprägt, wie auf den weiten Hochflächen des Freistaates und im Buschfeld Transvaals.

Aber auch diese Besitznahme des Landesinneren wäre vielleicht noch nicht genügend gewesen, um den Einfluß des Meeres auf die Südafrikanische Entwicklung zu brechen, und es bestand durchaus die Möglichkeit, daß der englische Bevölkerungsteil als Träger des ozeanischen Gedankens auch weiterhin den Ausschlag gegeben hätte. Wenn auch das Afrikanervolk eine bodenständige Bauernkultur entwickelte, so blieben doch die Städte der Küste Einfallstore europäischer Bildung und Gesittung. Alles, was Europa an Technik und Fortschritt zu bieten hatte, fand in ihnen seinen Mittelpunkt. Eine gesellschaftliche und berufliche Schichtung gab es im wesentlichen nur in ihnen, während die Nachkommen der Vortrecker Gefahr liefen, in einem patriarchalischen Bauernzustand zu erstarren. Das geistige Leben drohte, auf englisch orientierte Städte beschränkt zu bleiben, und selbst zu Paul Krügers Zeiten waren städtische Berufe in den alten Bauernrepubliken zu einem erheblichen Teil in Händen von Ausländern. Wer weiß, ob sich das Afrikanertum unter diesen Umständen der geistigen Überfremdung hätte entziehen können, wenn es nicht wiederum durch zwei große Ereignisse aufgerüttelt worden wäre. Das eine war der Burenkrieg, der mit der Gründung der Union im Jahre 1910 seinen eigentlichen Abschluß fand. Durch die Schaffung eines einheitlichen Südafrikas erhielt die bürische Mehrheit des Landes mit einem Male wenigstens formal die Möglichkeit, ihr Übergewicht in die Waagschale zu werfen, aber daß sie wirklich imstande war, davon Gebrauch zu machen, hatte sie der großen Umwälzung in ihrem sozialen Leben zu verdanken, das mit der Entdeckung des Goldes vor einem halben Jahrhundert eingeleitet wurde.

Der neue Treck nach dem Golde

Es werden sich nicht oft in der Geschichte der Menschheit Beispiele nachweisen lassen, wo eine Zufälligkeit wie das Vorhandensein des Goldgesteins, ausgerechnet im innenländischen Teil Südafrikas, einen einschneidenden Einfluß auf das nationale Leben eines Volkes ausüben konnte. In der fast menschenleeren Steppe des inneren Hochlandes entwickelte sich eine Großstadt mit amerikanischen Ambitionen und binnen fünfzig Jahren ist der Witwatersrand die größte Menschenzusammenballung des Subkontinents geworden. Johannesburg hat die Küstenstädte entthront und das küstenferne Binnenland zur führenden Stellung erhoben. Südafrika erhielt einen wirtschaftlichen Schwerpunkt, der das Arbeitstempo des ganzen Landes bestimmt. Der Witwatersrand ist heute der größte Absatzmarkt der Union und gleichzeitig der größte Arbeitsgeber, der Afrikaner wie Engländer in gleicher Weise anlockt. Sein Übergewicht ist so groß, daß er die Klammer geworden ist, die den vielgestaltigen Staatsbau zusammenhält, und sei es nur, weil alle Provinzen an dem goldenen Reichtum teilnehmen möchten.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß die Goldminenindustrie nicht vom afrikanischen Volkswill aufgebaut wurde, sondern hauptsächlich von überseeischen Einwanderern, die die Aussicht auf Glück und Reichtum ins Land führte. Sie waren ohne Zweifel stärker in ihrem Denken ozeanisch orientiert als die ansässige afrikanische Bevölkerung, und trotzdem sind sie unwillige Baumeister des kontinentalen Gedankens gewesen. Durch die Schaffung eines innenländischen Mittelpunktes haben sie vollendet, wozu die Vortrecker den Grundstein legten.

Für das Afrikanertum bedeutet die Entdeckung des Witwatersrand den Beginn der Verstädterung, die sich seitdem mit Riesenschritten vollzogen hat, so daß gegen-

wärtig nur noch 35 % der weißen Bevölkerung auf dem Lande leben. Südafrika hat in dieser Beziehung selbst Australien übertroffen! Nach Lage der Dinge war es vor allem der afrikanische Volksteil, der in die Städte zog, und der deswegen auch den höchsten Preis — in Gestalt der armen Weißen — für die soziale Umwälzung bezahlen mußte. Aber selbst hierzulande betont man zu stark die Kehrseite dieser neuen „Trecks“, und übersieht, welche große Aufbauleistungen als Gewinn zu buchen sind. Viele sind dem plötzlichen Hereinbrechen hochkapitalistischer Wirtschaftsformen erlegen, aber welches andere Volk wäre dagegen gefeit gewesen, wenn es im wesentlichen innerhalb einer Generation sein soziales System von Grund auf hätte neubauen müssen? Was die Wirtschaft betrifft, sind die Landesstatistiken nicht nach Nationalitäten geschieden, aber es gibt tatsächlich keinen städtischen Beruf, den die Afrikaner nicht ergriffen und mit Erfolg ausgeübt hätten.

Kennzeichnend für die Tendenz sind die Ergebnisse von Untersuchungen des Minendepartements, aus denen hervorgeht, daß sich die Anzahl in Südafrika geborener Minenarbeiter von 49 % im Jahre 1917 auf 76,7 % im letzten Jahr erhöht hat, während die Zahl der in England Geborenen im gleichen Zeitraum von 44 % auf 18,6 % sank, bei einer Zunahme der absoluten Ziffer von 21 195 auf 39 230. Gewiß sind nicht alle „in Südafrika Geborenen“ Afrikaner, aber man schätzt ihren Anteil auf nicht minder als 90 %. Diese Ziffern wirken noch eindrucksvoller, wenn man bedenkt, daß der weiße Bergmann ein hochqualifizierter und hochbezahlter Fachmann sein muß, da alle ungelernete Arbeit von Farbigen ausgeführt wird. Erst die Verstärkung hat das Afrikanervolk dazu befähigt, sein eigenes geistiges Leben, seine Universitäten und Schulen aufzubauen, und damit eine kulturelle Grundlage zu schaffen, die die kontinentale Richtung fördern muß.

Gefahren des „Afrikanischen Gedankens“

Mancher andere Grund ließe sich noch für die Meerfeindlichkeit des Afrikaners anführen. Es fehlt, um geopolitisch zu sprechen, die Gegenküste, die das Volk zur Seefahrt erziehen könnte. Es fehlen die schiffbaren Ströme, die zum Meere weisen. Der Steilabfall der Drakensberge, der erst langsam durch die Technik bezwungen wurde, hat die Isolierung des Binnenlandes verstärkt. So kommt es, daß Südafrika bis zum heutigen Tage nicht daran gedacht hat, sich eine Handelsflotte zu schaffen, während andere überseeische Länder mit einem viel geringeren Außenhandel wenigstens den Versuch dazu gemacht haben. Auch in Südafrika wiederholt sich die Erscheinung, daß ein junges, selbstbewußtes Volk eine eigene Kultur nur aufbauen zu können glaubt, wenn es grundsätzlich eine Abwehrstellung gegen alle fremden in diesem Falle überseeischen Kultureinflüsse einnimmt. Eine führende afrikanische Zeitung konnte deshalb neulich bei einem Aufsatz über den deutschen Philosophen Fichte mit den Worten schließen: „Diese halb verstandenen, importierten Theorien, die bei uns so häufig als Kultur angepriesen werden, sind eines der größten Hindernisse für die Entwicklung einer wirklich lebendigen, umfassenden und kraftvollen Afrikanischen Kultur. Diese Erscheinung ist eine der größten Gefahren für den Afrikanischen Gedanken.“ Tatsache ist ja auch, daß die Bestrebungen, die die junge Afrikanische Kultur als einen Zweig der Europäischen zu erhalten, von Europa getragen werden. Es sind England, Holland, Deutschland, schließlich die Vereinigten Staaten, und in jüngster Zeit Frankreich, die jungen Südafrikaner das Studium an europäischen Kulturzentren anbieten und ermöglichen. Die Initi-

tive in der kulturellen Zusammenarbeit geht in den seltensten Fällen von südafrikanischer Seite aus.

Trotzdem würde es schwer verständlich sein, wieso die Nachkommen von Seefahrern so plötzlich und so gründlich mit ihrer Tradition brechen konnten, wenn man — so paradox es klingen mag — die Verwandtschaft zwischen Meer und Steppe außer acht ließe. Gerade englische Schriftsteller vergleichen immer wieder Hochflächen und Buschfeld mit dem Ozean, und jeder Reisende, der auf den Drakensbergen gestanden hat, zu seinen Füßen die endlose, immer gleichbleibende Fläche des Osttransvaaler Buschfeldes, wird diesen Eindruck bestätigen. Es ist die Großräumigkeit, die Meer und Buschfeld gemeinsam ist, und den Übergang von einem Extrem zum anderen erleichtert. So konnte es kommen, daß das Meer aus der Gefühlswelt des Volkes verschwunden ist, und daß kein südafrikanischer Dichter es besingt, während er ergreifende Worte findet für die Landschaft und ihre herbe Schönheit.

Rückkehr zur ozeanischen Tradition als Aufgabe

Diese Abkehr von der See war vielleicht eine geschichtliche Notwendigkeit, um überhaupt den Aufbau eines eigenen Staatswesens aus vielerlei und oft gegensätzlichen Grundelementen zu ermöglichen, etwa so, wie eine junge Industrie sich am besten hinter Zollmauern entwickeln kann. Auf die Dauer ist Isolierung jedoch nichts anderes als ein Zeichen mangelnden Selbstbewußtseins der eigenen Kultur, und so wird Südafrika nach dieser Übergangszeit sich wieder stärker auf seine ozeanische Tradition besinnen müssen, wenn es seine Mission als Vorposten der weißen Zivilisation in Afrika erfüllen will.

Schon jetzt sind manche Schattenseiten dieser einseitigen Kontinentalorientierung unverkennbar. Europa ist groß geworden durch den Wettbewerb seiner Völker, der zur äußersten Kraftanspannung zwang. Dagegen ist Südafrika eine Insel im Weltmeer, ohne Nachbarn, die es überflügeln könnten, und bei der heutigen Weltlage ohne einen ernsthaften Feind. (Außer Indien!) Es fehlt die Möglichkeit, die eigene Leistung mit der der Wettbewerber zu vergleichen, und es fehlt deshalb auch der Maßstab für das Erreichbare und für die Grenzen der eigenen Kraft, eine Tatsache, die den Nationalcharakter beeinflussen muß. Die Afrikaner sind wie die alten Griechen ein nordisches Volk, das unter einen südlichen Himmel versetzt ist, und laufen darum Gefahr, wie diese Eigenschaften zu entwickeln, die von verwandten Völkern als artfremd empfunden werden. Welche Ähnlichkeiten weist doch allein schon das Parteigetriebe mit dem des alten Hellas auf! Die Eigenbrödelei des griechischen Stadtstaates findet ihr Gegenstück in der Überzeugung weiter Teile des südafrikanischen Volkes, sich durch eine Neutralitätserklärung aus der Weltgeschichte ausschalten zu können. Hier wie da hat die geistige Isolierung zu einer Vernachlässigung der großen Gesichtspunkte in der Politik geführt. Die besten Kräfte reiben sich auf in einem kleinlichen Parteigezänk, das selbst vor einer großen nationalen Feier, wie der Grundsteinlegung des Vortreckerdenkmals, nicht halt gemacht hat. Die Zeiten sind aber vorbei, in denen das Parteiwesen als ein Maßstab europäischer Kultur gelten konnte, und Europa könnte es eines Tages aus zwingenden Kolonialinteressen heraus ablehnen, daß politische Gepflogenheiten, wie sie in Südafrika

üblich sind, der schwarzen Bevölkerung des Kontinents als Vorbild europäischer Wesensart vorgesetzt werden. Ein Anspruch, sich Vorposten europäischer Kultur zu nennen, hat schließlich nur derjenige, der ihre besten Seiten verkörpert.

Damit ist bereits eine Schwäche angedeutet, die dem jüngsten Erzeugnis süd-afrikanischer Kontinentalgesinnung innewohnt, dem Expansionsdrang nach Norden. Er hat einst zur Besetzung Deutsch-Südwests geführt, und er ist als eine latente Möglichkeit auch heute gegeben. Die Methoden haben sich allerdings geändert, und man spricht von friedlicher Zusammenarbeit, wo man Führung meint. Selbstverständlich denkt Südafrika nicht an militärische Eroberungen, wie es 1914 Deutschland zu spüren bekam, aber man hofft, die nördlichen Nachbarn durch Überredung und Leistung zu einer engeren Verbindung mit der Union und vielleicht, wie neuerlich eine afrikanische Zeitschrift ausdrückte, zur Gründung eines panafrikanischen Staatenbundes bewegen zu können. Diese Politik ist gewiß noch nicht Gemeingut des afrikanischen Volkes, aber auf der anderen Seite findet sie Anklang in englischen Kreisen Südafrikas. In steigendem Maße nimmt Südafrika Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung seiner nördlichen Nachbarn. Johannesburg ist ein Markt für rhodesisches Vieh und Tabak. Bis zum Äquator hinauf stellen süd-afrikanische Bergingenieure ihre großen Erfahrungen zur Verfügung, und werden gerufen, um neue Bodenschätze zu erschließen. Der Witwatersrand streckt seine Fühler bis Nord-Rhodesien und Nyassaland aus, um seinen Bedarf an schwarzen Minenarbeitern zu befriedigen. Dadurch wird die Kaufkraft jener Länder erhöht, und langsam werden sie an den Gedanken gewöhnt, daß eine Zusammenarbeit mit der Union auch vorteilhaft sein kann. Das ehrgeizigste Projekt ist die Gründung einer südafrikanischen Fluglinie, die die Union mit dem Kongo, Uganda und Kenya verbindet. In gleicher Richtung liegt die Erklärung des Wehrministers, daß Südafrika bereit sei, seine nördlichen Nachbarn im Kriegsfall gegen einen Angriff zu verteidigen, selbstverständlich mit dem stillen Vorbehalt, daß der Lohn nicht ausbleiben werde. Es würde den Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten, die Gründe anzuführen, die der Union ihre „peaceful penetration“ erleichtern, und die manchen Kreise im Norden bewegen, von selbst ihr Auge nach Süden zu richten.

Nichtsdestoweniger können diese Expansionsbestrebungen zu Eifersüchteleien und selbst Reibungen mit anderen Kolonialmächten führen. Es sei zugegeben, daß Südafrika über große afrikanische Erfahrungen verfügt, die nutzbringend zur Erschließung des Kontinents eingesetzt werden können, aber dieses reiche und relativ menschenleere Südafrika versteht eigentlich nicht den Bevölkerungsdruck und den Rohstoffhunger Europas. Es kennt den alten Erdteil zu wenig, um die zwingende Notwendigkeit zu begreifen, die Europa nach Afrika treibt. Was seine Stellung in Afrika betrifft, hat die Union aus den Konflikten Europas Nutzen gezogen, aber manche Hoffnungen, die dadurch geweckt wurden, könnten einmal enttäuscht werden, wenn das politische Bild drüben sich ändert. Dann brauchte auch die Meinung mancher Südafrikaner sich nicht zu bewahrheiten, daß England nicht so sehr den Verlust seiner Kolonien an fremde Mächte als an seine eigenen Dominien zu fürchten habe.

FRANZ SCHLACHTER:**Südafrika und seine nördlichen Nachbarn**

Es gab eine Zeit, da im afrikanischen Subkontinent laut und lärmend die Werbetrommel gerührt wurde für das „größere Südafrika vom Kap bis zum Zambesi“. Ohne Zweifel wäre es in der Frühzeit der subkontinentalen Entwicklung verhältnismäßig leicht gewesen, die Vision des großen Raumbezwingers Cecil Rhodes zu verwirklichen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse hätten sich damals reibungslos aufeinander abstimmen lassen; es gab noch kein Rhodesisches Selbstbewußtsein, das in einem Gegensatz zum Südafrikanertum gestanden hätte. Fünfzig Jahre getrennter Geschichte haben jedoch Eigenarten und Besonderheiten zum Vorschein gebracht, die sich nicht mehr mit einem Federstrich aus der Welt schaffen lassen.

Es war ein Fehler der Nachfolger Cecil Rhodes', ihre Propaganda zu stark auf das Gefühl abzustellen. In einer Überschätzung der Zugkraft des „Größeren Südafrika“-Gedankens machte es ihnen wenig Kopfzerbrechen, wer der Nutznießer dieses Zusammenschlusses sein könnte. Für eine gefühlsmäßige Behandlung des Problems war die Zeit jedoch keineswegs günstig, denn in Südafrika war die Auseinandersetzung zwischen Bur und Brite in vollem Gange. Solange keine Gewähr bestand, daß der Kampf des Afrikanertums um seine nationalen Rechte nicht zum Ausscheiden aus dem Reichsverband führen würde, konnte von den englisch orientierten Nachbarn im Norden schwerlich erwartet werden, daß sie um Südafrikas willen ihre Reichsverbundenheit aufs Spiel setzen würden. So mußte seinerzeit eine diesbezügliche Abstimmung in Südrhodesien trotz großen Entgegenkommens der Union mit einem Fehlschlag enden; selbst der Zollverband wurde im Dezember 1933 gelöst, da er nach rhodesischer Ansicht einseitig die südafrikanischen Industrien auf Kosten der englischen bevorteilte. Seitdem gehen beide Länder getrennte Wege, und ihre Beziehungen sind nur gutnachbarlich.

Entwicklungsgeschichtlich kann Südrhodesien kaum als ein Anhängsel der Union bezeichnet werden. Die Erschließung des Landes ist nicht von Süden her erfolgt, in dem Sinne, wie etwa der Oranje-Freistaat vom Kapland her, und der Transvaal vom Freistaat aus der europäischen Zivilisation geöffnet wurden. Der Schwerpunkt Südrhodesiens liegt in dem zentralen Dreieck Bulawayo, Salisbury und Fort Viktoria, mit Ausläufern nach dem Mazoetal im Norden und Umtali und Melsetter an der Grenze von Mozambique im Osten.

Über 70% der etwa 50 000 Weißen wohnen in diesen Distrikten, deren Anteil an der gesamten Oberfläche von 389 380 qkm jedoch nur 60 000 qkm oder etwa 15% beträgt. Es ist schwerlich ein Ruhmesblatt englischer Kolonialpolitik, wenn in einem halben Jahrhundert des Besitzes die weiße Bevölkerung dieses in großen Teilen für europäische Besiedlung geeigneten Landes auf nur ein halbes hunderttausend Menschen gebracht werden konnte. Das Bild wird noch weit ungünstiger, wenn die oben erwähnte Bevölkerungsverteilung berücksichtigt wird. Aus ihr folgt nämlich, daß die übrigen 330 000 qkm nur von 14 000 Weißen bewohnt sind. Das entspricht einer Dichte von 1 Weißen auf 24 qkm!

Dabei sind die an die Union angrenzenden Gebiete besonders menschenleer. Auf der 290 km langen Straße von Limpopo bis Fort Viktoria trifft der Reisende außer einem Hotel und ein paar Eingeborenengassen kaum ein Zeichen menschlicher Besiedlung. Ein breiter, unentwickelter Buschgürtel legt sich wie eine Scheidewand zwischen Südafrika und Südrhodesien, während der Bahnverkehr auf den

Umweg über Betschuanaland angewiesen ist, da Südrhodesien zur Weiterführung der Nordtransvaaler Strecke bisher nicht bewogen werden konnte. Nur der Bau der großen Beitbrücke über den Limpopo aus den Mitteln der Beitstiftung, dem Vermächtnis des Mitarbeiters von Cecil Rhodes, ist ein Zeichen der Annäherung.

Wenn schon die Besiedlung Südrhodesiens vernachlässigt wurde, nimmt es nicht wunder, daß das klimatisch minder begünstigte Nordrhodesien ein Stiefkind des Britischen Reiches geblieben ist. Bei einer Gesamtoberfläche von 745 760 qkm betrug die weiße Bevölkerung im Jahre 1937 nur 11216 Menschen, das heißt, einen Europäer auf 66 qkm. Davon wohnten jedoch 8680 Europäer in der zentralen und der westlichen Provinz, die zusammen nur eine Oberfläche von 203 207 qkm aufweisen. Der Rest von 2500 Europäern verteilte sich auf über 542 000 qkm, was einen Durchschnitt von einem Europäer auf 210 qkm entspricht!

Auch Nyassaland, das kleinste Eingeborenenschutzgebiet des Britischen Reiches, ist trotz seines tropischen Charakters in den höhergelegenen Strecken durchaus für europäische Besiedlung geeignet, aber die weiße Bevölkerung zählt einschließlich der Beamtenschaft knapp 2000 Menschen, die sich im wesentlichen auf die südlichen Provinzen beschränken, während der Charakter als Protektorat, die Armut an Mineralien und die Küstenferne einer Erschließung der mittleren und der nördlichen Gebiete bisher im Wege standen.

Es bedarf eigentlich keines anderen Beweises als der Bevölkerungsstatistik, um die Versäumnisse der englischen Kolonialpolitik nachzuweisen. Sie erklärt zur Genüge die Unsicherheit und Unruhe, die in der europäischen Bevölkerung spürbar ist. An der Haltung des Colonial Office wird erstaunlich viel Kritik geübt; rhodesische und Nyassalandzeitungen führen häufig eine Sprache, die an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig läßt. Selbst der Bürgermeister Johannesburgs fühlte sich dieser Tage bei der Begrüßung des englischen Industriemagnaten Lord Nuffield veranlaßt, dem Gast folgende Botschaft mit auf den Weg zu geben:

„Sie, Lord Nuffield, besitzen großen Einfluß in London, und wir bitten Sie inständig, noch mehr für die britischen Besitzungen zu tun als in der Vergangenheit. Wir in Afrika fühlen, daß Downing Street Afrika nicht genügend Aufmerksamkeit schenkt. Wir wissen, wie beschäftigt Downing Street ist, aber wir fühlen auch, daß Kenya, Uganda, Tanganyika, Nyassaland und beide Rhodesien jämmerlich vernachlässigt werden. In diesen Gebieten gibt es ein weites Feld für Forschungen und Unternehmungsgeist. Sie besitzen Gummi, Kaffee, Baumwolle, Flachs, Hanf, außerdem riesige Wälder voller wertvoller Hölzer, und Kräuterpflanzen, die der leidenden Menschheit Genesung bringen könnten. Alles dieses wartet auf Erschließung. Es gibt wunderbare Siedlungsgebiete, die einen hohen Ertrag abwerfen könnten, und nicht zuletzt die großen Seen, die Hochstraßen des Handelsverkehrs werden könnten, wenn man englische Arbeitslose Verbindungskanäle bauen ließe. Ich möchte Sie, Lord Nuffield, bitten, Downing Street auf die Möglichkeiten aufmerksam zu machen, die bei der Erfüllung der Mission des Reiches versäumt werden.“

Der Bergbau hatte allerdings einen rapiden Aufschwung genommen; während Nordrhodesien einer der größten Kupferproduzenten der Welt geworden ist, erhebt Südrhodesien Anspruch darauf, dasjenige Land zu sein, das auf den Kopf der weißen Bevölkerung die größte Goldproduktion aufweist. In bergbaulicher Beziehung hat das englische System, Kolonialgebiete durch große Kapitalgesellschaften erschließen zu lassen, Großes geleistet; dennoch zeigt die Geschichte der Zambesi-Kolonien, daß es dringend einer Revision bedarf. Es ist unerträglich, daß Riesengebiete aus Spekulationsgründen einfach abgeriegelt werden. Für die Gesellschaften

ist die Versuchung zu groß, nur solche Unternehmungen anzupacken, die schnell gute Gewinne abwerfen werden. Wenn man aber den Profit zur Triebfeder kolonialer Betätigung macht, ist eine gleichmäßige Erschließung des Landes auf lange Sicht nicht gewährleistet. So erklärt es sich zum Beispiel, daß Südrhodesien noch stets einen erheblichen Teil seiner Lebensmittel einführen muß, obwohl sie ohne weiteres im eigenen Lande erzeugt werden können. Früchte, Gemüse, Weizen, Mehl, Kartoffeln usw. spielen in der Einfuhr noch immer eine große Rolle, und der Gesamtwert der eingeführten Lebensmittel ist, ähnlich wie in Nordrhodesien, in den letzten Jahren gestiegen.

Wird sich das Wirtschaftsleben der Zambesikolonien auch in Zukunft mit Hilfe des Bergbaus ankurbeln lassen? Man kann diese Frage nicht mit einem unbedingten Ja beantworten. Südafrikanische Goldgesellschaften haben seit geraumer Zeit die größten Schwierigkeiten, um Kapital für neue Minen zu erhalten; manches Projekt mußte bereits zurückgestellt werden. Wenn infolge der Rüstungsausgaben der Abbau der englischen Kapitalanlagen im Auslande fort dauern sollte, können jene Kolonien kaum erwarten, bei der Verteilung günstiger abzuschneiden als die Union.

Aber selbst wenn die Kapitalfrage gelöst würde, bliebe das nicht minder wichtige Problem des Absatzes bestehen. Gold findet zwar stets einen aufnahmefähigen Markt, und die nordrhodesischen Kupferproduzenten haben trotz internationaler Restriktionen wegen der niedrigen Erzeugungskosten auf dem Kupfermarkt eine starke Stellung. Aber weniger hoffnungsvoll sind die Aussichten für Zink, Asbest, Chromerz, Vanadium und vor allem für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Klagen der Farmer über Vernachlässigung der Rohstoffproduzenten durch England haben zwar zu einer Berücksichtigung der Tabakpflanze im englisch-amerikanischen Handelsvertrag geführt, aber die Exporteure von Butter, Fleisch, Wolle, Baumwolle, Mais und Eiern werden vielleicht den wehrstrategischen Belangen ihren Tribut bringen müssen, die zur handelspolitischen Annäherung zwischen Amerika und England führten. Es sei dahingestellt, ob unter diesen Umständen eine nennenswerte Ausweitung der Erzeugung möglich sein wird. Wo soll England auch hin mit allen seinen Rohstoffen?

Die Unzufriedenheit der Siedler mit der heutigen kolonialen Organisation findet weitere Nahrung an der Beamten- und Eingeborenenpolitik. England selbst stellt fast ausschließlich die Beamten für Nordrhodesien und Nyassaland, während die Söhne ansässiger Farmer zur Ausbildung nach London gehen müssen, um dann gewöhnlich nach einer fremden Kolonie verschickt zu werden. Die Gründe, die England zu dieser Personalpolitik veranlassen, liegen auf der Hand, aber trotz der hochstehenden Beamtschaft entspricht das Resultat nicht immer den Erwartungen. Statt den Reichsverband zu stärken, weckt gekränkter Vaterstolz Opposition, und der Wunsch findet einen Nährboden, bei einem Anschluß an die Union das zu verwirklichen, was London nicht zugestehen will, nämlich eine bodenständige Beamtschaft. Die Ernüchterung würde allerdings schwerlich ausbleiben, denn es ist eine Verkennung des Tatbestandes, zu glauben, daß das Land aller Beschwerden ledig sein würde, wenn erst einmal die Ortserfahrungen einer landesbürtigen Beamtschaft zur Verfügung stünden.

Wie überall, wo weiß und schwarz im gleichen Raume zusammenwohnen, bewegt die Eingeborenenpolitik die Gemüter. Interesse steht gegen Interesse und Meinung gegen Meinung. Durch täglichen Umgang geschult, kann der weiße Farmer

eine gründliche Kenntnis der Psyche der Eingeborenen für sich in Anspruch nehmen, aber auch der englische Kolonialbeamte leistet in der Kunst der Eingeborenenbehandlung Erstaunliches. Trotzdem könnte die klassische Rede des „gallant Major“ zur Begrüßung eines neuen Gouverneurs von Kenya (siehe die „Chronicles of Kenya“) ebenso gut am Zambesi gehalten worden sein. Im ganzen östlichen und südlichen Afrika erweckt die Richtung, die das Colonial Office vor schreibt, Widerspruch. Der Weiße betrachtet sich als bodenständig, als Herr, während London ihm seiner Meinung nach die Stellung eines Gastes zuweist.

Die gleichen Einflüsse, die immer wieder die Eingeborenenpolitik der Union kritisiert haben, finden weiter im Norden ein praktisches Betätigungsfeld für das Gleichheitsideal aller Rassen. Es ist sicherlich recht und billig, wenn der schwarzen Bevölkerung, wie in dem Eingeborenenprotektorat Nyassaland, eigene Gebiete vorbehalten werden, wo sie sich ihrer eigenen Veranlagung gemäß entfalten kann. Dann muß man aber auch konsequent sein und darf die Schwarzen nicht zur Produktion von Baumwolle oder Tabak erziehen. Lancashire erhält zwar dann billigen Kattun, aber die Schwarzen werden in ein ihnen fremdes Wirtschaftssystem eingespannt und abhängig gemacht von den Schwankungen der Weltkonjunktur. Die Politik, die Eingeborenen zur Exportwirtschaft zu erziehen, ist vor allem fehl am Platze, wenn dadurch weiße Farmer gezwungen werden, mit der billigen Arbeitskraft und dem niedrigen Lebensstandard der Schwarzen in Wettbewerb zu treten. Manches ließe sich auch zugunsten der Auffassung sagen, daß der Schwarze wirtschaftlich schneller vorwärtskommen würde, wenn das Nyassaland-Protektorat in größerem Maßstab der weißen Initiative erschlossen würde. Selbst die Londoner Humanitätsapostel müssen zugeben, daß der monatliche Durchschnittslohn eines schwarzen Arbeiters in Nyassaland nur 7 sh 6 d beträgt, während er in den Städten der Union meistens nicht unter £ 3 liegt!

Gründe zur Unzufriedenheit mit dem bisherigen Verwaltungssystem sind also zur Genüge vorhanden; aber wenn man sich auch freimachen möchte von der Bevormundung des Colonial Office, so schreckt man noch immer vor der Alternative, dem Anschluß an die Union, zurück. So hat der Gedanke, Südrhodesien, Nordrhodesien und Nyassaland zu einem einheitlichen Verwaltungsgebiet zusammenzuschließen, das vielleicht einmal Dominium-Status erhalten könnte, eine Auf-erstehung gefeiert. Anfang 1938 mußte sich das Colonial Office dazu bequemen, eine Fünferkommission zur Prüfung des Problems zu ernennen. Ihr Bericht liegt zur Zeit noch nicht vor (Ende Januar 1939), aber man kann ohne Zögern feststellen, daß ein Großrhodesien an den heutigen Mißständen nichts Grundsätzliches ändern würde. Einige Zollämter und zwei Gouverneursgehälter ließen sich einsparen, aber die vordringlichsten Probleme: der Menschenmangel, der Kapitalbedarf und die Absatzmärkte blieben unverändert bestehen. Ohne geographischen Mittelpunkt, in zwei ungleiche Teile gespalten durch das ungesunde, europäerfeindliche Zambesital, würde auch ein Großrhodesien auf lange Sicht nur zu wählen haben zwischen England und der Union von Südafrika.

Die niedrigen Eingeborenenlöhne der nördlichen Nachbarn, ihr landwirtschaftlicher Großbetrieb und die überlegene Qualität des Weidelandes würden Rhodesiens Anschluß an Südafrika für dieses nicht zu einer ungeteilten Freude machen, wie es auch selbst schwerlich imstande wäre, alle Wünsche und Erwartungen zu erfüllen. Auch politische Erwägungen wie die Zweisprachigkeit und der Rassenstreit, oder die Unmöglichkeit, von einem in Kapstadt tagenden Parlament zentralafrikanische Gebiete zufriedenstellend zu verwalten, stehen der Einigung im Wege.

Aber die Union hat seit dem Fehlschlag der südrhodesischen Abstimmung zu

warten gelernt. So lange die englische Kolonialpolitik sich nicht ändert, arbeitet die Zeit für Südafrika, und es kann darum die Kräfte ausreifen lassen.

Wenn zum Beispiel Riesengebiete nur von einigen Zehntausenden besiedelt sind, so ist es auch einem Zweimillionenland möglich, sie zu unterwandern. Von der südrhodesischen Bevölkerung dürfte bereits ein gutes Drittel afrikanischer Abstammung sein; die großen Vortreckerfeiern in Pretoria waren für ihre Vertreter ein Ansporn zu dem Gelohnis, sich mit aller Kraft für das größere Südafrika einzusetzen. Auch Nordrhodesien hat seine afrikanischen Minenangestellten und Farmer, während die tüchtige Arbeit afrikanischer Missionsgesellschaften hier wie in Nyassaland dazu beiträgt, Mißverständnisse bezüglich des Afrikanertums zu beseitigen. Auch viele in Südafrika gebürtige Engländer sind nach Norden abgewandert. Die Statistik besagt, daß die Union in den Jahren 1924—37 41426 gebürtige britische Staatsbürger, darunter 23043 Unionsbürger, an die Nachbargebiete verloren hat. Wenn England also nicht erhebliche Anstrengungen macht, werden über zehn oder zwanzig Jahre die Zambesikolonien überwiegend von Südafrikanern beider Nationalitäten besiedelt sein.

Dank einem hochentwickelten Erziehungssystem übt die Union schon heute einen gewissen Einfluß auf die Jugend der nördlichen Nachbarn aus. Es ist billiger und oft zweckmäßiger, die jungen Leute an die Höheren Lehranstalten, die Fachschulen und Universitäten Südafrikas zu schicken, als sie durch einen Aufenthalt in England jahrelang der elterlichen Aufsicht zu entziehen.

Auch die enorme Entwicklung des Reiseverkehrs ist dazu angetan, Schranken niederzureißen. Dem rhodesischen Pflanzler, der Erholung von der Einsamkeit des Buschlebens sucht, bietet Johannesburg alle Annehmlichkeiten einer modernen Großstadt, während der Nyassasee dank seines landschaftlichen Reizes nicht allein das Seebad beider Rhodesien zu werden verspricht, sondern bereits das beliebte Safari-Ziel südafrikanischer Reisegesellschaften ist. Eisenbahn, private Organisationen und der von Südafrika zielbewußt nach Norden vorgetriebene Flugverkehr wetteifern miteinander, um das reiselustige Publikum nach Zimbabwe, den Viktoriafällen und an den Nyassasee zu bringen.

Nicht minder ist der Bergbau dem Gefühl wirtschaftlicher Verbundenheit förderlich. Die technische Leitung der nordrhodesischen Kupferminen — und nicht nur dieser — liegt überwiegend in Johannesburg; Bergingenieure des Witwatersrands werden selbst nach dem belgischen Kongo und Ostafrika gerufen. London beschränkt sich immer mehr auf die Rolle des Geldgebers, während die praktische Arbeit von Südafrika geleitet und überwacht wird.

Der Witwatersrand wird in Zukunft eine wichtige Stellung auch als Arbeitgeber des Nordens einnehmen. Die Saugarme des Goldbergbaus erstrecken sich neuerdings bis in das tropische Afrika hinein; täglich pendeln die großen Omnibusse der Transportgesellschaften zwischen Salisbury, Nyassaland und dem Fort-Jameson-Distrikt des östlichen Nordrhodesiens hin und her, um den Arbeiterhunger der Johannesburger Minen zu stillen. Bis hinauf nach Nord-Nyassaland werden gegenwärtig Unterkunftshütten, Schlaf- und Verpflegungsstätten für diese „mine boys“ gebaut. Da die Löhne gewöhnlich erst bei der Rückkehr in die Heimat ausbezahlt werden, dürfte sich der Einfluß des Witwatersrands bis nach Zentralafrika in einer Erhöhung der Kaufkraft auswirken.

In diesem Zusammenhange sei erwähnt, daß der enorme Verkehrsaufschwung zu einem „Korridorproblem“ im Innern Afrikas zu führen droht. Die von Salisbury über Tete nach Fort Jameson, Dedza und Blantyre laufenden Straßen durchschneiden nämlich jenen Zipfel am Zambesi, den sich Portugal im vergangenen Jahrhundert trotz englischer Drohungen und Ultimaten zu sichern wußte. Trotz aller Höflichkeit der portugiesischen und englischen Beamten ist das Passieren von vier Zollämtern auf einer Tagesfahrt, sowie der Fährenbetrieb über den Zambesi, zeitraubend und kostspielig. Von den Hotelwirten von Tete abgesehen, haben die Portugiesen wenig Vorteile aus diesem Nord-Südverkehr, während sie die Unkosten des Straßenbaues in einem bautechnisch recht schwierigen Gelände zu tragen haben.

Die Darstellung der Anziehungskraft, die Südafrika auf seine nördlichen Nachbarn ausübt, wäre unvollständig ohne Erwähnung der Eingeborenen- und der Wehrpolitik. Die strenge Wahrung der Rechte des weißen Mannes in der Union (was durchaus nicht gleichbedeutend ist mit einer Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung) gilt den englischen Siedlern bis hinauf nach Kenya als Vorbild. Wenn man auf den Lupa-Goldfeldern in Deutsch-Ostafrika den Schwarzen Goldschürferrechte gab und damit dem Golddiebstahl Tür und Tor öffnete, oder wenn die Fünferkommission vor lauter Gewissenhaftigkeit jeden Kaffernhäuptling um seine Meinung fragte, ob er ein Großrhodesien wünsche, so richteten sich eben aller Augen voller Neid, aber auch voller Hoffnung nach der Südafrikanischen Union, wo der Schwarze grundsätzlich nicht in Dingen mitzureden hat, die ausschließlich zur Lebenssphäre des Weißen gehören. Die offizielle Eingeborenenpolitik bei den nördlichen Nachbarn ist darum Wasser auf die Mühlen der Union.

Der jüngste Trumpf, den Südafrika in die Waagschale zu werfen hat, liegt auf militärischem Gebiete. Der abessinische Krieg hat ganz Afrika südlich der Sahara elektrisiert; Verteidigungsfragen nehmen seitdem in Presse und Versammlungen einen breiten Raum ein. Wäre die britische Flotte im Kriegsfall irgendwo festgehalten, könnte nur Südafrika den Schutz der nördlichen Gebiete übernehmen. Regierungsvertreter haben bereits des öfteren angekündigt, daß die Union „aus Eigeninteresse“ zur Verteidigung der britischen Kolonien bereit sei, wobei dahingestellt sein mag, welche Rechnung den Schutzbefohlenen präsentiert werden würde.

Südafrikas Einfluß im Norden ist trotz allem, was die Länder voneinander trennt, im Steigen begriffen. Er ist ein Magnet, der die Nachbarn jenseits des Limpopo in seinen Bann zwingt. Dagegen könnte das Colonial Office nur bei einer grundlegenden Änderung seiner Politik das verlorengegangene Vertrauen zurückgewinnen. Nur bei einer Wandlung seiner Kolonialmethoden wird England auf die Dauer dem Verlust seiner Zambesikolonie an die Südafrikanische Union vorbeugen können. Dazu gehört die Einsicht, daß das Zeitalter der Kolonisation durch große Gesellschaften zu Ende ist, und daß sich mit einer liberalistischen Wirtschaftspolitik, die weder die Produktion auf dem Markt abstimmt noch redliche Absatzpreise verbürgen kann, die Schwierigkeiten nicht länger meistern lassen. Durch die Wegnahme deutscher Kolonien hat sich England zu viel zugemutet, und die Entwicklung der eigenen Besitzungen ist um Jahre aufgehalten worden. Wie die Dinge heute liegen, ist es durchaus denkbar, daß England einmal den Verlust seiner eigenen Kolonien im südlichen Afrika an die Vormacht des Subkontinents wird buchen müssen.

ALBRECHT HAUSHOFER:**Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

So spannungsreich die weltpolitische Lage sowohl in der atlantischen wie in der pazifischen Zone in dem Sommer ist, der die fünfundzwanzigjährige Erinnerung an den Ausbruch des Weltkriegs in sich trägt, so kurz können wir den Bericht fassen, der im Juli 1939 erscheinen soll. Gegenüber dem Bild, das wir in den letzten Berichten gezeichnet haben, sind lediglich einzelne Züge zu ergänzen. Wir setzen diese Einzelheiten nunmehr hintereinander, ohne noch einmal den Versuch zu machen, sie zu einer Gesamtdarstellung zu verbinden. Das letztere scheint uns im Augenblick nicht nötig zu sein.

Der Übergang des Sandschaks von Alexandrette (oder der Republik Hatay, um den kurzlebigen Ausdruck zu gebrauchen) an die Türkei hat sich vollzogen. Ein großer Teil der arabischen und der armenischen Bevölkerung ist geflüchtet. Daß sich in der arabischen Welt eine steigende Frankreich- und Englandfeindlichkeit bemerkbar macht, versteht sich von selbst. In Syrien regiert der französische Hohe Kommissar wieder einmal ohne parlamentarische Fassade. Schwer zu beurteilende Meldungen wollen wissen, daß gemeinsame Schritte der Regierungen von Saudi-Arabien und Irak gegenüber den Mandatsmächten bevorstehen. Ob die Überwindung der tiefen und alten Stammesgegensätze, die innerhalb der arabischen Welt bestehen, ohne weiteres möglich ist, darf bezweifelt werden.

Ägypten zeichnet als Veranstalter einer ministeriellen Rundreise durch die Balkanländer, deren innere Zusammenhänge gleichfalls nicht völlig klar sind. Unterdessen hat der bulgarische Ministerpräsident Berlin besucht und ist auf seinem Rückweg am Sommersitz der südslawischen Regierung in freundlicher Weise aufgenommen worden. Währenddessen sprach die englische und französische Presse von der Dobrudscha.

William Strang ist noch immer in Moskau. England hat den sowjetrussischen Forderungen in der baltischen Frage nachgegeben, scheint jedoch in Ostasien noch nicht zu den weitgehenden Festlegungen bereit zu sein, die von Moskau gefordert werden. Das wahre Ziel der russischen Politik, einen Konflikt der europäischen Großmächte hervorzurufen, bei dem die Sowjets die Entscheidung über ihren eigenen Kriegseintritt sich vorbehalten, wird immer klarer.

Polen hat an Hand der englischen und französischen Garantien jeden Sinn für außenpolitisches Maß verloren. Der Gedanke an einen Krieg scheint Polen nicht zu schrecken. Man hat offenbar vergessen, daß es östlich der Curzon-Linie große Flächen gibt, die nicht von Polen bewohnt sind. Man scheint außerdem völlig zu vergessen, daß zwischen Boleslav Chobry und dem Obersten Beck einige Jahrhunderte verflossen sind. Auch mit englischer und französischer Hilfe dürfte es keine ganz leichte Aufgabe sein, ein volles Jahrtausend ostdeutscher Geschichte ungeschehen zu machen!

In England bemüht man sich, mit allen Formen der Demonstration — von der

Ministerrede bis zum Fernflug von Bombengeschwadern — die politischen und militärischen Absichten des Empire klarzumachen. Dabei geht äußerste Nachgiebigkeit in Ostasien mit einem geradezu provokativen Auftreten in Europa Hand in Hand. Der kritische Punkt scheint zur Zeit der amerikanische Senat zu sein, in dem innenpolitische Motive die außenpolitische Linie Roosevelts durchkreuzen. Die von Roosevelt gewünschte Abänderung der Neutralitätsgesetzgebung scheint vom Senat auf die lange Bank geschoben zu sein. Damit ist freilich nicht gesagt, daß sich der Eintritt der Vereinigten Staaten in einen Weltkrieg auch nur um Tage durch irgendwelche Gesetzgebung verzögern würde. Darin hat Expräsident Hoover völlig recht, wenn er sagt, daß kein Ausmaß von Gesetzgebung die Vereinigten Staaten aus einem Krieg heraushalten werde, wenn die Bevölkerung der Vereinigten Staaten nicht draußen bleiben wolle.

Colin Roß hat im letzten Heft dieser Zeitschrift in seinem Aufsatz „Amerika greift nach der Weltmacht“ von der Möglichkeit gesprochen, daß England in eine europäische Front gegen Amerika eingereiht werden könnte. Stellen wir diesen Gedanken die Ausführungen von Lord Lothian gegenüber, die wir in einem unserer letzten Berichte zitiert haben, so wird man sehen, wie völlig unmöglich eine solche Vorstellung den Engländern ist. Gewiß bestehen zwischen Engländern und Amerikanern große Unterschiede; gewiß bestehen Interessengegensätze vor allem wirtschaftlicher Art in Südamerika. Aber es ist noch immer das Axiom der britischen Außenpolitik, daß kein Interessengegensatz zu den Vereinigten Staaten eine ernsthafte Störung der guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern wert sei. In der Juli-Nummer der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ (einem für die Meinungsbildung der amerikanischen Außenpolitik höchst aufschlußreichen Organ) steht ein Aufsatz von A. L. Lowell, betitelt „The Frontiers of the United States“. Lowell ist kein Beliebiger: Präsidenten der Harvard-Universität haben in Amerika sowohl geistige wie politische Bedeutung. In diesem Aufsatz stehen einige Abschnitte, deren Übersetzung wir uns nicht versagen können, weil sie deutlicher als vieles andere das umreißen, was die Vereinigten Staaten als ihren Lebensraum betrachten (und wie sie sich dabei auch zu englischen Besitzungen stellen). Lowell schreibt: „Was Kanada betrifft, so weiß jedermann, daß keine feindliche Armee dort landen könnte, ohne Krieg mit uns; eine Abtretung kanadischen Landes an eine andere Macht ist unvorstellbar. Ebenso ist es klar, daß weder England, Frankreich noch die Niederlande ihren Anteil an Guyana einer europäischen Macht verkaufen könnten. Dasselbe gilt für die Inseln im Karibischen Meer oder am Saum des Atlantischen Ozeans. Könnte Frankreich den Besitz von Guadeloupe an Italien, England den von Jamaica, Bermuda oder Neufundland an Deutschland verhandeln? Klarerweise nicht. Obwohl diese Inseln in voller Souveränität besessen werden, würde ein solcher Transfer ein unfreundlicher Akt seitens des Verkäufers, er könnte ein feindlicher seitens des Käufers sein. Darüber bedarf es keiner offiziellen Erklärung: es ist selbstverständlich. Nicht, daß wir diese Besitzungen haben wollten! Im Gegenteil — abgesehen von dem gelegentlichen Fall einer kleinen Insel, die für die Vervollständigung unserer Verteidigung des Karibischen Meeres und des Panamakanals nützlich wäre — ziehen wir die gegenwärtigen Besitzverhältnisse durchaus vor unter der Voraussetzung, die heute praktisch anerkannt ist, daß die jetzigen Besitzer nicht ohne unsere Zustimmung darüber verfügen.“ Gibt es eine klarere

Bezeichnung einer politischen Hypothek? Noch aufschlußreicher ist aber das Folgende: „Gibt es nicht noch andere Inseln, an denen wir ein ähnliches, aber noch nicht so offensichtliches Interesse haben? Wie steht es z. B. mit den portugiesischen Inseln, den Azoren? ... Es ist klar, daß wir nicht ohne weiteres den Übergang der Azoren in die Hand eines mächtigen und möglicherweise feindlichen Staates dulden können. Weiter südlich und östlich liegen Madeira und die Kanaren, das erstere portugiesisch, die letzteren spanisch. Keine starke Nation würde diese erwerben und befestigen wollen ohne feindliche Absichten gegen jemand anders. Noch weiter südlich, nahe dem Westpunkt von Afrika, liegen die Kap Verden. Diese portugiesischen Inseln, obwohl sie leicht in einen starken Seestützpunkt verwandelt werden könnten, würden keine direkte Gefahr für uns bilden; aber das Bild würde sehr verschieden sein, wenn wir einmal von unseren freundlichen Nachbarn in Südamerika gerufen würden, um ihnen gegen einen europäischen Angriff zu helfen.“ — In diesem Stil geht es weiter. Von den Kap Verden wird die amerikanische Hypothek bis nach Island, im Stillen Ozean bis zu den Galapagos-Inseln ausgedehnt. Der so abgezielte ozeanische Lebensraum der Vereinigten Staaten ist reichlich groß. Man kann nicht sagen, daß er sich mit dem britischen überschneidet: in weiten Teilen des Atlantik decken sich die beiden. Die Erkenntnis von dieser Interessengemeinschaft des amerikanischen und des britischen Seereichs ist in allen politisch maßgebenden Schichten beider Länder herrschend. Der Traum einer Bekehrung Englands zu einer europäischen Solidarität mit den Achsenmächten hat keine Voraussetzung zur Verwirklichung, solange der Engländer sich nicht davon überzeugt, daß Amerika sein Feind sei. Hier aber stößt man auf psychologische Unmöglichkeiten, und die Antwort der meisten Engländer, wenn sie vor die Wahl einer politischen Abdankung zugunsten Deutschlands oder Amerikas gestellt würden, würde unzweifelhaft die Zustimmung zum Übergang der weltpolitischen Führung des Angelsachsentums an das militärisch unangreifbare und wirtschaftlich nahezu autarke Amerika sein. Vorläufig aber glaubt man, in engster Verbindung mit Frankreich, auf die Vereinigten Staaten gestützt, eine führende Rolle Großbritanniens in Europa durchhalten zu können — im äußersten Fall auch um den Preis eines Konflikts von unabsehbaren Ausmaßen.

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Zwischen dem atlantischen und dem pazifischen Gesicht der Alten Welt und ihrer tiefen politischen Bewegung, die auch raumpolitisch deutlichen Ausdruck suchte, war äußerlich scheinbar unbewegt der Indische Großraum im Frühjahr 1939 gelegen. Freilich hatte Indien in seinen politischen Äußerungen, geführt von dem geschickt im Sinne der Westmachtgruppe gespeisten Nachrichtendienst seiner Presse, zumeist in deren Sinn einen leidenschaftlichen kominternfreundlichen Anteil am Weltgeschehen bekundet. Sogar das nüchterne eigene Inter-

esse am baldmöglichen Durchstoßen zu Selbstbestimmung und Unabhängigkeit trat dagegen zurück. „Indien soll mit allen gewaltlosen Mitteln jedem Versuch widerstehen, es in einen imperialistischen Krieg zu verwickeln.“ Mit diesem Wortlaut hatte immerhin der Kongreßpräsident Subhas Chandra Bose mehr als einmal betont, daß für eine Beteiligung Indiens am Kriege dieser Zweck leitend sein müsse. Wie damit eine „hingebende Unterstützung“ der „demokratischen“ Kolonialmächte alten Stils und ihres faktischen, sogar in jeder statischen Weltkarte offensichtlichen Imperialismus und der Sowjets zu vereinigen sei, das herauszufinden bleibt dem regen, aber radikalen und etwas raumblinden Geiste des Sozialisten Jawaharlal Nehru überlassen, in dem die Gedanken nahe beieinander wohnen, dem aber die Sachen, die sich hart im Raume stoßen, fremder sind.

Desto deutlicher sind sie dem klugen, trotz aller Mahatmaeigenschaften weltkundigen Gandhi und seinem Anhang im Kongreß, der dem radikalen linken Flügel, den kleinen lauten Gefolgschaften von Roy, Jawaharlal Nehru und auch Subhas Ch. Bose selbst im Kongreß von Tripuri durch Annahme der gegen das autokratische Regiment des Kongreßpräsidenten gerichteten Entschließung Pant eine empfindliche und weithin sichtbare Niederlage beibrachte. Damit verlor Einfluß und Verstiegtheit der radikalen Phantasten etwas an Boden — zum großen Glück Indiens, das der linke Flügel bei freierem Spiel wohl dem Los der Sowjetbürger entgegengeführt hätte. Dennoch weiß man in England an führender Stelle genau, wie gefährlich diese Lage ist; ein geopolitisches Zeichen dafür ist die Indien vermeidende Empireluftverbindung von Australien nach Ostafrika durch den Indischen Ozean, die im Juni von Onslow über die Cocosinseln, Diego Garcia im Chagos Archipel, Mahé in den Seychellen und Mombassa durch Amerikaner ausprobiert werden soll. Überall dort, namentlich in Port Victoria auf den Seychellen, können leicht Flughäfen eingerichtet werden; das Ganze ist eine gemeinsame britisch-us. amerikanische Basis gegen einen etwa von innen oder außen gefährdeten Indischen Großraum, den man vom normalen Gefüge der Imperial Airways, der Air France, von Singapore, Trincomali, Aden und Persergolf aus nicht mehr niederhalten könnte.

Kluge geopolitische Vorsicht und nahöstliche wie fernöstliche Erfahrung baut vor, ebenso wie bei den südpazifischen Flugverbindungen.

So legt sich ein anglo-amerikanisches Reserve-Fluggewinde um die Welt! Die in ihrer symptomatischen Bedeutung in Europa zu wenig gewürdigte Niederlage des bolschewistischen, internationalistischen radikalen linken Kongreßflügels in Tripuri war ein Sieg des indischen Blutes und der indischen Erde, von „Blut und Boden“ über die Wahnideen bolschewistischer und marxistischer Lehren, über ihren verstädterten, bodenfremd und raumblind gewordenen Teil — trotz aller Begabung von Führern wie Bose, Nehru, Roy u. a.

Diese reinliche Scheidung gestattet vielleicht einen Schluß auf die bedeutsame Frage, mit welchen Werten voraussichtlich ein seine Geschicke selbst bestimmendes Indien mit dem Raumgewicht seiner 4,7 Millionen qkm und dem Volksdruck seiner 370 Millionen in die Gestaltungen des Indischen Ozeans, mit bedeutenden Wirkungen auch auf den Atlantischen und Pazifischen Ozean und Eurasien einzusetzen ist. Geht es den Weg seines heute 28jährigen Brodelns, wie Chinas Gelbe



Erde nach dem Willen Lenins und seiner Apostel, oder wird es rassen- und raumpolitisch fest genug auf dem eigenen Boden stehen können, um in nicht zu ferner Zeit außenpolitische Strahlung statt Hereinziehens fremder Machtwirbel zu bewirken?

Wie hoch die Ziele gesteckt werden, dafür gab etwa der wehrgeopolitische Vortrag von G. Sinha in Patna (Amrita Bazar Patrika, 21. 3. 1939, Anh. 1) einen Anhalt, der wenigstens zeigt, wie fruchtbar die indische wehrgeopolitische Erfahrung ausgewertet werden kann. Einen Maßstab für das wiedererlangte Selbstgefühl gibt der greise Inderfreund C. F. Andrews in „The true India“ (Anh. 2. London, 1939 Allen and Unwin, 246 S.; 6 sh. oder 3,6 Rupien).

Wo es am meisten fehlt, zeigt B. P. Adarkar: „If war comes“ (Anh. 3. Indian Press, Allahabad) und „The Indian monetary policy“, Allahabad, Kitabistan. Anh. 4) — ein Dozent der Universität in Allahabad, der offenbar ebenso weiß, wo Indien der Schuh drückt, wie R. U. Parmar mit seiner Studie „Technique of rural reconstruction“ (Anh. 5. N. S. Telang, Jayant Publishg. Co., Fort Bombay, 1 Rupie). Hier empört sich die Stimme der indischen Landwirtschaft, mit ihrer Volksmasse von 89—80% der Bevölkerung hinter sich, gegen den Grünen Tisch der Politiker und die dünne, sie bevormundende Herrenschaft verstädterter Menschen, die im Kongreß ebenso stark vertreten ist, wie ehemals an den großen indischen Höfen, die nur Akbar mit seiner Agrarsteuerreform durchbrach. Wer wird überhaupt in einem sich selbst bestimmenden und dann weltpolitisch alsbald wichtig werdenden Indien den Ton angeben, das arische oder das drawidische Blut? Erhält das dunkle Blut auch weiterhin Zuschüsse aus den ganz früh von ihm abgespaltenen oder doch durchgehaltenen Reserven der Aboriginalstämme, für die Dr. B. S. Guha (Anh. 6. Amrita Bazar Patrika 2. 3. 39) eine eigene Zentralabteilung in der Regierung fordert? Sie bilden heute mit etwa 221½ Millionen 61½% der indischen Volksmasse. Guha meint aber, wenn man die ihnen nahestehenden Schichten heranziehe, komme

man auf das Doppelte und Dreifache, also auf etwa drei Viertel der Mohammedaner in Indien, die einen so zwingenden Einfluß auf dessen Geschichte geübt haben und heute noch üben.

Drei große, in der Blutführung aber grundverschiedene Gruppen werden räumlich unterschieden: die etwa 3 Millionen der nördlichen und nordöstlichen Stämme, mongoloid, tibeto-chinesische Sprachen sprechend, mit einer brachycephalen Gruppe in den Subhimalayalandschaften, und einer dolichocephalen vornehmlich in Assam. Die erste scheidet sich wieder in einen hochwüchsigen Schlag, wie er sich in Sikkim und Bhutan findet, und einen kleinwüchsigen paläo-mongoloiden in Birma und seiner Bergnachbarschaft; fast alle stellen ein vorzügliches Führer- und Kriegermaterial. Eine zweite Gruppe bevölkert die niedrigen Höhenzüge und Hochflächen zwischen dem Golf von Cambay und der Küste von Orissa mit etwa 18 Millionen. Sie sprechen „Austri“-Sprachen, mit Ausnahme der zu arischen und drawidischen Mundarten übergegangenen Bhils, Khols und Gonds. Sie gehören physisch zu einer proto-australoiden Rasse und sind den Ureinwohnern von Ceylon und Australien nah verwandt, mit starkem Negritoeinschlag, der sich mehr und mehr verliert. Endlich wird eine dritte, südliche Gruppe von wenig mehr als 100 000 Köpfen in den Bergketten des Südens der Halbinsel unterschieden, die korrupte drawidische Mundarten angenommen haben, als die primitivsten mit starkem Negritoeinschlag bezeichnet werden, wie die Kadars, Pulayans, Irulas, mit Haarkräuselung, wie die Zwergstämme Melanesiens. Im Verhältnis der Blutgruppen ähnelt I den Chinesen, II unterscheidet sich von III mit seinen Australzügen durch Hochfrequenz von B. Im Rassenaufbau spürt man I und II wesentlich stärker als III — namentlich in den unteren, aber auch oberen Kasten.

Von der Porträtreihe der Kongreßpräsidenten von 1885—1939 wirken nur 15 völlig rassenfremd auf Mitteleuropäer; die anderen könnten in europäischer Tracht nach dem Schnitt ihrer Züge in Ansammlungen kaum auffallen. Scharfes Anwenden oder erneutes Hereintragen rassenpolitischer Scheidungen — wie sie ja schon dem Kastenaufbau ursprünglich zugrunde lagen und dennoch das Aufzehren des hellen Blutes im heißen Land, das Zurücksinken des Ariertums und das Wiedervordringen des dunklen nicht hindern konnten —, würde also zu diesem kastenmäßigen und dem religionspolitischen Gegensatz, der immer noch scharf gärt, noch einen weiteren, wahrscheinlich unüberwindlichen Spaltpilz fügen, weshalb ja auch die ganze Front, die zur Unabhängigkeit strebt, bewußt alle diese Gegensätze auszugleichen und zurückzustellen sucht. Daher zum Teil ihre Bevorzugung demokratischer Motive oder der kulturpolitischen Spaltungsbegünstigung der Sowjets, die den Macht- und Wirtschaftszwang ihrer Großräume für genügend halten und deshalb z. B. das Zurückgehen der russischen Sprache in Eurasien in den Kauf nehmen.

Andererseits zeigte die Behandlung der Inderfragen über See (Anh. 7: Annuaire Bazar Patrika, 17. 3. 1939) in der Gesetzgebenden Versammlung in Neu-Delhi anlässlich der Streichungsanträge von T. S. A. Chettiar, daß man über See keine Differenzierung zu dulden willens ist, obwohl die Schilderung der schlechten Behandlung der Inder in Afghanistan abgeschnitten wurde, da sich die Aussprache nur auf Inder innerhalb des britischen Weltreichs ausdehnen dürfe. Damit waren Südafrika, Australien und Kanada dem ersten Ansturm wegen ihrer Behandlung de-

Inder ausgesetzt, in zweiter Linie Ceylon mit seinen Madrassis, Sansibar, Malaya, Kenya und Fiji. Die Gesamtzahl der Außeninder wurde von Thirumala Rao auf 21½ Millionen angegeben, die größtenteils auf das britische Reich verteilt waren.

In Britisch-Guyana werden 50% aller Inderkinder als illegitim betrachtet, weil die indischen Formen der Eheschließung dort nicht anerkannt werden!

Den ganzen März scheint ein intensiver Papierkrieg zwischen Indien und Südafrika ausgefüllt zu haben; und groß war sichtlich die Furcht der Regierungsvertreter vor den angedrohten Vergeltungsmaßnahmen. War schon innerhalb eines Reiches der Gewürzkrieg Indiens gegen Sansibar eine Seltsamkeit, so gewiß der Kokosnußkrieg Südindiens gegen Ceylon mit Gegenzollkrieg Ceylons gegen Indien i. G. mit dem Übel der wilden Schwankungen in den Koprpreisen und ihrem Rückschlag auf die südindische Landwirtschaft.

Aber auch fester gefügte Reiche unterliegen geopolitischen Spannungen.

Eine echt geopolitische Zerrung innerhalb des Japanischen Reiches zwischen seiner ozeanischen Natur, deren Vorkämpfer naturgemäß die Marine ist, und seiner festländischen, kontinentalen, die das Landheer zur Zeit weit China-einwärts trägt, müssen wir deshalb berühren,

weil sie an das innerste Gefüge und die Standfestigkeit des ganzen Antikominternverbandes rührt, die man obendrein von den Westmächten aus, von Amerika und Eurasien her gleichmäßig zu lockern, womöglich zu erschüttern strebt.

Sie findet sich berührt in einer Denkschrift des japanischen Marineministeriums mit dem Titel: „Aufbau einer neuen Ordnung in Ostasien und die Kaiserliche



Flotte“ (Construction of a New Order in East Asia and the Imperial Navy“ — Anh. 8 Transpacific, Tokyo, 16. 2. 1939, S. 4, 5, 6, 7). Diese Denkschrift hat noch dazu den Nebennutzen, daß sie die Streitkräfte zur See und in der Luft aller anderen nahe beteiligten Mächte mindestens so angibt, wie man sie in Japan einschätzt, z. B. die U-Bootflotte in Wladiwostok mit 60 Stück und 1500 Flugzeugen im Fernen Osten von im ganzen 6000, die Zufahrtwege durch die Dardanellen, den Nordweg.

In der Denkschrift wird dem Volk nicht nur die Riesenleistung der Flotte durch ihre Landungstruppen, ihre Flugstreitkräfte, ihr Abschneiden der chinesischen Schifffahrt, ihr Freihalten des Kriegstheaters, ihr Zusammenspiel mit dem Landheer, ihre Stromfeldzüge auf Yangtse und Perfluß zum Bewußtsein gebracht, sondern vor allem das Fernhalten des Fremddruckes dritter Mächte, an dem sich alle, bis auf Deutschland und Italien, beteiligt haben. 38 wichtige Entwicklungsrohstoffe fehlen Japan; unter diesen liefert der Kontinent nur Kohle, Eisen und Salz in genügender Fülle. Baumwolle, Wolle, Holz, Kautschuk, Öl in der Hauptsache, aber auch Kupfer, Phosphor, Potasche, Zinn, Sulfate, Gold, Bauxit müssen über See gesucht werden. Als Volksdruck wird für Japan das Fünffache des deutschen, das Sechsfache des italienischen auf die Einheit fruchtbaren Ackerbodens errechnet, bei dreifachem Bevölkerungswachstum. Daraus ermessen sich die Aufgaben der Seemacht, die jene Lebensadern offen halten muß und dabei an der oberen Grenze ihrer Möglichkeiten schon im Fernen Osten allein zu leisten hat. Deshalb auch stellte der Marineminister Yonai so energisch jede ideologische Spaltung zwischen Landheer und Flotte in der Beurteilung des Chinazwischenfalls in Abrede — obwohl sie natürlich aus tiefsten geopolitischen Gründen bestehen muß, nur durch Kaiseridee und Staatsmannskunst überbrückt werden kann.

Deshalb schob die Marine mit solcher Vorsicht das Sperrviereck Formosa—(Taiwan)—Kanton—Hainan—Spratley-Inseln in das Zerrungsfeld des Austral-Asiatischen Mittelmeers, in die Südchina-See hinein und ermunterte den japanischen Unternehmer auf den Paracelinseln, seine Prioritätsansprüche gegenüber den Franzosen zu verfechten; deshalb auch wird das gemeinsame Auftreten britischer und us.-amerikanischer Seestreitkräfte vor Amoy so symptomatisch zu werten sein und ebenso das Verhalten der japanischen Seestreitkräfte zu ihnen (Anh. 9).

Viel mehr als das Landheer im allgemeinen sind sich die Leiter der Seestreitkräfte Japans der Hochspannung ihrer Lage bewußt; sie vermeiden deshalb (vielleicht gerade aus Loyalität) Bindungen, die über die Kraft gehen würden, so sehr sie bereit sind, den Antikominternsinn des Abkommens zu verstärken, falls die Sowjets irgendwie aktiv im Westen oder Osten ihre Grenzen überschreiten würden. Deshalb der Wunsch in Moskau, zu festen Abmachungen zu kommen, die automatisch Westmächte, Polen, Türkei, womöglich den ganzen Balkan und die USA. zum Losschlagen für ihre Zwecke bringen, das nur der Weltrevolution zugute käme.

So formt sich für die Westmächte ein Zusammenhang, der freilich mit Erhaltung von Kultur und Wirtschaft der Welt in ihrem vorgegebenen Sinne nichts zu tun hat, noch weniger mit dem Angleich der großen Altkulturen des indopazifischen Raumes an die Europas, der vielfach als Hauptaufgabe des 20. Jahrhunderts bezeichnet worden ist, Ziele, denen sich Europas kulturtragende Mächte in München genähert hatten.



Ein Satz aus dem Vortrag von Exz. Giuseppe Tucci im Rama Krishna-Institut über die Folgen, die der Kontakt zwischen Ost und West für Europa und Asien hatte, könnte ihnen zu denken geben: „Was vollends Religion und Religiosität betrifft, so hat ihr der Krieg einen schweren Schlag versetzt. Die Religion war unfähig, das Unheil zu verhüten...“ Die anschließende Kritik des Christentums im Lichte anderer asiatischer Religionen sollte bei dem hohen geistigen Rang des Tibet- und Buddhismusforschers Tucci Wort für Wort gelesen werden, um so mehr, als die Maßstäbe der raschen Entfernungsverminderung zwischen Asien und Europa und die ganze Wucht der Folgen mechanischen Kulturimports an den Weltanschauungswettbewerb und sein Tempo angelegt wurden.

Der am meisten leidende Teil dabei ist vorerst China.

An einzelnen Städteschicksalen haben wir unsern Lesern dauernd die Umwertungen, zumeist Verluste, vor Augen zu führen versucht, die Chinas Küsten- und Binnenplätze durch das Hin- und Herschieben der Fronten und Etappenwege erfahren. So haben wir mehrfach Schanghai und Hankau, Nanking, Kanton und Chungking geopolitisch gezeichnet. Nun erfüllt sich an Changscha und Kunming (Yünnanfu) ein grundverschiedenes Los, wie es Etappenhauptstädte treffen kann. Nach dem Fall von Hankau war Changscha — an seinem Stausee und am Endpunkt der Yangtse-Parallelbahn von Hangtschau südlich an Kiukiang vorüber zur Peking—Hankau—Kanton-Bahn gelegen — an Stelle Hankaus getreten und schnell von seiner halben Million Einwohner auf eine ganze aufgefüllt worden. Eine erste Welle ausgetriebener Flüchtlinge von 30 000 Köpfen, zu 800 km Evakuierungsfußmarsch gezwungen, war das erste Sturmzeichen, die rücksichtslose Vertreibung der Verwundeten das zweite, zu einem Stadtbrand im Stil von Moskau 1812 und entsprechendem Elend am 13. November 1938. Nun soll wieder aufgebaut werden; denn die Japaner, anders als Napoleon I., kamen gar nicht, sondern blieben 160 km entfernt. Ein Missionar zeichnet in den „Times“ das apokalyptische Bild: das Ergebnis des „Aschenprinzips“ — wenn es voreilig angewandt wird. Inzwischen sucht eine Scheinblüte Kunming, das alte Yünnanfu, heim, deren Auftrieb der „Transpacific“ schildert (Anh. 10, 9. 3. 39): „Yunnanfu becomes formidable Center.“ Es wird Endpunkt neuer britischer und französischer Fluglinien, nur drei Flugstunden von Chungking, mit einer Provinzialarmeeleistung von 170 000 Mann, durch Autobahn mit Lashio in Birma und Rangun, durch Kleinbahn mit Indochina verbunden, binnen zwei Jahren auch mit Birma, ist von Flakbatterien umgeben, hat einen Friedens- und Kriegsflughafen und eine aufblühende Rüstungsindustrie neben allen möglichen andern Fabriken und Werkstätten (Papier, Chemie, Glas, Nahrung, Erz). Die einst partikularistische, abseitige Haltung von Yünnan ist unter dem Druck der Not einer dort kaum erwarteten Opferwilligkeit gewichen, während Chungking sich auf schlechtes Wetter und Flugangriffe einrichtet.

Propagandakrieg und Nachrichtenbeeinflussung gehen im größten Stil vor sich und es ist bezeichnend, wieviel Mühe geopolitischer Feinarbeit auch zur Beeinflussung Indiens wie Chinas von England aus verwendet wird, so etwa in einem Sonntagsblatt von Lansing Warren über „Tunis als Schlüssel der Sahara, Suez — Europas Schlüssel zum Osten (David Johns) und Djibuti als Schlüssel zum Französischen Reich“ — nur um Italiens Wünsche zu durchkreuzen und zu diskreditieren. Eine ganze „Schlüssel“-Sammlung! Vgl. auch die achsenfeindliche, polenfreundliche Sonntagsnummer vom 30. 4. der ABP. (Anh. 11).

Oder man läßt, wie z. B. am 24. 2. 1939, Eugen Chen — unerfreulicher Angedenkens — über die „Antikominternoffensive“ in der „China-Times“ und bald darauf in „Amrita Bazar Patrika“ seine Ansicht entwickeln, daß Hitler, Großdeutschland, Mussolinis neues Römerreich und Japans Neuordnung Ostasiens notwendig die Zerstörung des Britischen und Französischen Reichs, die Entgliederung Sowjetrußlands, die Ausschaltung der Vereinigten Staaten als pazifische Weltmacht, die Auslöschung Chinas als selbständiger Staat — (von dem zunäch-

einmal aber die Sowjets $3\frac{1}{2}$ Millionen qkm abgerissen haben!) — und die praktische Liquidation der portugiesischen, belgischen und niederländischen Kolonialreiche zur Folge haben müsse, weshalb diese alle Kriegsführende im neuen Weltkrieg werden müßten, der nach seiner, Eugen Chens, Meinung bereits im vollen Gange sei „angesichts der ‚Totalitarian Offensive!‘“ — wie die Sache gedreht wird! „If you tell a lie, it must be a big lie and you have got to stick to it!“ (Wenn Sie schon eine Lüge sagen, muß es eine faustdicke sein, und sie müssen an ihr festhalten!) So sagte mir einmal im grimmigen Spott Lord Kitchener an seinem Kamin in Fort William beim Gespräch über Parlamentarier, Politiker und Diplomaten — und Eugen Chen zeigt, daß er alle diese Künste versteht. Dann läßt man Eduard Benesch in indischen Zeitungen über sein „armes Land“ sich verbreiten, über „Germany's big plan“ und den daraus entspringenden Wirbel des Geschehens; und schließlich schreibt noch ein strammer Flieger ein: „Judgment on German Africa“ (Anh. 12), das aus flugstrategischen Gründen beweisen muß, wie unmöglich die Rückgabe aller deutschen Kolonien ist. Damit wäre endlich die wahre Vogelperspektive erreicht! Wir erwähnen das alles aber nur, um Mitteleuropäern rechtzeitig die Augen zu öffnen, wie planmäßig umfassend vom Indischen und Pazifischen Ozean her die europäische Einkreisung unterstützt wird. Von den wilden Phantasien der us.-amerikanischen Schlagzeilen kann dabei füglich abgesehen werden. Gelegentliche Stichproben ersparen wir den Lesern nicht. Aber sie mögen nicht glauben, daß deshalb, weil ihnen jeder Blick in einen brauchbaren Atlas, jede Erinnerung an ein einigermaßen zuverlässiges Weltbild den Unsinn solcher Methoden entschleierte, das gleiche auch bei der weltpolitischen Unbildung des Mittelstandes unserer Gegner der Fall sei. Diese glauben den Schwindel — und das ist die Gefahr, daß ihre Massenangst und Dummheit das Unheil erzeuge!

Schrifttums-Nachweise

1. G. Sinha: „India's Man-Power. Military Factors in Political History.“ Amrita Bazar Patrika; 21. März 1939. Eingehendes Referat über einen am 18. März in Patna gehaltenen Vortrag voll wertvoller Aufschlüsse über die wehrgeopolitischen Anschauungen Jung-Indiens. Erkenntnis des Fehlens kriegsphilosophischer und wehrgeopolitischer Schulung ist schon ein erheblicher Fortschritt — namentlich gegenüber der pazifistischen Kongreß-Phraseologie in einem Land, das auf die Dauer durch bloßen Nichtwiderstand schwerlich frei werden wird, außer die Waffenerfolge anderer verhelfen ihm zur Freiheit, wie Polen — wofür „die Ansprüche befreiter Völker an Stelle von Dankbarkeit“ nach Bismarcks Erfahrungen nicht ausbleiben werden. „Wenn jemals ein Land ein Denkmal für den unbekannten Soldaten verdient hat, ist es Indien“, bei vielen ausreißenden Führern zu Pferd und auf Elefanten — wie Sinha nachweist!

2. C. F. Andrews: „The True India.“ London 1938, George Allen & Unwin. Ltd. 246 S.; Rpies. 3,6 oder 6 Sh. Vor allem eine Abwehr der vielen oberflächlichen Globetrotterurteile über Indien, z. B. Miß Mayos u. a. Amerikaner, wenn auch der Gedanke zu weit geht, es gäbe weltüber unterdrückte Klassen, das Problem der Frauenrechte, der Kinderheiraten, der Verarmung, religiöser Zwiste, wie zwischen Hindu und Muslim, Kastenvorurteile, Engfamilienwirtschaft usw. — nur würden sie anderswo nicht so in den Vordergrund gestellt, wie der Bespr. in ABP. meint.

3. B. P. Adarkar: „If War comes“, Indian Press, Allahabad und

4. Ders.: „The Indian Monetary Policy“, Allahabad, Kitabistan.

5. R. U. Parmar: „Technique of Rural Reconstruction.“ Publ. by N. S. Telang Proprietor. Jayant Publishing Company 75 Homji Street, Fort Bombay, 120 S. 1 R. Die Stimme der landwirtschaftlichen Not, der an ihrem Ertrag verzweifelnden Dörfler gegenüber der winzigen Intellektuellenschicht, die ihnen alle möglichen Theorien aufreden will, sie in ihrer eigentlichen Not aber stecken läßt. Verbesserungsvorschläge, vor allem durch Wegfall der Hemmungen, der Hintansetzung des Bauern überall, Ruf nach Marktordnung usw.

6. Dr. B. S. Guha's Plea for a Central Department. Amrita Bazar Patrika, 2. 3. 1939 „Aboriginal Tribes in India.“

7. The Indians Overseas. Abject Plight in Colonies. Assembly Debate. Sir Girija S. Bajpai's Statement (Regierungsvertreter) in Antwort auf den Antrag T. S. A. Chettiar über die Behandlung der Inder über See. Amrita Bazar Patrika, 17. 3. 1939.

8. Transpacific, Tokyo, 16. 2. 1939, S. 4—7, in Kritik der Kais. Japan. Marinedenkschrift: „Construction of a New Order in East Asia and the Imperial Navy“, dann Marineminister Yonai in Antwort auf eine Anfrage, daß es keine ideologische Spaltung zwischen Marine und Landheer in der Chinafrage gäbe.

9. Vgl. u. a. „Japan Times Weekly“, Bd. II, Nr. 17, S. 579: „South China Sea Islands“ über die am 18. 4. amtlich angekündigte Unterstellung der Shinnan Gunto (Spratley Ins. unter Takao, Taiwan ab 30. 3. 1939. Mit genauer Lagenangabe: Zwischen 7 und 12 Grad nördlicher Breite und 111 und 117 Grad östlicher Länge. Rund 1200 km südlich von Taiwan (Formosa); 432 km östlich der Kamran-Bucht in Indochina; 1344 km südöstlich von Hongkong, mit einer eigenen Ausdehnung von 480 km: trotz der Kleinheit der Einzelobjekte doch ein rechter Stein im Froschteich, der die Wehrausdehnung des Reiches nach Süden um einige 1600 km streckt!

10. Transpacific, Tokyo, 9. 3. 1939: Yunnan-Fu becomes Formidable Center. Strategic Provincial Capital takes Place of Canton and Hankow.

11. Amrita Bazar Patrika. 30. 4. 1939. Sonntagsnummer mit den Beiträgen von Frank Potcairn: „The Axis Plans Can Be Defeated“ und Edward J. Lavells: „Polands Part on the European Stage“, wobei in einer Karte von Europa Corfu bereits als britischer Flottenstützpunkt mit der gleichen Signatur wie Gibraltar, Malta und Cyprus eingetragen ist!

12. G. L. Steer: Judgment on German Africa, London, Hodder & Stoughton, 12¹/₂ Sh. mit „Times“-Besprechung vom 2. Mai, S. 19.

RUPERT VON SCHUMACHER: Kurznachrichten

ÄGYPTEN. — Der ägyptische Außenminister Yehia Pascha hat längere Besprechungen in Ankara, Sofia und Bukarest geführt.

ALANDSINSELN. — Der Einspruch der Sowjetunion gegen die Remilitarisierung der Alandsinseln (siehe Z. f. G. 6/1939, S. 458) hat die Lösung der Alandsfrage verzögert. Die schwedische Regierung hat ihre diesbezüglichen Anträge im Reichstag zurückgezogen. Der finnische Reichstag hat das Wehrpflichtgesetz für die Alandsinseln angenommen, der äländische Landtag hat jedoch die Einführung der Wehrpflicht abgelehnt.

ALBANIEN. — Die neu erlassene Verfassung erklärt Albanien zur konstitutionellen Monarchie. Der Thron ist im Hause Savoyen erblich. Doppeladler und Liktorenbündel bilden die Nationalflagge. Albanisch ist offizielle Landessprache. Die albanischen Truppen wurden in die italienische Armee eingereiht.

ÄTHIOPIEN. — Die Goldgewinnung im Gebiet von Uollega wird künftig 600—800 kg jährl. betragen. Die Platingewinnung im Gebiet von Lubdo wird mit 200 kg jährl. dem italienischen Bedarf decken.

BELGIEN. — In einer außenpolitischen Kammeraussprache bekannte sich Ministerpräsident Pierlot neuerdings zur Neutralität des Landes. „Die einzige Kriegsmöglichkeit für Belgien besteht in der Verteidigung des eigenen Landes.“ — Der neue Albert-Kanal wurde von einer Dammbruchkatastrophe heimlich gesucht.

BRITISCH-INDIEN. — Eine Konferenz von 100 indischen Fürsten und Staatsministern hat den Vertragsentwurf für den Beitritt der indischen Staaten zu der allindischen Bundesverfassung abgelehnt. Man glaubt jedoch, daß die indischen Staaten damit die Tür für neue Verhandlungen nicht geschlossen haben.

CHINA. — Wang Tsching-wei, ein alter Mitkämpfer Tschiang Kai-scheks, der Tschunking freiwillig verlassen hat, um sich in den Dienst der Friedensvermittlung zu stellen, hat einen neuerlichen Friedensvermittlungsauftrag erlassen. Die Regierung in Tschunking hat Haftbefehl gegen Wang erlassen. — Gegen die Erneuerungsregierung in Nanking wurde ein Giftmordanschlag verübt. — Die Deiche am Gelben Fluß sind unter japanischer Leitung wiederhergestellt worden. — Die Zwischenfälle zwischen Japanern und Engländern mehren sich und haben sehr ernste Formen angenommen. Die Lebensmittelblockade gegen Kulansu dauert an. In Putung, einer Vorstadt Schanghais, außerhalb der Konzessionen, gingen britische Soldaten gegen streikende Chinesen in britischen Spinnereien vor. Japanischer Einspruch nötigte die Engländer zum Rückzug. Bei Hongkong wurde der britische Dampfer „Ranpura“ von den Japanern angehalten. In Tientsin weigerten sich die britischen Konzessionsbehörden, chinesische Terroristen an die Japaner auszuliefern. Die Japaner erklärten daraufhin am 14. Juni die Blockade und schlossen die englischen und französischen Konzessionen ein. Die Tientsiner Vorfälle haben die japanisch-englische Spannung außerordentlich verschärft. Auf die täglichen Anfragen im Unterhaus konnte die britische Regierung nur ausweichende Antworten geben. Auf englischen Wunsch eingeleitete Verhandlungen in Tokio sind von japanischer Seite sofort unter die Devisen gestellt worden, daß es nicht mehr auf die Auslieferung der chinesischen Terroristen, sondern auf eine umfassende Regelung der englischen China-Politik ankommt. England müsse seine Unterstützung Tschunkings und die Politik der Unterminierung der japanischen Maßnahmen aufgeben sowie eine positive Haltung zur chinesischen Erneuerungsregierung einnehmen. Zur Unterstreichung dieser Einstellung wurde die Blockade Ende des Monats weiter verschärft. — Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich am Jangtse, wo britische Truppen entgegen den Abmachungen eine Landung von Waren erzwingen. — Als Antwort auf die englisch-französischen Generalstabsbesprechungen in Singapur besetzten die Japaner den chinesischen Hafen Swatow, womit der letzte wichtigere Hafen des Tschunking-Regimes unter japanische Kontrolle gestellt wurde. Ferner wurden die Häfen Futschau und Wentschau besetzt. Die Ausländer wurden aufgefordert, diese Häfen zu verlassen. Auch hier wurden blockadeähnliche Maßnahmen ergriffen. — Japan hat die südlich von Schanghai gelegenen Tschusan-Inseln besetzt. — In Nordchina mehren sich die englandfeindlichen Kundgebungen der Chinesen. Auch in Schanghai machen sich Anzeichen einer antibritischen Stimmung bemerkbar.

— Nach Meldungen der japanischen Presse ist die chinesische Erneuerungsregierung bereit, Hongkong von den Engländern zurückzukaufen. Die Regierung Tschiang Kai-scheks hat beim britischen Botschafter Protest wegen der Auslieferung von zwei chinesischen Terroristen an die japanischen Behörden durch die Engländer erhoben. — In dem unter sowjetrussischer Kontrolle stehenden Sinkiang (Chinesisch-Turkestan) nimmt die englandfeindliche Propaganda zu. Der britische Generalkonsul in Kaschggar hat sich nach Urumtschi begeben, um die Lage der Engländer in den südlichen Oasen zu erkunden. Die Britisch-Inder in Sinkiang werden von der dortigen Bevölkerung zum Verkauf ihres Eigentums und zur Auswanderung gezwungen. — Die Vorfälle in Ostasien finden nach offiziellen Erklärungen nicht das vordringliche Interesse der amerikanischen Regierung. — Die englisch-französisch-russischen Einkreisungsverhandlungen sind durch die Ereignisse von Tientsin empfindlich gestört worden. — Am 16. Juni wurde in Moskau ein Handelsvertrag zwischen der Tschunking- und der Sowjetregierung unterzeichnet.

DANZIG. — Die Danziger Regierung hat an Polen eine Note mit dem Verlangen gerichtet, daß die in Danzig stationierte, 120 Mann starke und mit der Uniform des polnischen Grenzschutzkorps ausgestattete polnische Zollwache auf den ursprünglichen Stand von 6 Mann reduziert werde. — Am 17. Juni fand in Danzig eine Riesenkundgebung unter Teilnahme der gesamten Bevölkerung statt, auf der Reichsminister Dr. Goebbels über den Wunsch der Danziger nach Heimkehr ins Reich sprach. Die Kundgebung wurde zu einem unerhört machtvollen Bekenntnis des Danziger Deutschtums für den Führer, das Reich und den Heimkehrwillen.

DEUTSCHLAND. — Zwischen dem Reich und Italien wurde Ende Mai eine Reihe von Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. — Am 31. Mai wurde in Berlin der deutsch-dänische Nichtangriffspakt unterzeichnet. Der Pakt wurde von den beiden dänischen Kammern fast einstimmig angenommen. — Am 6. Juni wurden in Berlin der deutsch-estnische und der deutsch-lettische Nichtangriffspakt unterzeichnet. — Am 1. Juni trafen Prinzregent Paul und Prinzessin Olga von Jugoslawien zu einem längeren Staatsbesuch in Berlin ein. Die gelegentlich des Besuches geführten politischen Besprechungen standen offiziell im Zeichen der Freundschaft der beiden Länder. — Am 31. Mai trafen in Hamburg 5000 Mann der deutschen Freiwilligenlegion „Condor“ aus Spanien ein. Sie wurden von Generalfeldmarschall Göring feierlich empfangen. Am 6. Juni fand die Parade der Spanienkämpfer vor dem Führer in Berlin statt. Mit den Spanienkämpfern kam eine Abordnung spanischer Armeeführer zu Besuch ins

Reich. — Zwischen der deutschen und italienischen Luftwaffe und Kriegsmarine fanden umfangreiche Generalstabsbesprechungen statt. — Am 28. Juni wurde in Berlin die britische Antwort auf das deutsche Flotten-Memorandum von April überreicht. — Am 11. Juni gab Generalinspektor Dr. Todt bekannt, daß der Westwall durch eine dritte Linie verstärkt wird. — Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 17. Mai 1939 betrug die Bevölkerung im Reichsgebiet ohne Memelland und Protektorat 79,6 Millionen Einwohner. Einschl. Memelland (rund 153 000), wo die Zählung nachgeholt wird, und Böhmen-Mähren (6,8 Mill.) beträgt die Volkszahl des Reiches 86,6 Mill. Gegenüber den letzten Zählungen im Altreich, im Saargebiet, in Österreich und im Sudetenland hat die Volkszahl um rund 3,2 Mill. oder 4%, vor allem infolge des Geburtenüberschusses im Altreich, zugenommen. Die Bevölkerungsdichte ist von 131 Einwohner je qkm auf 136,4 je qkm gestiegen. Eine höhere Bevölkerungsdichte weisen in Europa nur Belgien, die Niederlande, England und Italien auf. In Europa (ohne Sowjetunion) ist Deutschland der volkreichste Staat. — Für das Protektorat Böhmen-Mähren hat das Reich mit einer Reihe europäischer Staaten Zahlungsverträge nach dem Grundsatz des freien Zahlungsverkehrs abgeschlossen.

FRANKREICH. — Es wurde die Aufstellung eines „Fremdenkorps“ verordnet, in dem alle in Frankreich lebenden Ausländer im Kriegsfall freiwillig dienen können. Die Staatenlosen unterliegen dagegen der allgemeinen Wehrpflicht. Die Eingeborenen Äquatorial-Afrikas erhielten nach dem Vorbild von Madagaskar und Franz-Westafrika nach Erfüllung ihres Wehrdienstes das Wahlrecht für Sondervertretungen in den Verwaltungsräten und Notabelnversammlungen der Kolonie. — Die Vertreibung und die freiwillige Abwanderung der Italiener aus Frankreich und Franz-Nordafrika nimmt immer größeren Umfang an. Nach einer Meldung des „Giornale d'Italia“ lagen Mitte Juni 100 000 Gesuche um Rückwanderungserlaubnis in Rom vor. — Am 23. Juni wurde nach dem Muster des englisch-türkischen Paktes ein französisch-türkischer Beistandsvertrag abgeschlossen, in dem sich die beiden Staaten zu gegenseitiger militärischer Hilfe „im Falle der Notwendigkeit“ verpflichtet. Als Preis für den Pakt willigte Frankreich in die sofortige Abtretung der Republik Hatay (des Sandschaks Alexandrette) an die Türkei ein. Die Grenzziehung zwischen Syrien und der Türkei ist noch nicht veröffentlicht. Frankreich und die Türkei garantieren sich gegenseitig die neuen Grenzen Syriens. In einer besonderen Note erklärt Frankreich, daß es in Syrien und Libanon nicht auf seine Mis-

sion zugunsten eines Dritten verzichten wird. Der Pakt sieht auch Verhandlungen über eine Ausdehnung des Garantiesystems auf den Balkan vor. — Zwischen Frankreich und Japan wurde ein Handelsvertrag abgeschlossen, der die Handelsbilanz zugunsten Japans ändert.

GROSSBRITANNIEN — Das englische Königspaar ist aus den USA. über Kanada wieder nach England zurückgekehrt. — Die Stockungen in den Verhandlungen mit Moskau haben in der englischen Öffentlichkeit lebhaft Besorgnisse ausgelöst. — Zur Zeit läuft eine britische Propagandawelle ab, die die Ablehnung der Einkreisung zum Gegenstand hat. — Als Ursache zahlreicher Großbrände in London und englischen Provinzstädten wird Brandstiftung durch die Irische Republikanische Armee vermutet. — England und USA. haben einen Tauschvertrag über kriegswichtige Rohstoffe unterzeichnet. Die USA. liefern 600 000 Ballen Baumwolle an England, das dafür 80 000 t Kautschuk an die USA. überläßt. Beide Teile verpflichteten sich, diese Rohstoffe sieben Jahre zu stapeln, sofern kein Kriegsfall eintritt. — In London verhandelten eine polnische und eine türkische Militärmission.

IRLAND. — In Belfast verbrannten irische Revolutionäre, zum Protest gegen die englische Herrschaft in Nordirland, öffentlich 7000 Gasmasken. — Die irische Regierung verbot die Organisation der Irischen Republikanischen Armee. Heftige Demonstrationen in ganz Irland waren die Folge.

IRAN — In der zweiten Hälfte Juni wurde die 140 km lange Zweigstrecke Semnan-Germsar der Transiranischen Eisenbahn als erste der geplanten drei Zweigstrecken dem Verkehr übergeben.

IRAK. — Die britische Irak-Petroleumgesellschaft hat gegen verschiedene Begünstigungen der irakischen Regierung einen Kredit von 3 Millionen Pfund zur Behebung der irakischen Finanzschwierigkeiten gewährt. Eine weitere Anleihe von 3 Millionen Pfund wird die britische Regierung dem Irak für Rüstungsankäufe in England zur Verfügung stellen.

ITALIEN. — Anfangs Juni kehrten die letzten noch in Spanien befindlichen 20 000 Mann italienischer Legionäre nach Neapel zurück. In ihrer Begleitung befand sich der spanische Innenminister Sener. Große Kundgebungen, Empfänge und Trinksprüche gaben der italienisch-spanischen Solidarität Ausdruck. — Über den Einsatz der italienischen Hilfe in Spanien erfährt man aus „Le Forze Armate“, daß vom Dezember 1936 bis zum April 1937 100 000 Mann italienische Legionäre, 4370 Autos und 750 Geschütze mit 52 Schiffen auf 132 Reisen nach Nationalspanien geschafft wurden. Zur Störung der roten Transporte wurde vor allem die ita-

lienische U-Bootwaffe und im ganzen 149 Marineeinheiten in 870 Aktionen eingesetzt.

YEMEN. — Die jemenitische Stadt Schabwa wurde von britischen Truppen besetzt und Aden einverleibt.

MANDSCHUKUO. — An der mandschurisch-sowjetmongolischen Grenze kam es den ganzen Monat über zu schweren Grenzwischfällen zwischen mandschurischen und roten Truppen vor allem in der Gegend des Buir-Sees. Nach offiziellen Meldungen verloren die Roten 245, dagegen die Japaner nur 9 Flugzeuge in den Junikämpfen. Ursache der großen Verluste der Roten soll die Kriegsungeübtheit der Sowjetflieger sein. Als Gegenmaßnahme gegen die Überfälle zerstörten die Japaner die sowjetmongolische Luftbasis Tamsk.

POLEN. — Während der Pfingstfeiertage wurde die Abhaltung der deutschen Gottesdienste in der Kathedrale von Kattowitz durch polnische Demonstrationen verhindert. Auf Anordnung des Bischofs von Kattowitz mußten die deutschen Gottesdienste in Ostoberschlesien ab 25. Juni überhaupt eingestellt werden. — Die Aktionen gegen die deutsche Volksgruppe laufen in allen Teilen des Landes weiter. Sämtliche Organisationen der 50 000 Wolhyniendeutschen wurden verboten. Die Gebäude der deutschen Kasinogesellschaft in Bromberg und des deutschen Männergesangsvereins in Lodz, das evang. Vereinshaus in Posen, das deutsche Stadion in Kattowitz, das deutsche Gymnasium in Oderberg wurden enteignet usw. usw. Der Reichsdeutsche Sormik wurde in Ostgalizien von Terroristen ermordet. — In zahlreichen chauvinistischen Kundgebungen wurde der Einmarsch Polens in Ostpreußen, Pommern, Schlesien, ja bis zur Elbe gefordert. — Besondere Schikanen sind gegen die ukrainische Kulturorganisation „Proswita“ durchgeführt worden.

PALÄSTINA. — Wie jetzt bekannt wurde, haben die Juden eine Terrororganisation unter dem Namen „Nationale Militär-Organisation“ gegründet. Ihre Tätigkeit richtet sich gegen die Engländer, Araber und gemäßigten Juden. Sie ist der Urheber der schweren Bombenanschläge, die Ende Mai und während des Monats Juni zahlreichen Arabern das Leben kosteten. — Der Präsident der Abordnung der Palästinaaraber in Genf hat an den Präsidenten des Ständigen Mandatsausschusses der Genfer Liga, am 12. Juni eine aufsehenerregende Denkschrift über Einzelheiten der Foltermethoden der britischen Besatzungsbehörden eingereicht.

RUMÄNIEN. — Bei den Kammer- und Senatswahlen am 1. und 2. Juni sind von den 11 deutschen Kandidaten nur 5 gewählt worden. Dagegen wurden 7 Vertreter der ungarischen und 1 Vertreter der türkischen Volks-

gruppe gewählt. Die Bulgaren brachten keinen Kandidaten durch. Die Wahlen sind dadurch bemerkenswert, daß sich zum erstenmal eine große Anzahl Bauern unter den gewählten rumänischen Kandidaten befindet.

— Der rumänische Außenminister Gafencu wollte zu offiziellen Besuchen in Ankara und Athen. Es soll die Schwenkung der türkischen Politik zur Debatte gestanden haben. **SAUDIE.** — Auf Vorschlag König Ibn Sauds hat das Geheime Arabische Komitee unter Zustimmung der Vertreter des Hedschas, Iraks, Transjordanien und Palästinas der Türkei wegen ihrer Teilnahme an der Einkreisungspolitik einen Tadel erteilt. — Der Sondergesandte König Ibn Sauds, Khalid Al Hud, weilte am 17. Juni in Audienz beim Führer. Kurz danach wurde der Sondergesandte vom Duce empfangen.

SIAM. — Am 25. Juni wurde der Name Siam offiziell in Muang-Thai, d. h. „Land der Freien“ abgeändert. — Ein in Singapur erwarteter, als politisch bedeutsam bezeichneter Besuch der siamischen Luftwaffe wurde von Siam mit Rücksicht auf besondere Umstände abgesagt.

SINGAPUR. — Eine riesige Eisenbahnkatastrophe in der Nähe Singapurs wird nach englischer Vermutung auf Sabotage infolge der angeblich wachsenden brittenfeindlichen mohammedanischen Propaganda zurückgeführt. — In Singapur fand Ende Juni eine britisch-französische Wehrkonferenz statt, auf der Vertreter der beiden Länder aus allen fernöstlichen Abschnitten vertreten waren. Gegenstand der Beratung soll die Lage in China, der Aufbau einer gemeinsamen Wehrbasis in Singapur und die Stellung Siams gewesen sein.

SLOWAKEI. — Am 1. Juni anerkannte Japan die Unabhängigkeit der Slowakei.

SPANIEN. — Die Spannung zwischen Spanien und Frankreich wegen der Nichterfüllung des Jordana-Berard-Abkommens hält unvermindert an. Frankreich verweigert noch immer die Herausgabe des span. Goldes. — Die span. Presse beschäftigt sich ausführlich mit der für Spanien beleidigenden Stellung Gibraltars und Tangers. — Staatschef Franco hat es abgelehnt, den britischen Gouverneur von Gibraltar zu empfangen.

SOWJETUNION. — Die nun rund drei Monate währenden Moskauer Verhandlungen über das englisch-französische Ansuchen an die Sowjetunion, einen dreiseitigen Garantiepakt abzuschließen, sind, trotz der Entscheidung des britischen Sonderbotschafters Strang nach Moskau, noch nicht weiter fortgeschritten. Die Verhandlungen sind durch ständiges Einholen neuer Instruktionen seitens der englischen und französischen Unterhändler bei ihren Regierungen und durch eine zynische Begleitmusik der Sowjetpresse gekennzeichnet. Die Moskauer Forderung nach einer

Garantierung der baltischen Länder wurde bald durch eine weitere Forderung nach einer Fernostgarantie ergänzt. Die Verhandlungstrümpfe sind völlig in der Hand der Sowjetregierung. Es ist nicht abzusehen, welche Zugeständnisse England und Frankreich noch machen müssen. — Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom Januar 1939 beträgt die Bevölkerung der Sowjetunion 170 467 186 Einwohner (1926: 147 027 915). Der Anteil der Stadtbevölkerung beträgt 32,8% (1926: 17,9%). Die Bevölkerungszunahme seit 1926 beträgt 15,9%, sie bleibt jedoch in der Ukraine, Weißrußland und Kasakstan unter diesem Durchschnitt als Folge der Umsiedlungen und Hungersnöte, während sie in den Gebieten östlich des Ural infolge der Zwangsansiedlungen auf 33% steigt. — Der Wasserspiegel des Kaspischen Meeres ist in den letzten zwei Jahren um 1,5 Meter gesunken. Der Hafen Astrachan liegt heute 220 km von der Stadt entfernt (1895: 30 km). Als Ursache werden die radikale Abholzung der Uferwälder an den großen Strömen und die vor zwei Jahren fertiggestellte Anlage des Riesenstaubeckens an der Mündung des Moskwa-Wolga-Kanals angeführt, das mit seinen 320 qkm Fläche der Wolga zu große Wassermassen entzieht. Das Fallen des Wasserspiegels hat beträchtliche Behinderungen der Transportschiffahrt zur Folge.

TANGER. — Die französische Regierung hat die Aktienmehrheit des Senders von Tanger erworben.

UNGARN. — Die Parlamentswahlen im Mai erbrachten ein überraschendes Anwachsen der rechtsextremen Gruppen (43 Mandate). Die Regierungspartei besitzt 180 von 260 Mandaten. — Zwei Deutsche wurden gewählt. Ministerpräsident Teleki kündigte ein Autonomiegesetz für die Karpatenukraine an. — Auf Grund einer Grenzberichtigung mit

der Slowakei im Gebiet der Karpatenukraine erhielt Ungarn 1067 qkm mit 40 605 Einwohnern. Ungarn umfaßt jetzt 117 171 qkm mit 10 311 403 Einwohnern.

VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA. — Im Staate New-York wurde die Rassenschranke gesetzlich aufgehoben. — Auf der kanadisch-amerikanischen Konferenz in der St. Lawrence-Universität wurde der Vorschlag gemacht, Kanada und die USA. zusammenzuschließen. Die usamerikanische Presse beklagt, daß der britische Königsbesuch in Kanada das Dominion vom Anschlußgedanken wieder entfernt habe.

WELTPOSTVEREIN. — Deutschland, Italien, Ungarn, Spanien und der Vatikan haben den neuen, von der am 1. April 1939 in Buenos Aires zusammengetretenen Weltpostkonferenz aufgesetzten Vertrag nicht unterzeichnet. Die Konferenz hat die aufgelöste „Tschecho-Slowakei“ als vertragschließenden Staat aufgenommen.

ZYPERN. — An die britische Verwaltung wurde eine von mehreren Tausend Zyprioten gezeichnete Bittschrift mit dem Ausdruck der Unzufriedenheit der Bevölkerung über das derzeitige Regierungssystem übergeben.

Verweisungen: Bulgarien s. Ägypten — Dänemark s. Deutschland — Deutschland s. auch Danzig, Saudie — Estland s. Deutschland — Finnland s. Ålandsinseln — Frankreich s. auch China, Sowjetunion, Spanien, Tanger — Gibraltar s. Spanien — Griechenland s. Rumänien — Großbritannien s. a. China, Deutschland, Irak, Palästina, Sowjetunion — Hatay s. Frankreich — Irland s. a. Großbritannien — Italien s. a. Albanien, Äthiopien, Deutschland, Frankreich, Saudie — Japan s. China, Frankreich, Mandschukuo, Slowakei — Jugoslawien s. Deutschland — Kanada s. Ver. St. v. Am. — Lettland s. Deutschland — Polen s. a. Danzig, Großbritannien — Rumänien s. a. Ägypten — Schweden s. Ålandsinseln — Singapur s. a. China, Siam — Slowakei s. a. Ungarn. — Sowjetunion s. a. Ålandsinseln, China, Großbritannien — Spanien s. a. Deutschland, Italien — Syrien s. Frankreich — Tanger s. a. Spanien — Türkei s. Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Rumänien. (Abgeschlossen am 1. Juli 1939.)

SPÄNE

der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Sprechende Zahlen aus Mittel- und Fern-Ost: „Miseria humana vanitati humanae“

Bengalen — mit 50 Millionen E. — hat 30 bis 40 Millionen Malariafälle im Jahr, davon eine halbe Million mit tödlichem Ausgang (A. C. Chatterji, Kalkutta), das ist die Hälfte des Jahresverlustes Chinas im Kriege.

China-„Wirren“ haben jährlich einer Million chinesischer Soldaten das Leben gekostet, aber bis jetzt zwischen 50 und 60 Millionen heimatlos ins Elend gebracht, davon 16 Millionen als völlig mittellos und 6 Millionen Vollwaisen in öffentliche Unterstützung. In Tschungking hat eine Fliegernacht

mit 18 der „Wilden Kriegs-Adler“ (japanischer Ausdruck) oder „Schwarzen Todesvögeln“ (chinesischer Ausdruck) über dieser einen — allerdings auf steilem Rücken zwischen zwei Strömen und alten Riesenmauern eingepreßten — Stadt vom 3./4. 5. 1939 5000 Tote und 2000 Verwundete an harmlosen Zivilisten aus der nicht kriegführenden Bevölkerung und 2391 zerstörte Häuser gekostet (Yen Fu Ching, Tschungking). Der Bericht über ihre eigenen Eindrücke der Frau Chiang Kai-sheks liest sich wie eine Schilderung aus Dantes Hölle und zeigt, wie schätzungsweise und sicher hinter der Wirklichkeit diese Zahlen zurückgeblieben sind.

Dabei hat ganz China nur 9000 approbierte Ärzte und 6000 geschulte Schwestern — für 80, mindestens 450 Millionen.

In Schanghai allein ergab für die nächste Umgebung eine sorgfältige Aufnahme der chinesischen Industrie- und Werkstättenverluste als völlig zerstört: von 30 Baumwollwebereien 23; von 400 Seidenwebereien 300 — wobei nur 4 in der Fremdenkolonie im vollen Betrieb bleiben konnten; an Färbereien 19; an chemischen Fabriken 6; an Leifenfabriken 6; an Papierfabriken 5 völlig, 5 teilweise, nur 4 betriebsfähig; von 50 Strickereien 15.

An Druckereien waren 2 große schwer beschädigt, 200 mittlere und kleine völlig ruiniert, dazu alle 22 Holzhöfe und Lager, von 5 Großmühlen 8, von 18 Zigarettenfabriken 6, von Werften, Spezialmaschinenfabriken, Stahlwerken 3 große schwer beschädigt, über 100 ganz zerstört.

Der europäische Leser übersetze sich die Zahlen für Groß-Frankfurt oder Hamburg, Lyon, Köln, Mailand, Paris, Warschau, Wien u. B. und verdreifache sie — dann hat er richtige Vergleichsmaßstäbe.

K. Haushofer.

Rußland und die Garantie der baltischen Staaten

Wir hängen einen Brief an den Herausgeber der „Times“ vom 13. 6. 39 tiefer:

Der Russenpakt. — Ängste der Baltischen Staaten. — „Ein Brief eines Freundes, hervorragenden Publizisten — nicht britisch, nicht deutsch, jetzt in Finnland — betont einen Punkt, den ich bis jetzt noch nirgends in allen den Diskussionen der Presse erwähnt gefunden habe, die sich um die russische Forderung drehen, daß Britannien die Baltischen Staaten gegen einen Angriff garantiere.“

Die Bevölkerung dieser Staaten ist in ihren politischen Wünschen geteilt. Sie enthalten ein eingeborenes kommunistisches Element, das geschwind eine Gelegenheit zum Umsturz der an der Macht befindlichen Regierungen ergreifen würde — von Regierungen, die, auch wenn sie sozialistisch heißen (wie gegenwärtig mindestens in Finnland) — bürgerlich und antikommunistisch sind.

Das herrschende Bürgertum glaubt, daß Rußland alsbald einen internationalen Krieg betreiben würde, um Bürgerkrieg in diesen Ländern zu entfesseln und darin ein kommunistisches Regime aufzurichten. Lieber, als auf diese Weise „liquidiert“ zu werden, würde es deutschen Schutz anrufen. Aus diesem Grunde betrachtet es mit solchem Abscheu die Möglichkeit eines britisch-russischen Paktes, der Rußland einen Vorwand zur Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten geben würde. Schon stehen ihre Kommunisten auf den Zehenspitzen

der Erwartung. Die Möglichkeit, der wir also ins Gesicht zu sehen haben, ist nicht ein Eingreifen Deutschlands in ein Volk gegen seinen Willen, wie im Falle der Tschechen, sondern ein freiwilliges Überlaufen der herrschenden Klassen in das deutsche Lager als das geringere von zwei Übeln.

Das bolschewistische Rußland hat bis jetzt die bestehenden Regierungen in diesen Ländern an der Macht gelassen — zufrieden mit ihrer Neutralität. Aber im Fall eines Weltkriegs mag wohl sein, daß es nicht zufrieden ist damit, diese Neutralität auf der prekären Grundlage ihrer eigenen Geschicklichkeit oder Willigkeit zu ihrer Aufrechterhaltung ruhen zu lassen. Es mag Einmischung für eine Notwendigkeit erachten. — (Wer ist aber dann „Aggressor“?) — Wir könnten nicht sagen, daß Rußland unvernünftig handle, wenn es so handelt. (Aha!) — Es würde genau soviel Gefahr für Rußland bedeuten, wenn die Baltischen Staaten unter deutsche Kontrolle gerieten, wie für England, wenn Belgien unter deutsche Kontrolle geriete. Wir wissen, daß 1914 — wenn die Deutschen Belgien in seiner Neutralität mit voller Zustimmung des belgischen Volkes verletzt hätten — England dennoch zum Kriege geschritten wäre. Es scheint heute, daß Rußland fordert, wir sollten ihm Hilfe leisten, die Deutschen auszutreiben, auch wenn sie die finnische, estnische, lettische Neutralität auf Wunsch der gegenwärtig herrschenden Klasse überschritten — (D. h. doch der geltenden Staatsgewalt?). — Das kann doch nur heißen, daß Rußland mit den örtlichen Kommunisten zusammenarbeiten und sie in den Sattel der Macht setzen würde! Aber Britannien mag natürlich zurückzucken von einem Pakt, der uns binden müßte, unter gewissen Umständen eine nichtkommunistische Regierung über den Haufen zu werfen, die gesetzlich gewählt ist, in einem Lande, das vorzieht, neutral zu bleiben, und dafür eine kommunistische einzusetzen!

(Wo bleibt da die Selbstbestimmung der kleinen Völker und Staaten?)

In einem Atemzug Rußland eine Versicherung unserer militärischen Hilfe geben, falls einer der baltischen Staaten mit seinem eigenen Willen oder nicht unter deutsche Kontrolle übergeht, und den baltischen Staaten die Versicherung geben, daß sie keine Einmischung von russischer Seite in ihre inneren Angelegenheiten zu gewärtigen haben, das möchte doch ein Problem so schwierig wie die Quadratur des Zirkels sein. Wir wollen hoffen, daß es gelöst wird; aber die Ungeduld der Opposition, den Pakt geschlossen zu sehen, scheint uns eine Ahnungslosigkeit über die Probleme zu bedeuten, die dort alle Zeit gelauert haben.

Edwyn Bevan; Athenaeum; Pall Mall; London S. W.

K. H.

Ein Engländer zum Minderheitenproblem in Polen

Sir E. J. Russel: *Poland revisited*, reprint of an Address given to the Manchester Geographical Society, Manchester 1937, S. 34f.

Ein anderes wichtiges Problem, das die Einheit der Nation berührt, ist die Minderheitenfrage. Es ist für das englische Volk schwer zu verstehen, was ein Minderheitenproblem ist; in Polen aber verursacht es wirklich Unruhe. Etwa 30% der Bevölkerung kann als Minderheiten bezeichnet werden, 14% von ihnen leben hauptsächlich in Ostpolen als Ruthenen (auch Ukrainer oder Klein-Russen genannt). Sie wohnen hauptsächlich im Südosten. Etwa 4% sind Weiß-Ruthenen (oder Weißrussen), vorwiegend im Nordosten. Etwa 4% sind Deutsche und eine geringere Anzahl Litauer. Die wichtigste Minderheit sind die Juden, eine bestimmte gebildete Gruppe, die nahezu 10% ausmacht. Sie unterscheiden sich aber von der übrigen Bevölkerung in vieler Hinsicht, da sie stets abgesondert bleiben und den Eindruck machen, als ob ihre Ergebenheit in bewegten Zeiten nicht erwünscht wäre. Ihre Finanz- und Berufsmacht stehen in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl. Die patriotischen Polen stehen ihnen gereizt gegenüber. Wir haben in England kein Judenproblem und würden es für absurd halten, an der Aufrichtigkeit und Loyalität eines Mannes deshalb zu zweifeln, weil er Jude ist. Aber in Polen ist das nicht so; die Judenfrage besteht und hat bisher keine Lösung gefunden. Manches könnte sicherlich von den Juden selber getan werden, um den Argwohn zu mildern, mit dem sie betrachtet werden, und es ist aufrichtig zu hoffen, daß Polen nicht dem deutschen Beispiel folgt und große Vertreibungen stattfinden.

Die folgende wichtigste Minderheit ist die ruthenische Bevölkerung oder, wie einige von ihnen sie nennen, die Ukrainer. Sie wohnen im Süden von Polen und dehnen sich bis in die Ukraine in Südrußland aus. Die polnisch-russische Grenze trennt sie voneinander. Ich hatte keine Gelegenheit, einen ihrer Führer zu treffen, aber ich schloß, daß sie eher geeint und unabhängig sein wollten als in eine polnische und russische Gruppe getrennt, obgleich sie die Unwahrscheinlichkeit, dieses Ziel zu erreichen, anerkennen. Inzwischen streben sie nach größerer Autonomie und nach Wahrung ihrer rassischen Einheit und Besonderheit. Von Zeit zu Zeit sind Unruhen; aber die Situation scheint jetzt ruhiger zu sein. Es steht fest, daß sie die ursprünglichen Besitzer ihres Landes sind; sie sind Bauern und Siedler und bilden kein besonderes ökonomisches Problem. Man mag zu-

versichtlich hoffen, daß Lösungen für alle Probleme gefunden werden, die mit ihnen verbunden sind. Torges.

Zur Kartengestaltung

Die politische Entwicklung der letzten zwei Jahre hat die politische Kartographie in eine Krise gebracht. Das Kartenbild blieb häufig hinter der Veränderung der Grenzen zurück, so daß die Karten weitgehend ein überholtes Raumbild des Reiches in Europa zeigten. Ja, die Entwicklung hat sogar zu einer ständig abwartenden Haltung in der Herstellung neuer Karten geführt, so daß man den Eindruck haben kann, daß vor der erziehungspolitischen Aufgabe der Kartographie wirtschaftliche Gesichtspunkte stehen.

Die Tatsache, daß unsere Karten augenblicklich den gestellten Anforderungen nicht gerecht werden, läßt die Frage zu, ob unsere Kartographie überhaupt schon allen Fragen unserer weltanschaulich-politischen Erziehung gerecht wird? —

Wenn die Karte Mittel der Erziehung zu einem bestimmten politischen Weltbild sein soll, muß zugegeben werden, daß die üblichen Schulwandkarten zwar als Anfang für diese Aufgabe genügen, aber auf die Dauer nicht ausreichen, dieses Weltbild zu formen. Die Karte soll den engeren Lebensraum der Heimat und des Volkes erschließen, muß aber im Vergleich mit anderen Ländern die weltpolitische Lage und Bedeutung des eigenen Landes zeigen.

Unsere Karten bleiben meistens bei der ersten Aufgabe stehen. Es wäre an der Zeit, Karten nicht mehr nach dem üblichen Länderprinzip herzustellen, sondern die Notwendigkeit einer Kartengestaltung nach politischen Räumen einzusehen und die Karten danach zu gestalten. Als erster Versuch in dieser Richtung, dessen Ausbau sich lohnen würde, muß der „Große Weltatlas“ des Bibliographischen Instituts gewertet werden.

Es sind hier gewisse Ansätze zu geopolitischem Blick gemacht worden, die aber noch unzulänglich sind und vor allem einem Grundsatz der Kartengestaltung oftmals nicht voll gerecht wurden: Der Einfachheit und Klarheit des Kartenbildes. Einzelne geopolitische Karten haben ihr Bild durch eine Überbetonung der „politischen Kraftlinien“ für den Laien zu konstruktiv, unübersichtlich und unklar gemacht. Der Wert unserer Karten ist aber auch allgemein beeinträchtigt durch die Tatsache, daß sie zu viele Fragen zugleich darstellen sollen.

Von der Aufgabe her, die die Karte zu erfüllen hat: das Weltbild unseres Menschen zu bestimmen, müssen auch die Grundsätze und Methoden ihrer Gestaltung bestimmt



1. Lageplan von Barcelona

Man rechnet nicht mit einer langen Belagerung.



4. L'offensive nationaliste en Catalogne.

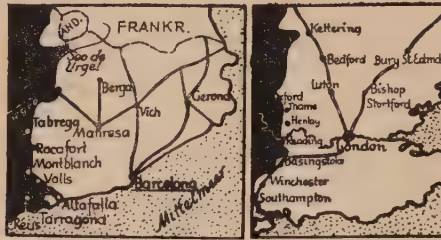
Le trait noir indique la position actuelle du front de Catalogne. Le trait pointillé situe l'ancien front avant la récente offensive des troupes du général Franco. En grisé, le terrain conquis à ce jour. En haut, à droite: la partie teintée noir représente l'ensemble du territoire actuellement occupé par les nationalistes.



2. Barcelona's western outskirts.

The Franco column which claims to have penetrated into the city's suburbs advanced through Gava and the airport to Prat de Llob and Hospitalet.

Eisenbahnen



5. Nearing Barcelona.

Shaded area marks Franco's advance to Barcelona - - - what it would be -

If it Were London.



3. Die Entscheidungsschlacht vor Barcelona.

Die katalanische Hauptstadt Barcelona mit weit über einer Million Einwohner liegt nach vier Wochen Franco-Offensive vor den Kanonen der nationalen Truppen. Die Roten versuchten am Llobregatfluss eine letzte Verteidigungslinie anzulegen, dürften aber auch hier den Truppen General Francos keinen Widerstand leisten können. Nach Weltbild-Gliese (M)

Erläuterung: ■ Nationale Front 24. Januar 1939; ✈ Flugplätze. Stadtteile von Barcelona: 1. San Andrés de Palomar. 2. Horla. 3. Vallcarca-San Gervasio. 4. Sarrià. 5. Pedralbes. 6. Las Corts. 7. Sans Bardeta. 8. Montjuich. 9. Gracia. 10. S. Martin de Provens. 11. La Llacuna.

werden. Von hier aus müßte in Zukunft nicht allein mehr eine „Besprechung“ von Karten oder Atlanten, sondern vor allem auch eine Wertung erfolgen. Manche Neuerscheinung (auch der neue Atlas der HJ.) würde nach diesem Maßstab überfällig, weil sie uns nicht weiterbringt.

Ein Extrem nach einer anderen Seite stellt das Heft 6/7 in der Reihe: „Volk an der Arbeit“ des RAD, dar, das W. Stuhlfath unter dem vielversprechenden Titel: „Deutsches Schicksal. Ein raum- und volkspolitisches Erziehungsbuch“ herausgab.

Hinsichtlich der Kritik, die das Heft erfahren hat (vgl. Zt. f. Geop., Ostland 1938, 11), und von der Tatsache abgesehen, daß auch die 10. Auflage weit überholt ist, muß gesagt werden, daß es so auch nicht geht. Gerade wenn Karten für die Jugend bestimmt sein sollen, können sie unmöglich oberflächlich gestaltet werden. Über alle Einzelheiten hinaus vergißt der Verfasser bei der Betrachtung der Raumbedingtheiten Deutschlands (Einkreisung usw.) den Menschen einzuschließen und zu werten. Gewiß wurde Deutschland eingekreist und isoliert. Aber zuerst doch nicht wegen seiner Mittellage, sondern weil die Politiker, d. h. die jeweils führenden Menschen der Vorkriegszeit unfähig waren, die europäische politische Lage zu durchschauen und für Deutschland auszuwerten. — Die Mittellage Deutschlands ist 1938 dieselbe wie 1914 und 1918, und doch ist die politische Konstellation des Reiches bei allen Einkreisungsversuchen deshalb eine andere, weil der Führer seine Geschicke lenkt.

Ebenso muß folgender Gedankengang, den einige Karten voraussetzen, noch einmal gedacht werden:

Der Weg zur deutschen Einheit und Volkwerdung war nicht deshalb so weit und blieb von Bismarck unerreicht, weil die deutschen Flüsse nicht „zueinander“ wie die französischen, sondern „nebeneinander“ und „gegeneinander“ fließen (obgleich diese geographischen Bedingtheiten gesehen werden), sondern weil dem deutschen Volk eine Idee fehlte. Die „Mainlinie“ war eine politische Konstruktion, aber keine Gegebenheit. Das Reich der Deutschen entstand durch den Menschen Adolf Hitler, seine Idee und nicht durch eine Theorie! Dieser Mensch aber überwand auch alle Gegenkräfte des Raumes.

Stuhlfaths kartographischer Versuch stellt nur die Forderung klar heraus: Unser politisches Kartenbild muß klar, übersichtlich und weltanschau-

lich einwandfrei sein, denn es bestimmt die politische Begriffswelt und das politische Weltbild jedes Deutschen.

Neben der Kartengestaltung in Buch und Zeitschriften hat die Presse die Möglichkeit, politische Ereignisse durch Karten und Skizzen zu veranschaulichen und zu präzisieren. Mehr als bisher müßte die Presse bis in die Lokalzeitung von dieser Möglichkeit Gebrauch machen; denn auch von hier aus öffnet sich eine Tür zur politischen Erziehung unseres Menschen im Alltag.

Die Minutenarbeit der Presse muß freilich Rücksicht nehmen auf bestimmte kartographische Grundgesetze, die nicht vernachlässigt werden können, ohne daß gleichzeitig auch das Vertrauen des Lesers zur Zeitung schwinden würde.

Ein interessantes Bild ergibt sich bei der Verfolgung der Ereignisse des spanischen Krieges nach Kartenskizzen der Presse. Es dürfte nicht schwer sein, festzustellen, welche Zeitungen mit mehr und welche mit weniger Verantwortung ihren Lesern den Stand der Ereignisse übermittelt haben. Skizze Nr. 1 und 2 zeigen zwei Stadtpläne von Barcelona. Nr. 1 macht dabei den Eindruck, als wäre sie unverarbeitet aus einem Atlas oder aus Archivbeständen genommen. Sie erscheint gegen Nr. 2 unübersichtlich und erfüllt so ihren Zweck nicht. Nr. 3 zeigt eine gute Skizze einer deutschen Zeitung von der Offensive auf Barcelona. Nr. 4 gibt die Offensive vielleicht noch besser aus einer französischen Zeitung wieder.

Wie weit man in seiner politischen Kartographie gehen kann, zeigt Abb. Nr. 5. Der Schriftleiter hat den Vormarsch auf Barcelona in der linken Skizze rechts nach England vor London verlegt!

Es bleibt festzustellen, daß die Aufgabe einer politischen Kartographie über einzelne Versuche und Ansätze hinaus in ihrer Gesamtheit besteht für die Erziehung der Jugend in Schule und HJ. und für die weltanschaulich-politische Arbeit der NSDAP.

K. Torges.

Die Karten (Zeitungsausschnitte) konnten hier nicht in der Originalform wiedergegeben werden. Karte Nr. 1 mußte, um überhaupt erkennbar zu werden, umgezeichnet werden! Die anderen Karten wurden nach den Originalen neu gezeichnet und decken sich nun im wesentlichen mit diesen.

Die Schriftleitung.

KARL HAUSHOFER**Wie stark ist England?**

(Ein Sonder-Schrifttums-Bericht)

Wie stark ist England? — Der Versuch einer Antwort auf diese seit 1939 in der Luft liegende Frage ward nicht nur zum Leitmotiv einer ausgezeichneten Aufsatzreihe des Hamburger Wirtschaftsdienstes, in der die geopolitisch geschulte Hand von Leo Hausleiter sichtbar wurde, sondern auch zum Buchtitel oder doch zum Hauptuntersuchungsgegenstand vieler ernsthafter Werke in England selbst wie im Bereich der Achsenmächte.

Vorweg ist es ein Verdienst des Rudolf M. Rohrer Verlages (Brünn-Wien-Leipzig), das in England in 14. Aufl. laufende, auf den Stand von 1937 gebrachte Werk:

1. **G. M. Trevelyan: „Der Aufstieg des Britischen Weltreichs“** in einer guten und flüssigen Übersetzung vorgelegt zu haben. Schon eine Stichprobe auf S. 475 kann davon überzeugen, welchen Wert es für den Zusammenschluß Italiens Mitte des 19. Jahrhunderts hatte, daß neben der sonstigen Unkenntnis der leitenden britischen Geister Russell und vor allem Sir James Hudson als Botschafter in Turin eine Fähigkeit des Einfühlens besaßen, die sich leider zwischen Berlin und London von damals bis heute niemals in gleichem Maß bewährte. Nur eine britische Originalgeschichte vermag ferner auch dem „distinguished foreigner“ die Stärke der Einwirkung innerpolitischer Rücksichten im Inselreich, beim Kampf um die Wahlstimmen der „Trimmer“ und um die Volksstimmung, auf die wichtigsten Fragen der Außenpolitik zu geben. Prinz Albert (S. 487) hat durch seinen Kampf gegen solche Strömungen noch auf dem Sterbelager den Stimmungswandel Amerikas, ja sogar vorauswirkend sein Eingreifen in den Weltkrieg und die Rooseveltaktion von 1939 ermöglicht. Er hat damit einen wesentlichen Anteil an dem schwersten Erlebnis seiner alten Heimat! „Der Aufstieg des Nationalsozialismus und die unbeschränkte Ausrüstung Deutschlands sind die unmittelbare Folge der Leiden und der Schmach, die 1919 in Versailles auf die Besiegten gehäuft wurden“ (S. 691). Das ist ehrlich und monumental gesagt, aber es steht vereinzelt in einem sonst typisch insularen Buch, dessen Eigenart man aber kennen muß, wenn man mit Insulanern zu tun hat, die von „ihrer gewohnten Gutmütigkeit und gesunden Vernunft“ sprechen (S. 694) — auch wenn beides fehlt,

2. **Hans Grimm: „Englische Rede. Wie ich den Engländer sehe“**. C. Bertelsmann-Verlag, Gütersloh 1938. S. 1—30 Deutsch, 31—55 Englisch. Ein bemerkenswerter Versuch des berühmten Verfassers von „Volk ohne Raum“, aus den Begriffen der Hochwertigkeit und Vermassung Verständigungsmöglichkeiten aufzubauen, die aber eben leider nur Minderheiten zugänglich sind und (S. 28/29) für breite Kreise jenseits „der Kunst des Möglichen“ liegen, wie in der Raum- und Kolonialfrage.

3. **Hans Hummel: „Vor dem Ziel steht England“**. Berlin 1939. Vorwerk-Verlag. 335 S. RM. 0.80. Ein gründlicher Kenner des Mittelmeerraums umreißt in der persönlichen Geschichte des „Grand Français“ Ferdinand von Lesseps als Schöpfer des Suezkanals und Anreger des Panamakanals die Entstehungsgeschichte dieser beiden ozeanischen Hauptprobleme unserer Zeit sowie der Wiederaktivierung des Ostmittellmeeres. Er wird dabei dem geopolitisch weitsichtigen Widerstand des „Sehers“ Lord Palmerston gegen das Projekt gerecht, das „England in kontinentale Aufgaben zerren werde, die seine Kräfte überstiegen“, wie sich jetzt im Nalien, Mittleren und Fernen Osten zeigt. Das reizvolle Gewebe enthüllt nebenbei ein Jahrhundert Geheimgeschichte, tiefe Einblicke in britische und französische Völkerpsychologie, wenn es auch gute geopolitische Schulung voraussetzt, um den Gedankenfolgen und dem Schlußphantasiebild des V. folgen zu können.

4. **Wulf Siewert: „Die britische Seemacht“**. Leipzig 1939. Wilhelm Goldmann. 88 S. 4 Kten. RM. 2.50, gibt eine knapp geschürzte, treffende Übersicht der tatsächlichen Unterlagen, Vorzüge und Schwächen britischer Seegewalt;

5. **Walter Schneefuß: „Gefahrenzonen des Britischen Weltreichs“**. Leipzig 1938. Wilhelm Goldmann. 121 S. 6 Kten. Geb. RM. 2.50, erörtert die Frage nach der Zukunft Englands, nach Aufstieg oder Abstieg mehr aus seinen geopolitischen Grundlagen, Stärken und Fehlerquellen, z. B. (S. 58) weist auf Gefahrstellen der Ölpolitik hin und streift auch (S. 93) das Schwarz-Weiß-Problem. Die beiden Bändchen wirken sachlich gut und volksnah und sollten, da sie sich ergänzen, nebeneinander benützt werden. Kühn ist die Voraussage: „Indien bleibt auf jeden Fall Bundes-

staat..." Damit ist vielleicht doch die Bewegungswucht und Willenskraft der indischen Kongreßpartei unterschätzt!

Wesentlich erweiterte Betrachtungen, allerdings stark unter dem Bann brennfreundlicher Originale stehend, bringen

6. **George F. S. Bowles:** „Die Stärke Englands.“ Freie berechnete Übertragung aus dem Englischen von Konteradmiral a. D. Ernst Batsch. Braunschweig 1938. Vieweg-Verlag. 226 S. Eines der umfangreichsten Denkmale ozeanischer Gewaltpolitik mit dem Anspruch auf schiedsrichterliche Weltgeltung britischen Urteils, dessen freie Übersetzung, ganz ohne Kommentar, bei dem nicht vorgewarnten Leser Verwirrung der Begriffe stiften könnte, und

7. **General N. Golowin:** „Die Weltmacht Großbritanniens. Wehrgeopolitische Betrachtungen zur Gegenwart.“ Aus dem Russischen übertragen von R. Freiherrn v. Campenhausen. Berlin 1936. Verlag Karl Siegmund. 151 S. 14 Kartenskizzen. Von Exz. v. Cochenhausen eingeleitet (von uns an anderer Stelle schon besprochen): „Selbstsicherheit, großes Einfühlungsvermögen und Hartnäckigkeit waren... immer besondere Kennzeichen der britischen Politik.“ Ihre Strahlung imponiert oft auch da, wo sie irregeht, wie besonders dem hochgradig probritischen weißrussischen General, der als Kenner Moltkes, aber scharfer, wenn auch getarnter Deutschenfeind, uns vor dem warnt, was eine britisch-russische Verständigung für uns bedeutet. Nicht alle Zahlen stimmen: Indiens 370 Millionen sind mit 320 angegeben. Nicht alle Inhalte stimmen: das britische Reich ist nicht (S. 15) „gegenwärtig die militärisch stärkste Macht der Welt“, auch wenn G. es als solche „darstellt“; dann „sind keine äußeren Kräfte umstände, den Prozeß der geographischen Umwandlung des Britischen Reichs in ein Reich des Indischen Ozeans zu stören“. — Außer Indien! — Die Verherrlichung der „Pax Britannica“ am Schluß ist eine Warnung vor dem Buche selbst, das kein Deutscher, Italiener, Japaner, Spanier oder Ungar ohne die schärfsten Widersprüche gerade gegen seinen Abschnitt IV lesen wird. Der so Vorbereitete lernt viel aus dem Buch von Golowin. Er darf nur nicht vergessen, daß es unter der Maske der Unvoreingenommenheit eines der klügsten Werbebücher für England, eines der gefährlichsten Unterwühlungsbücher gegen die Achsenmächte ist, das seit 1933 geschrieben wurde. Es ist Opium für alle, die

sich gegen Methoden der Anakondapolitik großer Seemächte zu wehren haben.

Dieses „Wehren“ erfolgt wehrgeopolitisch in der verschiedensten Weise und an den verschiedensten Stellen, ist aber durchaus auf einen Nenner zu bringen.

8. **Otto Kriegk:** „Krieg oder Frieden. Weltpolitik zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus“. Berlin 1939. Zeitgeschichte-Verlag. 328 S. Gbd. RM. 5.80, mit seiner starken, zugleich völkischen wie geopolitischen Erkenntnis gehört ebenso dazu wie meine „Weltpolitik“ oder „Weltmeere und Weltmächte“ desselben Verlags.

9. **Hubert Herring:** „Amerika auf dem Weg zum Krieg“. Essen 1938. 240 S. RM. 4.50. Der amerikanische Warnruf eines hochstehenden Yale-Mannes in der vorzüglichen Übersetzung von Dr. Karl Heinrich Frahne, oder

10. **Herbert Müller-Jena:** „Die Kolonialpolitik des Fascistischen Italien“. Essen 1939. Essener Verlagsanstalt. 478/VIII S. 8 Karten. Br. RM. 8.50. Gebd. RM. 11.—.

11. **Roberto Farinacci:** „Die Faschistische Revolution“. München 1939. C. H. Beck. 239 S. Br. RM. 4.80. Gbd. RM. 6.50. I. Bd. des dreibändigen Gesamtwerks, aus dem Italienischen von Dr. Richard Peters. Beides notwendige Ergänzungen über den verwandten Kampf der anderen der beiden Achsenmächte; oder aus gemeinsamem Arbeitsgebiet

12. **Walter Hoffmann:** „Donauraum — Völkerschicksal“. Leipzig 1939. Felix Meiner. 178 S. 7 Kten. Geopolitische Feinarbeit in nahöstlicher Prägung, und weltweit

13. **Fritz Ermarth:** „From East to West. A travellers reflections on politics and peoples. Norman. Oklahoma 1939. 145 gehaltvolle S., aus Indien.

14. **Benoy Kumar Sarkar:** „Economic development. Bd. II. Comparative industrialism and its equations“ mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Selbstbefreiung Indiens. Kalkutta 1938; Chukervetty Chatterjee & Co., einer der vielen Beiträge zur weltpolitischen Aufklärung des unermüdlichen indischen Wirtschaftspolitikers, und

15. **Ryuichi Kaji:** „Japan. Ein Kulturüberblick“. Tokyo 1938. Kokusai Bunka Shinkokai. 113 S., ein achtenswerter Anlauf kulturpolitischer Selbstdarstellung aus Japan, um das Netzwerk antikominternfeindlicher Weltpropaganda zu durchbrechen, schon deshalb von Deutschland und Italien, von Spa-

nien und Ungarn aus im gleichen Selbsterhaltungsringen dankbar zu begrüßen. Allein diese probeweise Auswahlüberschau zeigt die Allgegenwart der Abwehr auf Erden!

Am schärfsten stellt das Problem Dr. Otto Kriegg, der wohl seit einem Vierteljahrhundert persönlich im lebendigsten Abwehrkampf gegen den Kommunismus und seine neuen westmächtlichen Freunde steht. Er geht vom persönlichen Erlebnis des 30. Sept. 1938 aus, dem für mich das des 29. Sept. 1938 voranging, und gibt ihm die lebendige Farbe, die dann das ganze Buch beherrscht und zeigt, wie schnell der Friedensrausch in Pressezug zwischen München und Berlin schon verfloß. Immerhin war die Kluft doch überbrückbar gewesen; die Gewaltanwendung war einmal durch Staatsmannskunst aufgehoben worden, aus freiem Willen von vier mächtigen Persönlichkeiten — ungleicher Stärke, gewiß, aber doch wenigstens 24 Stunden lang innerhalb einer von Kriegg so hart gezeichneten „Friedlosigkeit“ von 1914 bis 1939 (S. 12/13), zwischen „Besitzfront und Leistungsfront“! Diese Antithese — durch Oberst House auf die den Völkerklassenkampf entfesselnde Formel: „Haves und Havenots“ gebracht — führt Kriegg in großartiger Freskomaniere durch und wirft dabei neue Streiflichter auf die ganze Staatengeschichte bis zum Weltkrieg, darunter das Aufblitzen des Nationalsozialismus im Sudetendeutschum von 1904. „Die Demokratie wollte den Krieg gegen Deutschland und setzte ihn durch“ (S. 31). Dann führt Kriegg die Entlarvung der Dauerkriegshetze in ihren weltumspannenden Antrieben durch. Darin liegt der Dauerwert seines Buches; auch in seiner scharfen Unterscheidung der Gegenstände der Heldenverehrung in den Verbandsmächten und den Achsenmächten. Dabei schöpft K. aus einem Vorrat von Menschenkenntnis und zeitgeschichtlicher Erfahrung, mit dem er sein illusionsloses Gemälde bis 1939 durchführt und auf S. 236 den Anteil des Judentums an der Kriegshetze und dem Zusammenwirken von Hochfinanz und Untermenschentum beleuchtet. Sowjetrußland, „das riesenhafte Reich der Selbstzerfleischung frißt täglich Tausende von Menschen... die Fruchtbarkeit des Bodens und läßt eine Wüste zurück. Mit ihm paktiert heute die Demokratie zur Vernichtung der Leistung Europas und der Welt aus falscher Wertung trügerischen Besitzes.“ Diese Lage zu schildern bedurfte es eines Zeichners von apokalyptischer Kraft. Er hat sich in Kriegg gefunden.

Der Amerikaner Hubert Herring vergleicht das Vorgehen Wilsons mit dem durchaus ähnlichen Vorgehen Roosevelts in seinem planmäßigen Verfahren, die Vereinigten Staaten in einen neuen Weltkrieg hineinzuhetzen und seinen Ausbruch durch ethisch verwerfliche Künste zu beschleunigen, und warnt sein Volk als ehrlicher Mann vor den dabei gebrauchten Mitteln. Typisch für die mutige Haltung ist etwa das Lob Bryans mit seinem Ausspruch: „Geld ist die schlimmste aller Konterbanden, weil es alles andere beherrscht.“ Das wissen die jüdischen Berater Roosevelts, die Baruch, Morgenthau usw. allerdings, handeln aber nicht im Sinne Bryans, sondern W. Wilsons. Der Abschnitt: „Ritter Galahad und seinesgleichen“ ist ein geistvolles, vernichtendes Urteil über die Don Quichotes der Demokratie. Im Kapitel: „Der Weg zum Frieden“ steht unter der ersten Forderung: „Wir müssen wieder aufrichtig werden“, ein knappes Verzeichnis der von dem kriegslustigsten Volk der Welt, den Vereinigten Staaten, gebrochenen Verträge, dessen Veröffentlichung sich nur ein furchtloser Amerikaner gestatten konnte. Möchte seine Stimme Gehör finden! Am meisten wirkt vielleicht noch die nüchterne Warnung (S. 214): „Wir können unsern Verbündeten neue Milliarden leihen, von denen wir niemals auch nur einen Dollar wiedersehen würden.“ Das glauben wir! —

Herbert Müller, Jena, schildert im ersten Teil seiner geschichtlichen Darstellung die ungeheuren Schwierigkeiten, die gerade die sogenannten Freunde des faschistischen Italiens bis 1935 dessen Kolonialpolitik entgegenstellten. Der Widerstand galt vielleicht noch mehr dem geopolitisch und ethnopolitisch neuen Typ des Aufbaus eines Kolonialreiches mit der großen zusätzlichen Dynamik des Faschismus und dem ungeheuren Schatten Roms hinter sich. Gern fände man in der gediegenen Tafelausstattung vor den Karten die rein volkskundlichen Angaben über Raum und Volksdichte vereinigt, die in den Einzelbeschreibungen dankenswerterweise sorgfältig und gründlich gegeben, aber nicht zum Vergleich zusammengefaßt werden. Es ist doch bezeichnend, wie sich der Inselbesitz in der Aegeis an die Durchschnittszahl der Mittelmeerländer 50 hält, in der „Wüstensammlung“ aber der Besitz am Indischen Ozean immerhin die Volksdichte Australiens um mehr als das Doppelte übertrifft. Im ganzen: ein der deutschen Kolonialforschung höchst ersprießliches Werk.

Was sich die sachliche deutsche Darstellung des faschistischen Kolonialwerks für den politisch-wissenschaftlichen Gebrauch des Nordens an Temperament sparen muß, das sprüht dafür aus den drei Äthiopienbüchern des Beck-Verlags der Marschälle Badoglio und de Bono und des jungen Vittorio Mussolini, die den Lesern der Geopolitik bereits vorgeführt wurden, vor allem aber aus dem dreibändigen Feuerwerk des unermüdlichen Kämpfers Roberto Farinacci. Ihm zur Seite ficht, wie bei Kriegk, die lebendige Erinnerung eigenen Mitschaffens bei der Überwindung des toten Ganges nach dem Krieg, der bolschewistischen Gegenbewegung, der Aufstellung der ersten Kampfverbände und der Vorbereitung des Sieges. Eine so glutflüssige Schilderung bedurfte für den Nichtfrontkämpfer an der Seite des Autors eines taktvollen und erschöpfenden Kommentars und hat es durch Übersetzer und Verlag gefunden (S. 30 z. B.). Wie die Vorgänge bis zum Marsch auf Rom auf das Gefühl der Besten in Italien wirkten, können freilich nur sie selbst sagen. „Die parlamentarischen Führer spielten mit dem Tode und wußten es nicht einmal!“ (S. 65.) War es ein Wunder, daß aus der „seelischen Weißglut“ eines „ver zweifelten Volkes“ ein Lavastoß emporwucherte, der die Scheinführer und alles Papier verbrannte, auf dem die Demokratie stand? Wie es sich vorbereitete, sagt Farinacci im ersten Band.

Walter Hoffmann zeigt in Völkerschicksal des Donauraums die geopolitische Zwangsläufigkeit, mit der sich die erneute Lebenskraft des deutschen Volkes, von jeder sonstigen Ausstrahlung in freien Lebensraum abgedämmt, aus den „Problemen von gestern“ (S. 151—165) zu den „Möglichkeiten von morgen“ zunächst donauabwärts Luft machen mußte, und vielleicht in dieser Richtung allein auf dem Wege der Verständigung und gegenseitigen Nutzens Luft machen konnte. Viel machte dabei aus, daß — mit der Heimkehr Österreichs ins Reich zum größten und für die andern auch zum wichtigsten Donaustaats geworden (S. 170) — das Großdeutsche Reich im Gegensatz zu den Westmächten im Donauraum auch der bestinformierte war —, nicht zuletzt dank den Arbeitsopfern der Ostmarkdeutschen für diesen Raum. Sie zu-

sammengefaßt zu haben ist das Hauptverdienst W. Hoffmanns.

Fritz Ermarth, Norman, Oklahoma, gibt Rechenschaft über eine dynamische Weltreise, die von seltener Beobachtungsschärfe, geopolitischer Schulung und Blick für das werdende geleitet war. Vorbildlich ist, wie die Antriebe Japans aus der Tiefe seiner Reichsgeschichte auf 5 Seiten erklärt werden. Das Ganze ist aus geopolitischen Aphorismen oder Urteilen aufgebaut, wie: „Ein böses Schicksal wollte für die Chinesen..., daß sie Ideen aus allen Weltenden aufgenommen hatten, aber daß diese neuen Ideen die chinesische Seele überflutete, von ihr Besitz ergreifend, statt, wie in Japan, vom eigenen Geist ergriffen und gemeistert zu werden.“ In einem versöhnenden Schluß erhofft der Verfasser die Rettung der Weltstellung Europas trotz allen Widerständen aus dem Geiste, in dem im September 1938 die Verhandlungen von München geführt worden waren. Freilich ist inzwischen die von ihm befürchtete ungünstige Lösung westmächtlischer-groß-russischer Verbindung mit allen Folgen und Gefahren im Nahen und Mittleren Osten eingetreten, die vorausschauend klar geschildert werden.

Wenn sich auf einen Vorkämpfer geopolitischer Gedankengänge, der ursprünglich von den Wirtschaftswissenschaften herkam, das Goethewort anwenden läßt: „Willst du ins Unendliche schreiten, geh nur im Endlichen nach allen Seiten“, so ist es der Inder Benoy Kumar Sarkar, der wahrscheinlich mehr als irgendein anderer im Indien von heute für gegenseitiges Verständnis zwischen ihm und Deutschland getan hat. Auch wenn er, wie im II. Band des „Vergleichenden Industrialismus und seiner Ausgleichsmöglichkeiten, immer unter besonderer Rücksicht auf die indische Wirtschaft“, rein wirtschaftliche Gedankengänge verfolgen muß, geschieht es unter beständiger Beachtung geopolitischer Blickziele. Das gilt für das ganze vielseitige Lebenswerk des fruchtbaren Schriftstellers, der sich im „Futurism of Young Asia“ vor fast zwanzig Jahren zu einer der großartigsten Visionen der heutigen asiatischen Entwicklung erhob und damit einen überzeugenden Beweis für die Befähigung geopolitischer Einsicht zu weltpolitischer Prognose lieferte.

Dieser Ausgabe liegen 5 Prospekte bei, die wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen: Kurt Vowinckel Verlag „Zeitschrift für Geopolitik“; Ferd. Enke, Stuttgart, „Die Ernährungswirtschaft der Erde“; Duncker & Humblot, Berlin, „Zeitschrift für Völkerrecht“; Rudolf Rohrer-Verlag, Brunn, „Der Aufstieg des britischen Weltreichs“; Steiniger-Verlage, Berlin, für das Werk „Ukraine, Land der Zukunft“.

Ende Juli erscheint:

Handbuch des Deutschen Rundfunks 1939/1940

Herausgegeben von Regierungsrat Weinbrenner

338 Seiten, ca. 64 Bilder, im Format der „Geopolitik“

Leinen RM 3.50

KURT VOWINCKEL VERLAG

Außer diesen Artikelbeiträgen bringt das Handbuch im zweiten Teil eine Übersicht über den deutschen Rundfunk und seine Organisationen, sehr übersichtlich gegliedert, sehr genau, und erfreulicherweise auch mit den jeweiligen Satzungen usw. versehen. — Dieses Buch gibt auf alle Fragen, die den deutschen Rundfunk betreffen, zuverlässige, erschöpfende und klare Antworten. — Es kann tatsächlich als das Standardwerk angesprochen werden. Zahlreiche hübsche Bildbeilagen ergänzen den Textteil.

Funk-Zeitung, Nürnberg. 21. 8. 1938. Nr. 34.

Schon die Auswahl der führenden Männer des deutschen Rundfunks, die in dem Werk zu Worte kommen, zeigt die Absicht, dem Hörer und auch dem Fachmann eine Übersicht zu geben, die lückenlos ist. Sie gestaltet das Buch zu einem Nachschlagewerk, auf das man nicht mehr verzichten möchte. Statistische Angaben, Sendertabellen, Zeichnungen und zahlreiche photographische Aufnahmen ergänzen das Werk, dem Reichsminister Dr. Goebbels selbst einführende Worte mit auf den Weg gibt, aufs vortrefflichste. Es sei jedem Leser aufs Wärmste empfohlen.

Berlin hört und sieht. 14.—20. 8. 1938. Nr. 33.

Eine Fülle des Wissenswerten bringt dieses Buch! Der am Rundfunk Interessierte findet hier in einer großen Zahl ausgezeichneten, durchaus gemeinverständlicher Aufsätze nicht nur Aufschluß über die politische, erzieherische und künstlerische Aufgabe des Rundfunks, sondern auch über wissenschaftlich-technische Probleme. Der reiche Inhalt auch in Lichtbild und Zeichnung wird den Leser immer wieder fesseln!

Lübecker Generalanzeiger. 21. 10. 1938. Nr. 247.

So gibt das Buch einen bisher noch nie gebotenen umfassenden Überblick über alle Fragen, die irgendwie mit dem Deutschen Rundfunk zusammenhängen. — Ferner finden sich in diesem Buch, die auf den Rundfunk bezüglichen Gesetze sowie umfassende Statistiken, so daß das Handbuch eine vollständige Anschauung von dem vermittelt, was der Rundfunk in Deutschland bedeutet.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin. 11. 8. 1938. Nr. 32.

Das Handbuch ist von einer Vielseitigkeit, die jeden verwundern muß, der nicht die unendliche Vielseitigkeit des Rundfunkwesens selbst kennt.

Völkischer Beobachter, München. 4. 10. 1938. Nr. 277.

Ostbaltische Frühzeit

Herausgegeben von Prof. Dr. Carl Engel, Greifswald

Erster Band der „Baltischen Lande“

Mit Beiträgen von Prof. Dr. Leonid Arbusow (Riga) • Dr. Albert Bauer (Riga) • Prof. Dr. Karl Heinz Elsen (Königsberg) • Dr. Sophie Ehrhardt (Berlin) • Dr. Werner Giere (Königsberg) • Dr. Paul Johansen (Reval) • Prof. Dr. L. E. Karsten (Helsingfors) • Dr. Valentin Kiparsky (Helsingfors) • Heinrich Laakmann (Dorpat) • Prof. Dr. Luz Mackensen (Riga) • Prof. Dr. Hans Mortensen (Göttingen) • Prof. Dr. Hubert Schrade (Heidelberg) • Dr. Paul W. Thomsen (Reval) • Prof. Dr. Reinhard Wittram (Riga)

X, 498 Seiten mit 277 Abbildungen, einer schwarzen und einer mehrfarbigen Karte.
Gr. 8°. Broschiert RM 40.—, Leinen RM 44.—

Inhaltsverzeichnis: 1. Übersicht über die nachweisliche Entwicklung des ostbaltischen Gebiets mit besonderer Berücksichtigung des Nordwestens. 2. Raum und Besiedlung im frühgeschichtlichen Alt-Livland. 3. Die Ostseefinnen im Baltikum. 4. Baltische Sprachen und Völker. 5. Altgermanisches Sprachgut in den ostbaltischen Ländern. 6. Zur Rassenkunde und Rassengeschichte der baltischen Völker und Ostpreußens. 7. Die mittelalterliche Schriftüberlieferung als Quelle für die Frühgeschichte der ostbaltischen Völker. 8. Estland und Livland in frühgeschichtlicher Zeit. 9. Kurlands Bewohner zu Anfang der historischen Zeit. 10. Semgallen und Upmale in frühgeschichtlicher Zeit. 11. Landschaft und Besiedlung Litauens in frühgeschichtlicher Zeit. 12. Die Gründungsgeschichte Rigas. 13. Die deutsche Einwanderung im 13. Jahrhundert. 14. Zur deutschen Literaturgeschichte Alt-Livlands. 15. Zur frühen Kunstgeschichte in den baltischen Ländern. 16. Grundlagen baltendeutscher Kunstgeschichte. 17. Baltische Lande — Schicksal und Name. Umriss der äußeren geschichtlichen Wandlungen seit dem 13. Jahrhundert im Spiegel des Landesnamens. Verzeichnis der wichtigsten Abkürzungen für Quellen und Schrifttum.

In dem bereits vorliegenden 1. Bande der „Baltischen Lande“ berichten baltische und reichsdeutsche sowie finnländische Forscher über die ostbaltische Frühzeit. In vielseitiger Betrachtungsweise wird von den verschiedensten Wissenszweigen und Forschungsgebieten her ein möglichst umfassendes Bild der ostbaltischen Frühgeschichte gestaltet. Nach Behandlung der erdgeschichtlichen Voraussetzungen werden die Wesenseigentümlichkeiten des baltischen Raumes und seine Besiedlungsgrundlagen vom Standpunkt des Geographen in knapper, aber erschöpfender Weise gekennzeichnet. Eine Reihe von sprachgeschichtlichen Untersuchungen gibt Aufschluß über die heutige und die ehemalige Verbreitung der in den baltischen Ländern siedelnden Völker, deren Herkunft und körperliche Wesensart sodann vom rassenkundlichen und rassengeschichtlichen Standpunkt aus untersucht werden. Eine umfassende Behandlung und kritische Bewertung der frühgeschichtlichen Quellen bildet den Auftakt zu einer erstmaligen erschöpfenden Darstellung der Frühgeschichte des Ostbaltikums, in der die völkischen und politischen Verhältnisse der einzelnen Landschaften eine ebenso eindringliche Behandlung erfahren wie die wirtschaftlichen, siedlungskundlichen und gesellschaftlichen Zustände zu Beginn der deutschen Aufseggelung des Landes. Der letzte Teil des Bandes ist der deutschen Einwanderung im 13. Jahrhundert sowie den frühesten deutschen Kulturleistungen gewidmet und bringt u. a. eine erstmalige erschöpfende Behandlung der ältesten deutschen Literatur- und Kunstdenkmäler in den baltischen Ländern. Ein kurzer Überblick über die späteren geschichtlichen Wandlungen im Ostbaltikum beschließt den 1. Band des Werkes, an den anschließend der 2. eine ausführliche Darstellung der vorgezeichneten Entwicklung, der 3. eine erschöpfende Zusammenstellung der frühgeschichtlichen Quellen (mit Originaltexten, deutscher Übersetzung und ausführlichen Einleitungen und Sacherklärungen) bringen wird.

Jun i 1939

VERLAG S. HIRZEL · LEIPZIG C 1

GEOPOLITICA

- die italienische Schwesterzeitschrift der „Geopolitik“

Unter der Schirmherrschaft des Kultusministers

Exzellenz Bottai

herausgegeben von

GIORGIO ROLETTO und **ERNESTO MASSI**

Preis für Großdeutschland:

Jahrgang RM 12.50

Sie finden im Textteil von Heft 5 und 6 einige Hinweise darauf, was diese neue Zeitschrift will, deren Herausgeber inzwischen vom italienischen Regierungschef Mussolini empfangen und zu ihrem Unternehmen beglückwünscht worden sind. Auch der deutsche Leser der Geopolitik, sofern er die Sprache versteht, sollte die italienische Arbeit verfolgen.

Bitte verlangen Sie kostenlos ein Probeheft

Auslieferung
für Großdeutschland:

Kurt Vowinkel Verlag

HEIDELBERG

An den Kurt Vowinkel Verlag, Heidelberg
Bitte senden Sie mir unverbindlich ein kostenloses
Probeheft der „Geopolitica“

Name:

Anschrift:



Liebig lehrte über 28 Jahre in Gießen
 Liebig-Museum
 Liebig-Gedenkstätten

Verlangen Sie
 kostenlose Zusendung der Liebig-
 Sonderschrift vom Städt. Verkehrsamt



ERNST WAGNER APPARATEBAU-REUTLINGEN Württemberg

Lieferung der Zeitschrift für GEOPOLITIK

Alle Bezieher der Zeitschrift für GEO-
 POLITIK, die ihre Hefte unverpackt
 durch den Briefträger im Wege der
 Posteinweisung erhalten, werden ge-
 beten, bei Ausbleiben eines Heftes
 zunächst bei ihrem Briefträger zu
 reklamieren.

EXAKTA

die vielseitige einäugige Spiegelreflex-Kamera
 24/36 mm (36 Aufnahmen): Kine-Exakta
 4/6,5 cm (8 Aufnahmen): Standard-Exakta
 Schlitzverschluss von 1/1000 bis 12 Sek. / Selbst-
 auslöser / Auswechselbare
 Objektive bis 1:1,9 / Mikro-
 zwischensstück / Vaku-
 blitzanschluß

Thayer
 PHOTOGRAPHEN
 DRESDEN
 Striesen 359
 Prosp.
 gratis!

Darmstadt

die
 Großstadt
 im
 Walde

AUSKUNFT: STADT. VERKEHRSAMT POSTFACH 11

Kurt Vowinkel Verlag, Heidelberg-Berlin — Druck: Spamer A.-G., Druckerei, Leipzig O 5 — Verantwortlich
 für den Inhalt: Professor Dr. Karl Haushofer, Generalmajor a. D., München O 27, Kolberger Str. 18 — Schrift-
 leitung: Kurt Vowinkel, Heidelberg — Verantwortlich für die Anzeigen: Hans Boehm, Heidelberg — Durchschnittsaus-
 lage 2. Vierteljahr 1939: 5500 — Zur Zeit P. L. 4 gültig

Südosteuropa im Brennpunkt der Politik
Ein Buch von großer Gegenwartsbedeutung

DER NEUE BALKAN

Altes Land — Junge Wirtschaft. Von Dr. Ernst Wagemann,
Professor an der Universität Berlin. Kartoniert RM 3.60

Täglich hören und lesen wir Deutschen vom Balkan. Wer möchte da nicht von einem wohlunterrichteten Kenner der Balkanländer zuverlässige Nachrichten erhalten über die im Südosten wirklich liegenden Möglichkeiten? Professor Dr. Ernst Wagemann, der Präsident des Instituts für Konjunkturforschung in Berlin, umreißt die großen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Balkans und zeigt in seinem soeben zur rechten Zeit vorliegenden Buch, wie ein scheinbar überfülltes Gebiet noch weiten Lebensraum für viele Millionen Menschen bietet. Anschaulich und packend, wie nur ein mit Zahlen und Tatsachen operierender hervorragender Kenner der Balkanländer zu schreiben vermag, ist hier unendlich reiches Material geboten.

Zu beziehen durch den Buchhandel. — Prospekt auf Wunsch

HANSEATISCHE VERLAGSANSTALT HAMBURG

Landerziehungsheim **Schloß und Burg Marquartstein** **Oberbayern**

Staatlich anerkannte

Heimschule für Knaben und Mädchen
in den bayrischen Alpen, Nähe Chiemsee

Oberrealschule u. Reformrealgymnasium in Entwicklung zur **Oberschule** (bis z. Abitur). Unterricht in kleinen Klassen. Umschulung. Nachhilfe. Familienartige Erziehungsgemeinschaften. Körperliche Betreuung auch zarter Kinder. Klimatisch gesündeste Lage. Viel Sport und Aufenthalt (auch Unterricht) im Freien. Weites Park- und Wiesengelände. Handwerk. Musik. Ausdruckspflege.

Besondere unterrichtliche Fürsorge für **Ausländer und Auslandsdeutsche**. Austauschlehrer im Heim. Seit Jahren Schüleraustausch. Im Juli und August **Ferienheim**, auch für Auslandskinder (Mädchen nicht über 14 Jahren).

Prospekt und Drucksachen durch das Sekretariat
Neues Schloß, Marquartstein. Fernruf Grassau 88

Gründer und Leiter:

Hermann und Elisabeth Harleß

Ist England am Ende?

Einen Beitrag zum Verständnis der britischen Mentalität liefert das vor kurzem erschienene Buch von starker politischer Bedeutung

GEORGE F. S. BOWLES
DIE
STÄRKE ENGLANDS

Aus dem Englischen übertragen von
Konteradmiral a. D. Batsch, Geleitwort von Vizeadmiral a. D. Wegener

226 Seiten mit 6 Karten

Leinen RM 9.80

Vieweg Verlag / Braunschweig

Inhalt von
Heft 6 der neuen Monatschrift

Wir und die Welt

Hauptschriftleiter Rudolf Krohne

Bücher aus aller Welt

Finnischer Brief. Von Fr. Ege, Helsinki

Die Überwindung des Raumes durch den Menschen. Von Rudolf Krohne

Der Schicksalsweg des Baltikums. Karten nach Entwürfen des Verfassers, Bilder von Nils von Holst und Paschke. Von A. Püllmann

Völker und Volkstümer im baltischen Raum. Von Doz. Dr. habil. P. H. Seraphim

Preußen und seine Junker. Von F. W. von Derszen

Wer kann kolonisieren? Von Zuri Semjonow

Land — Meer — Luft. Von Rudolf Krohne

Chinesische Dächer — ionische Säulen. Mit Bildern vom Verfasser und Werner Cohnitz. Von R. W. von Nohara

Minister Chamberlain gerät in Harnisch. Von André Guerin

Verschollenes Deutschland. Eine Reisebeschreibung mit Bildern. Von A. W.

Volkstum und Kolonialgedanke. Von Dr. Fr. Schulze-Maizier

Licht und Schatten. Von Rudolf Krohne

Landnahme. Von A. W.

Frühling in Marokko. Von Hans Fuchs

Brief aus der Türkei. Von Fr. von Caucig, Istanbul

Viele Bilder auf Kunstdruck, Kupfertiefdruck und Schwarzweiß im Text: Karten, Skizzen, aktuelle Fotos und Flugbilder

Monatlich 1 Heft • Preis viertelj. 5.50 RM, Einzelnummer 2.— RM

Verlangen Sie bitte unverbindliche Zusendung des Prospektes
und kostenlosen Probeheftes



KURT VOWINCKEL VERLAG
HEIDELBERG — BERLIN — MAGDEBURG